

# Stenographischer Bericht

## 25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 14. Mai 2002

### Inhalt:

#### Personelles:

Entschuldigt: Landeshauptmann Klasnic, Landesrat Dörflinger, Abg. Gennaro, Abg. Kasic.

#### Aktuelle Stunde:

Thema: „Land Steiermark erstmalig als Veranstalter des Formel-1-Grand-Prix – Hat die Steiermark davon profitiert?“

Begründung: Abg. Dr. Lopatka).

Redner: Landesrat Dr. Hirschmann, Abg. List), Abg. Hagenauer, Abg. Rieser, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Drexler, Abg. Mag. Dr. Rauch.

Dringliche Anfrage der FPÖ an Herrn Landesrat Dr. Flecker betreffend Kinderbetreuung in der Steiermark.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Lafer.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Flecker).

Redner: Abg. Mag. Dr. Bleckmann, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Beutl, Abg. Graf, Abg. Kröpfl, Abg. Gross, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Drexler, Abg. Schrittwieser, Landesrat Dr. Flecker.

Beschlussfassung.

#### 1. Mitteilungen:

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 229/1, Beilage Nr. 14, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Arbeitsförderungsgesetz erlassen wird und über den Antrag, Einl.-Zahl 63/1, der Abgeordneten Gennaro, Gross und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Arbeitsförderungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Bacher.

Redner: Abg. Bacher, Abg. Gross, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Beschlussfassung).

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 843/1, betreffend den Förderungskatalog 2001.

Berichterstatter: Abg. Bittmann.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Böhmer, Abg. Hagenauer.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 847/1, betreffend Formel-1-Grand-Prix Spielberg 2002 bis 2006.

Berichterstatter: Abg. Bittmann.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 848/1, betreffend den Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft mbH. an die Stadt Graz zu einem Kaufpreis von 1,169.200 Euro.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 846/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 1518 und EZ. 1653, jeweils BG. 63104 Lend, bestehend aus den Grundstücken 1041/18, 1041/12, 1041/19 mit Objekt und 1041/26 im Gesamtflächenausmaß von 2397 Quadratmeter an die von der Firma „IMMORENT SÜD GESMBH.“ noch zu benennende Tochterfirma zum Preis von 536.326 Euro.

Berichterstatter: Abg. Bacher.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 851/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter: Abg. Tasch.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 411/2, betreffend zum Beschluss Nr. 272 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro und Detlef Gruber, betreffend Öffnung des Hallenbades der Landesberufsschule Gleinstätten.  
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.  
Redner: Abg. Kröpfl, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.  
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 257/1, der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Zitz, Mag. Koller, Mag. Erlitz, Mag. Lackner und Böhmer, betreffend die Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Grundbildung – funktionaler Analphabetismus“.  
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.  
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Kröpfl.  
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 623/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend Fahrtkostenersatz und Versicherungsschutz für Teilnehmer bei Wettbewerben.  
Berichterstatter: Abg. Ferstl.  
Redner: Abg. Köberl.  
Beschlussfassung.
11. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration, Änderung des Steiermärkischen Vergabegesetzes und des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes.  
Berichterstatter: Abg. Lafer.  
Redner: Abg. Stöhrmann, Abg. Dirnberger, Abg. Prattes.  
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 844/1, betreffend den Tätigkeitsbericht der Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß Paragraf 41 Absatz 3 Landesgleichbehandlungsgesetz.  
Berichterstatterin: Abg. Beutl.  
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Lackner, Abg. Beutl, Abg. Lechner-Sonnek.  
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 828/1, der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Gödl und Mag. Koller, betreffend Aufstockung der Suchtgifhundestaffel.  
Berichterstatter: Abg. Hamedl.  
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Hamedl.  
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 814/1, der Abgeordneten Lafer und Ferstl, betreffend Hauswirtschaftlicher Beirat.  
Berichterstatter: Abg. Ferstl.  
Redner: Abg. Ferstl.  
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 661/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Unterstützung des „Fairen Handels“.  
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.  
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Lopatka.  
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Anträge, Einl.-Zahl 18/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Bedarfszuweisungsgesetzes, Einl.-Zahl 532/1, der Abgeordneten Lafer, Ferstl, List, Mag. Dr. Bleckmann, Graf, Dietrich und Wiedner, betreffend Bedarfszuweisungen sowie Einl.-Zahl 662/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen.  
Berichterstatter: Abg. Lafer.  
Redner: Abg. Lafer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Hamedl.  
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 612/1, der Abgeordneten Straßberger, Böhmer, Kollegger und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Einbau von Schutzrampen bei gefährlichen Wasserdurchlässen im Nahbereich von Bundes- und Landesstraßen.  
Berichterstatter: Abg. Straßberger.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.

18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 820/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner, Kaufmann, Prattes und Dr. Rieder, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in den Bezirken Leoben, Knittelfeld, Judenburg und Murau.  
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Grabner.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 821/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Mag. Erlitz, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in den Bezirken Graz und Graz-Umgebung.  
Berichterstatter: Abg. Kollegger.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 822/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Schrittwieser und Kollegger, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Weststeiermark.  
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 823/1, der Abgeordneten Böhmer, Schrittwieser und Schleich, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Oststeiermark.  
Berichterstatter: Abg. Schleich.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 824/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte im Bezirk Liezen.  
Berichterstatter: Abg. Kollegger.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 825/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Mürztal.  
Berichterstatter: Abg. Stöhrmann.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 849/1, betreffend Grundeinlösung für das BV. „Engstelle Dietmannsdorf“ der L 713, Kaiseraustraße.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 466/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfl und Schleich, betreffend Errichtung einer Lärmschutzwand an der A 9 bei der Gemeinde Sankt Veit am Vogau.  
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 26.  
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 475/1, der Abgeordneten Majcen, Dr. Lopatka, Beutl, Riebenbauer und Ing. Ober, betreffend Ausbau der Verkehrsverbindung Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz.  
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 26: Abg. Schrittwieser, Abg. Majcen, Abg. Schleich, Abg. Wiedner, Abg. Schrittwieser, Abg. Hagenauer.  
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 831/1, der Abgeordneten Bacher, Dr. Forenbacher, Mag. Drexler und Wicher, betreffend Gesundheitsbericht.  
Berichterstatter: Abg. Bacher.  
Beschlussfassung.

28. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 472/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf, betreffend Begleitperson für Kinder im Krankenhaus.  
Berichterstatte(r)in: Abg. Dietrich.  
Rednerin: Abg. Mag. Dr. Bleckmann.  
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 430/3, betreffend den Beschluss Nr. 239 vom 25. September 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer, Graf und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Gesundheitsförderung in Kindergruppen, Kindergärten und Schülerhorten.  
Berichterstatte(r)in: Abg. Dietrich.  
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 813/1, der Abgeordneten Ferstl und Lafer, betreffend Seniorenbericht.  
Berichterstatte(r)in: Abg. Dietrich.  
Redner: Abg. Hammerl.  
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

**Präsident Purr:** Hohes Haus!

Heute findet die 25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Frau Landeshauptmann Klasnic, Herr Landesrat Dörflinger und die Abgeordneten Gennaro und Kasic.

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der Integrationsklasse 4 c der Sporthauptschule Weiz unter der Leitung von Frau Schulrätin Franziska Kuntschner. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Schule Graz, Herrgottwiesgasse unter der Leitung von Frau Fachlehrerin Marianne Pendl und Herrn Fach- und Integrationslehrer Robert Kaiser. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße weiters die Schülerinnen der landwirtschaftlichen Fachschule Schloss Feistritz von Sankt Peter am Kammersberg unter der Leitung von Frau Ing. Aloisia Gerold und Frau Ing. Christa Schröcker. Ein herzliches Grüß-Gott! (Allgemeiner Beifall.)

Vom Landtagsklub der ÖVP wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Land Steiermark erstmalig als Veranstalter des Formel-1-Grand-Prix – Hat die Steiermark davon profitiert?“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold Lopatka das Wort.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

**Abg. Dr. Lopatka** (10.06 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren

Ich darf diese Aktuelle Stunde mit einem Zitat des „Wiener Kurier“ einleiten. Letzten Sonntag meinte der „Kurier“-Kommentator: „Zuerst der steirische Formel-1-GP, dann das erste steirische Fußballcupfinale!“

Das Ländermatch Deutschland gegen Österreich hingegen ist nirgendwo dominantes Thema. Das war vor acht Jahren, im Vorfeld des letzten Prestigeduels Deutschland gegen Österreich, anders. Damals machte Bernie Ecclestone mit seiner Formel 1 um die Steiermark noch einen großen Bogen. Damals konnte Sturms Hannes Kartnig – als Präsident des Tabellenachten – noch nicht so Gas geben und dem Nationalteam Schlagzeilen streitig machen.

Nicht nur in Österreich, wie hier von mir zitiert im „Kurier“, sondern auch in der weltweiten Presse waren der A1-Ring und mit ihm die Steiermark in den letzten Tagen das Topthema. Ob Qualitätsblätter, wie „The Times“ oder sogar die „Financial Times“, „Le Figaro“ in Frankreich oder die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, bis hin zu den Massenzeitungen, wie „The Sun“ in Großbritannien oder die „Bild-Zeitung“ in Deutschland und erst recht der italienische Blätterwald, sie waren bis heute – und nicht nur auf den Sportseiten – mit der Formel 1 gefüllt. Und ich habe mir gestern die Zeit genommen und in diesen Presseclips über das A1-Wochenende einfach nachgelesen und geblättert. Es sind hunderte von Seiten an Berichterstattung. Ich glaube, es ist nur wenigen hier im Land bewusst, welchen Stellenwert diese Veranstaltung am Österreicherling in der europäischen Sportwelt, aber auch in der Finanzwelt, in der Welt des Fernsehens, der Berichterstattung hier einnimmt. Die oft österreichkritische „Süddeutsche Zeitung“ lässt die Steiermark richtig hoch leben, wenn sie schreibt: „Mit der Formel 1 feiert die Steiermark sich selbst!“

Das bedeutendste Sport- und Tourismusereignis der Republik hat am letzten Wochenende bei uns stattgefunden und das war immerhin nun schon ein halbes Dutzend Mal der Fall, dass dieser Tross in der Obersteiermark Halt und Station gemacht hat. Und dieses Mal unter neuen Rahmenbedingungen, die wir ja heute in dieser aktuellen Betrachtung auch zur Diskussion stellen wollen, denn schließlich ist es ja so, dass dank eines einstimmigen Beschlusses der Landesregierung erstmals das Land selbst Veranstalter dieses Großereignisses war.

Wenn auch die Veranstaltung selbst einen eher bitteren Beigeschmack hat, denn die Stallorder der „Roten“ brachte zwar Rubens Barichello um seinen verdienten Sieg, was sicherlich bis heute – (Abg. Schrittwieser: „Was ist das Problem?“)

Was ist das Problem, Siegi?

Bei dieser Stallorder der Roten hat der Siegi Schrittwieser kein Problem.

Es ist so, dass das sicherlich zur berechtigten Kritik geführt hat.

Es war aber so, dass wir uns über eine andere Order sehr gefreut haben, nämlich die Order, was die SPÖ betrifft, da es erstmals auch möglich war, dass bei diesem Fest der Steiermark, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ bezeichnet hat, auch Sozialdemokraten direkt am Renngeschehen mit dabei sein konnten. Darüber freuen wir uns und dafür darf ich auch Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves, von dieser Seite aus ein Danke sagen, weil es, glaube ich, ganz wichtig für das Land ist, dass wir gerade bei großen und für die Steiermark wichtigen Angelegenheiten doch an einem Strang ziehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie selbst wissen es am besten, dass diese Blockadepolitik ja letztendlich nicht nur Ihnen in den letzten Jahren geschadet hat, sondern natürlich auch dem Land. Denn wäre nicht ein Politiker vom Kaliber eines Gerhard Hirschmann hier am Werk gewesen, ich weiß nicht, ob wir den Grand Prix zurückbekommen hätten bei diesen Widerständen, die es hier im Haus gegeben hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Denken Sie zurück, welche Widerstände es hier gegeben hat. Und wir hätten jetzt auch nicht ein Kunsthaus, das in Bau ist, hätte es nicht von unserer Seite auch den Mut gegeben, hier allein zu gehen, in dem Fall mit Unterstützung der Grünen Fraktion. Ich bitte Sie, dass Sie in Zukunft hier wirklich Ihre Politik ändern, denn die SPÖ-Initiativen, die ich im Hinterkopf habe, das ist die Aufblähung beim Herrn Soziallandesrat Kurt Flecker in seiner Abteilung oder beim heute erkrankten Gesundheitslandesrat Günter Dörflinger, wenn es um die Zentralverwaltung in der Spitalsholding geht. Hier gehen wir einen anderen Weg! Wir versuchen eine Politik zu betreiben, wo wir jene Einnahmen lukrieren, die wir dann brauchen, um uns diesen hohen Standard im Sozial- und Gesundheitsbereich auch für die nächsten Jahrzehnte leisten zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

Und der A1-Ring ist hier ein Musterbeispiel, um die Steiermark in diesem größer werdenden Europa, auf dieser großen Landkarte in Zukunft als einen Punkt zu haben, an dem man nicht vorbeigehen kann. Das ist unser Ziel!

So ein Wochenende der Superlative – und das war das letzte Wochenende – ist dazu ein Beitrag. Aber wir brauchen weitere solche Ereignisse, wollen wir, dass die Steiermark als Tourismusland, als Wirtschaftsland, als Automobilland einen entsprechenden Stellenwert hat bei diesen vielen Regionen. Und das ist nicht einfach. Wir glauben, dass diese Ausfallshaftung, die das Land hier unterzeichnen musste – in der Höhe von 10,9 Millionen Euro –, ein vertretbares Risiko ist, das wir hier eingegangen sind. Denn das letzte Wochenende hat gezeigt, dass auch das Ergebnis einer solchen Veranstaltung ein beachtliches sein kann. Wir glauben, dass der Schritt richtig war. Wir würden auch gerne von dir, Herr Landesrat, hören, was du glaubst, welche Initiativen des Veranstalters hier besonders gegriffen haben, um dieses Ergebnis zu erreichen. Es ist sicherlich nicht einfach, die wirtschaftlichen und touristischen Auswirkungen des Grand Prix zu quantifizieren. Aber wer am letzten Wochenende in Graz war, wird bemerkt haben, dass auch die Landeshauptstadt hier von diesem Grand Prix profitieren konnte. Und nächstes Jahr haben wir eine zusätzliche Chance. 2003 ist ja Graz Kulturhauptstadt und wird im europäischen Rampenlicht stehen. Ich war vor einiger Zeit mit der Frau Landeshauptmann in Erfurt und in Weimar und wir haben, gerade in Weimar, gesehen, was dort die Kulturhauptstadt nicht nur im engeren Sinn mit den Veranstaltungen für diese Region nachhaltig – und das ist das Entscheidende – bewirken konnte.

Daher auch von unserer Seite die Frage, wie soll es hier gerade im nächsten Jahr weitergehen, was eigene Initiativen betrifft, im Marketing und wie soll es bis 2006 – bis dorthin läuft ja dieser Vertrag, wo wir ja heute dann auch eine entsprechende Beschlussfassung haben werden – weitergehen?

Es liegen also eine Reihe wichtiger regionalpolitischer, touristischer und wirtschaftlicher Fragen auf dem Tisch, die von öffentlichem Interesse sind und die auch dieses Haus zu interessieren haben, denn letztendlich sind ja wir es, die heute auch den entsprechenden Beschluss fassen werden.

Aber neben diesen wichtigen Fragen möchte ich abschließend noch einmal eines sehr deutlich sagen, weil ich glaube, dass es verdient ist, dass wir uns bei dir, Herr Landesrat, für deinen Kampfgeist und deinen persönlichen Einsatz hier bedanken für dieses für die Steiermark so wichtige Projekt, dem noch viele andere folgen mögen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.15 Uhr.)

**Präsident:** Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Dr. Gerhard Hirschmann, als Landesrat das Wort.

Die Redezeit beträgt ebenfalls zehn Minuten.

**Landesrat Dr. Hirschmann** (10.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf in Kürze auf einige Fragen des Herrn Klubobmannes Lopatka eingehen und auf seine zentrale Feststellung, meine verehrten Damen und Herren.

Ich bin im Jahre 1993 hier in die Landesregierung gekommen und, wie fast alles im Leben, bin ich dann durch mehrere Zufälle auf das Projekt – damals Österreichring, heute A1-Ring – gestoßen. Es haben mich die Bürgermeister, überwiegend SPÖ-Bürgermeister, damals aufgesucht, es hat mich die regionale Wirtschaft aufgesucht und gebeten, ob wir nicht gemeinsam schauen könnten, die Formel 1 in die Steiermark zurückzuholen.

Und, meine verehrten Damen und Herren, ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe gesagt, das, was ich beitragen kann, werde ich gerne machen, aber ich habe keine allzu große Hoffnung, dass uns das gelingen wird, denn die Formel 1 war in der Zwischenzeit zu einem der ganz obersten Produkte der Dienstleistungsfreizeitindustrie geworden, die spielen in der allerhöchsten Liga, Reinhold Lopatka hat das angesprochen. Es gibt heute drei große – und, meine verehrten Damen und Herren, ich sage gar nicht Sportereignisse, sondern das ist Freizeitindustrie, Unterhaltungsindustrie – Ereignisse, das sind Fußballweltmeisterschaften, von denen wir erfreulicherweise heuer wieder eine haben, das sind Olympische Sommerspiele und die Formel 1. Fragen Sie mich nicht, warum das so ist, es ist so. Da eine wichtige Bemerkung, die Reinhold Lopatka angesprochen hat. Österreich ist nach wie vor weltweit, auf die Einwohnerzahl bezogen, das Urlaubsland Nummer eins, weltweit! Das heißt, wir spielen in dieser Liga mit und wir müssen schauen, dass wir für Österreich Bühnen schaffen, wo wir dieses Land auf eine sympathische, angenehme Art und Weise drüberbringen, wo wir das Land auf eine Landkarte setzen. Und ich kann durchaus – ich nehme an, dass Peter Hagenauer dann sprechen wird –, wenn ein Grüner sagt, er hält ein Formel-1-Rennen prinzipiell für nicht gescheit, dann kann ich das nachvollziehen. Bei allen anderen tue ich mir schwerer, solche Dinge nachzuvollziehen, denn ich habe angesprochen, wir brauchen Bühnen, meine verehrten Damen und Herren, die Steiermark ist ein tolles Land in den letzten zehn, fünfzehn Jahren mit einer fantastischen Entwicklung in allen Bereichen. Die Automobilindustrie, meine verehrten Damen und Herren, wir sind ein High-tech-Land, was wir selber oft zu wenig zu schätzen wissen, der allerersten Marke in Österreich und in Mitteleuropa, in Europa sogar, wenn ich das so sagen darf. Unsere Landwirtschaft, meine verehrten Damen und Herren, nicht nur die Weinbauern, nicht nur die Schnapsbauern, sondern die gesamte Landwirtschaft ist ein Aushängeschild für dieses Land und dazwischen haben wir 50, 100 verschiedene andere Berufssparten, wo Steirerinnen und Steirer Hervorragendes leisten.

Meine verehrten Damen und Herren, ich merke das als Tourismusreferent fast täglich, wenn wir ausländische Gäste zu uns bekommen – und Sie werden das selber wissen –, die zum ersten Mal nach Graz kommen, die zum ersten Mal in die Steiermark kommen und egal, ob das die Obersteiermark, die Süd-, die West- oder die Oststeiermark ist, sie sagen, ein wunderbares Land, das haben wir gar nicht gewusst, dass es euch gibt und dass es dieses schöne Land gibt. Das war mein eigentlicher Beweggrund, warum ich versucht habe in all den Jahren als Sportreferent und dann auch als Tourismusreferent Sportereignisse insbesondere für die Marketingpositionierung dieses Landes einfach einzusetzen. Der Sport ist und bleibt der größte Werbeträger der Welt, ob das in Korea ist, in den USA, in Afrika, in Südamerika oder in Europa. Das ist so und man muss sich dieser Gelegenheit auch bedienen, meine verehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für all das, was hier – und da darf ich zu Franz Voves hinüberschauen, den ich seit vielen Jahren aus dem Sport kenne – in diesem Land im Sportbereich sozusagen in den unteren Etagen gemacht wird, denn das ist die Substanz, auf die wir aufbauen können. Wenn die Steiermark heute sagt, wir sind das Sportland Nummer eins, dann hat das seine Berechtigung. Es geht nicht nur um diesen Formel-1-Lauf, wenn wir an die wunderbare Nordische Schi-WM denken im Jahre 1999, an die fantastischen Weltcupveranstaltungen von Schladming, an die großen Ereignisse, die uns Sturm und der GAK in den letzten Jahren beschieden haben, dann sind das Marketingeffekte für die Steiermark, die wir nicht genug schätzen können und, meine verehrten Damen und Herren, die wir unter keinen Umständen auf dem normalen Weg finanzieren könnten. Dafür bin ich dankbar und ich sehe das in einem Zusammenhang, weil das auch Reinhold Lopatka angesprochen hat, es würde den Wienern nicht einfallen zu sagen, wir brauchen die Staatsoper nicht. Die Staatsoper, also die Bundestheater kosten dem österreichischen Steuerzahler im Jahr 2 Milliarden Schilling und es ist ein gut angelegtes Geld. Es würde den Salzburgern nicht einfallen zu sagen, wir brauchen die Salzburger Festspiele nicht und in Kitzbühel würde niemand auf die Idee kommen zu sagen, wir brauchen Kitzbühel nicht – diese Veranstaltung kostet auch 100 Millionen Schilling pro Jahr –, denn das sind jene guten Gelegenheiten, für dieses Land eine fantastische Werbung zu machen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Wir haben am Sonntag wieder mit dem Gerhard Berger ein Gespräch geführt und er hat uns erneut das bestätigt, was wir wissen. Meine verehrten Damen und Herren, Österreich spielt in dieser Liga der Automobilindustrie keine Rolle. Die Automobilindustrie wird in Zukunft darauf drängen, dass Rennen stattfinden in Moskau, in Shanghai, in Südafrika, wo immer auch auf der Welt. Es gibt genügend Strecken außerhalb von Österreich, meine verehrten Damen und Herren, die täglich nutzbar wären und dass diese Veranstaltung bei uns ist, hat gar nichts damit zu tun, was wir an finanziellen Leistungen erbringen, sondern ich darf Ihnen das ganz offen sagen, es hat ausschließlich damit zu tun, dass der gesamte Zirkus, wenn ich das so sagen darf, von Bernie Ecclestone beginnend bis zum elften Team hinunter einfach dieses Land fantastisch finden, die Leute fantastisch finden, die Landschaft fantastisch finden und über die freundliche Art und die perfekte Organisation höchst erfreut sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine verehrten Damen und Herren, ein Zweites in aller Kürze. Ich freue mich außerordentlich, dass es außer dem Herrn Barrichello am vergangenen Sonntag einen zweiten großen Sieger gegeben hat, der in der Öffentlichkeit nicht auftritt, das ist unser Finanzminister. Ich darf das kurz machen. Wir haben in den ersten fünf

Betriebsjahren des A1-Ringes an den Finanzminister 1,2 Milliarden – ich darf das noch in Schilling sagen – an Steuern abgeliefert und was mir wichtig ist, davon sind mehr als 50 Prozent von Devisenbringern aus dem Ausland gekommen. Das heißt, es haben sich unsere Kosten um mehr als das Doppelte hereingespielt. Auf die regionalen Effekte brauche ich da weiter nicht eingehen, wenn ich dann eine Zeitungsmeldung sehe, wo da steht: „Kein Zimmer frei!“, „Hotels wegen Grand Prix besetzt!“ Meine verehrten Damen und Herren, es ist egal, wo immer Sie waren am vorigen Wochenende, ob im Norden der Steiermark, ob im Süden der Steiermark, in Salzburg oder in Kärnten, sie alle leben mit und es freut mich für den österreichischen Steuerzahler, weil hier auch erfreulicherweise sehr viel zurückkommt.

Ein Zweites, meine verehrten Damen und Herren, was Reinhold Lopatka angesprochen hat – und lassen wir uns das kurz auf der Zunge zergehen. Wir haben am vergangenen Sonntag 900 Millionen Fernsehzuschauer weltweit an den Fernsehschirmen gehabt. 900 Millionen, meine verehrten Damen und Herren, und die haben zumindest einen Hauch dieses prachtvollen Landes gesehen und die haben Österreich – Österreich sage ich bewusst – in einer unendlich sympathischen Weise erleben können. Es waren 1500 Journalisten und Medienleute hier vor Ort anwesend. Das sind Dinge, die wir uns, wie gesagt, nicht kaufen könnten und die durch nichts zu finanzieren wären. Dafür bin ich dankbar, dass uns das gemeinsam – nicht mir – gemeinsam gelungen ist.

Dritte Bemerkung, meine verehrten Damen und Herren, wir haben das zustande gebracht und es war mit Abstand das Rekordergebnis, wenn wir vom ersten Jahr absehen, wo ja völlig andere Rahmenbedingungen waren. Wir haben gehofft, dass wir 10 Prozent mehr an Zuschauern haben, wir haben um 25 Prozent mehr an Zuschauern gehabt und wir werden die ökonomischen Effekte anhand einer Studie in einigen Wochen im Detail dann auch darstellen. Was den neuen Vertrag anbelangt – und, meine verehrten Damen und Herren, das hat mich schon ein bisschen gekränkt in den letzten Jahren, weil immer gesagt wurde, es ist ein schlechter Vertrag –, ich darf das kurz machen. Wir hatten den für alle Rennstrecken günstigsten Vertrag und wir haben ihn weiterhin, den günstigsten Vertrag. Natürlich ist da auch immer ein Risiko dabei und natürlich muss man etwas investieren. Wir haben auch in den letzten Monaten mindestens eine Million Euro, die erfreulicherweise – und dafür danke ich auch – in der Regierung einstimmig beschlossen wurden, für Werbe- und Marketingmaßnahmen ausgegeben, aber es ist vielfach zurückgekommen.

Letzter Satz, Herr Präsident, wenn ich das noch sagen darf, wir werden eine Fülle von Maßnahmen ab sofort setzen. Wir haben ja nur vier Monate Zeit der Vorbereitung gehabt. Ich möchte abschließend doch von mir aus auch, Herr Präsident, wenn du das noch erlaubst, in einer Minute ein Wort des Dankes sagen, weil das einfach notwendig ist und weil das ein Projekt war, das, wie gesagt, doch ziemlicher Slalomfahrten in den letzten Jahren bedurft hat.

Ich habe mich sehr gefreut, dass ich den German Vesko vor Ort getroffen habe, dass er wieder gut beinander ist, der ja zusammen mit dem früheren Bürgermeister von Spielberg, Siegfried Zeller, sehr, sehr entscheidend, meine verehrten Damen und Herren, seinerzeit mitgeholfen hat, dieses Ereignis wieder nach Österreich zu bekommen.

Ich möchte auch ein großes Wort des Dankes an die Bundesregierung, an den Herrn Bundeskanzler, an den Herrn Finanzminister, aber vor allem an die Frau Vizekanzlerin hier sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist das erste Mal, dass uns wirklich substanziell von der Bundesregierung einiges von dem zurückgegeben wird, was wir alljährlich abliefern. Und dafür bin ich sehr dankbar, weil Lippenbekenntnisse alleine helfen bekanntlich nicht.

Ich möchte auch danken den fantastischen Einsatzorganisationen vor Ort. Das ist eine perfekte Organisation gewesen. Auch das gehört zu den Markenzeichen Österreichs und vor allem der Steiermark.

Und ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, auch hier im Hause Ihnen danken, selbstverständlich unserer Frau Landeshauptmann und meiner Fraktion, die in all den Jahren – ich sage das auch so – ein bisschen etwas mitmachen haben müssen und die sich immer hingestellt haben. Dafür bin ich wirklich außerordentlich dankbar.

Ich möchte mich auch bei der Freiheitlichen Partei sehr herzlich bedanken, die – ich habe schon angesprochen –, mit German Vesko beginnend, damals dieses Projekt auch bis zur Stunde, wenn ich das leger sagen darf, total mitgetragen haben.

Lieber Franz Voves, ich sage dir ganz ehrlich, ich bin dir persönlich und damit auch deiner Fraktion wirklich dankbar, weil ich das unterstreichen möchte, was Reinhold Lopatka gesagt hat. Das ist ein steirisches Fest, meine verehrten Damen und Herren, und Feste, wo ein Familienmitglied nicht dabei ist, die sind immer ein bisschen traurig. Und, lieber Franz, ich danke dir wirklich ganz, ganz persönlich, dass du es ermöglicht hast, dass wir uns gemeinsam freuen dürfen. Und ich habe mich gestern über die Medienmeldung „Parteien freuen sich über den Grand Prix“ am meisten gefreut.

Ich kann in diesem Sinne mit einem letzten Dankeswort und ich möchte das auch hier sozusagen vor diesem Mikrophon sagen, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro danken, allen voran meinem Bürochef, dem Michael Koren, meinem früheren Bürochef, dem Hellmuth Schnabl. Auch dem Mag. Marussig, der da hinten sitzt, der mir in all den Jahren unendlich viel, viel geholfen hat, möchte ich danken. Die Verhandlungen, die wir gemeinsam in den letzten Jahren geführt haben, haben diesem Land einige Dutzend Millionen Schilling erspart. Dafür bin ich wirklich sehr, sehr dankbar.

Ich danke insbesondere auch dem ORF und den Medien, die auch dazu beigetragen haben, dass es ein österreichisches Fest geworden ist und dass die schönsten Bilder dieses Landes rund um die Welt gegangen sind.

Ich möchte Ihnen das Versprechen abliefern, meine verehrten Damen und Herren, wir werden in den nächsten Monaten intensive Anstrengungen unternehmen, damit wir rundherum um dieses Ereignis weitere Initiativen für diese Region setzen können, die der Region gut tun, die der Steiermark besonders gut tun und die für Österreich dieses Formel-1-Rennen, aber die Entwicklung rund um diese Strecke, zu einem echten Aushängeschild machen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.30 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr kann ich die Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse der Volksschule Frohnleiten unter der Leitung von Frau Volksschullehrerin Gertrude Paar begrüßen. Einen schönen Tag im Landhaus. (Allgemeiner Beifall.)

Die Redezeit der nun weiteren Teilnehmer an der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. List** (10.32 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Es war die Wiedergeburt des Steirer-Grand-Prix nach 18 Jahren. Dieser Grand Prix wurde zum erfolgreichsten aller bisher gefahrenen! Es gab ein dickes Lob für die Organisatoren von der gesamten Sportwelt. Das kalkulierte Abenteuer, bodenständige, originelle steirische Selbstvermarktung, hat sich für die gesamte Region gelohnt. Durch die internationale Berichterstattung ist die Werbung für die Steiermark unbezahlbar. Tourismus und Wirtschaft in der Region sind langfristig die Nutznießer, auch wenn das die Kritiker und Motorsportmuffel, vor allem in der Sozialdemokratischen Partei, noch immer nicht so sehen wollen.

Logisch für uns, dass jetzt auch die Sozialdemokraten am Kuchen dieser steirischen Erfolgsgeschichte mitnaschen wollen.

Jahrelang wurde mit allen Mitteln – auch als Landtagswahlkampfthema 1995 – gegen den heimischen Grand Prix gewettert und alle Aktivitäten für die Weiterführung dieses Grand Prix wurden madig gemacht. Diese verzichtbaren Wortspenden, geschätzte Damen und Herren, von vielen aus eurer Fraktion sind protokollarisch dokumentiert und festgehalten. Jetzt kann ich es mir nicht verkneifen auszugsweise eine zu zitieren aus der Budgetlandtagssitzung aus dem Jahre 1997, als der damalige Klubobmann Dr. Kurt Flecker um zirka 12.40 Uhr unter anderem gesagt hat: „Die Verträge sind fahrlässig abgeschlossen. Beim A1-Ring haben wir eine konsequente Haltung und werden von dieser Haltung nicht abweichen!“ Ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie kennen diese Haltung, die damalige Haltung nicht, nicht mehr oder wissen darüber auch gar nicht Bescheid. „Wir werden unsere Meinung sicherlich nicht ändern. Wir sind bestätigt worden durch eine Studie über den wirtschaftlichen Sinn beziehungsweise Unsinn dieser Veranstaltung!“ Und Ähnliches mehr.

Damals hat es Beifall gegeben bei den Sozialdemokraten, heute nicht.

Auch die versprochenen 100 Millionen Schilling vom Ex-Bundeskanzler Vranitzky als Bundeszuschuss trafen bis heute in der Region nicht ein. Ich weiß, das Ganze berührt Sie nicht.

Jetzt wird versucht von den Damen und Herren der Sozialdemokraten, langsam elegant die Kurve zu kratzen. Es findet eine zärtliche Umarmung statt – durch Klubobmann Reinhold Lopatka und von Sportlandesrat Gerhard Hirschmann.

Ich kann Sie aber nicht aus der Verantwortung entlassen. Jetzt nur die Stallorder zu lockern und den Ring in Spielberg zu besuchen – vorher massivst zu blockieren –, das ist zu wenig.

Glücklicherweise wurde doch der eine oder andere rote Spitzenpolitiker am Ring gesichtet. Auch der neue SPÖ-Chef, Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves, räumt mittlerweile dem jährlichen Grand Prix einen hohen Stellenwert in der Region Aichfeld-Murtal ein.

Ich halte aber hier fest, dass trotz dieser zärtlichen Umarmung von der ÖVP die Sozialdemokraten am Start liegen geblieben sind und aus der Boxenstraße starten müssen. Sie werden vermutlich diesen Grand Prix nicht beenden, weil, geschätzte Damen und Herren, Ihnen die Größe fehlt, hier das Eingeständnis, sich politisch geirrt zu haben. Gestehen Sie ein, dass Sie bei der Behandlung dieses Themas, beim Österreich-Grand-Prix in der Steiermark, falsch gelegen sind. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Vermutlich gibt es aber noch andere Beweggründe, die Sie jetzt vorsichtig handeln lassen. Möglicherweise könnte der Militärflugplatz Zeltweg eine Rolle spielen. Aber darüber wird zu einem anderen Zeitpunkt die Debatte zu führen sein.

Insgesamt muss ich sagen und wir von der freiheitlichen Fraktion stellen fest, dass der große Preis von Österreich in wenigen Monaten unter steirischer Verantwortung weltweit zu einem Markenzeichen dieses Landes geworden ist. Alle Beteiligten mussten und haben kurzfristig Hervorragendes geleistet. Landesrat Hirschmann hat sich bei allen bereits bedankt. Die Chance, werte Damen und Herren, durch charmante Selbstvermarktungsaktivitäten die Steiermark jetzt in Poleposition zu bringen, wurde optimal genutzt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir müssen rundherum zufrieden sein! Abschließend: der Motor für vier weitere Steirer-Grand-Prix läuft rund! Jetzt liegt es an uns allen und auch vor allem an den Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei, diesen Motor durch Feinabstimmung zum Erfolg zu führen. Gewinnen wir – sportlich, touristisch und wirtschaftlich – gemeinsam die Rennen für unsere Steiermark! (Beifall bei der FPÖ. – 10.36 Uhr.)



**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer** (10.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum!

Vorweg eine Anmerkung zu meiner Redezeit. Ich habe so viele Minuten wie der Herr Landesrat, ohne aufmerksam gemacht zu werden, überzogen hat, nämlich fünf Minuten. Das bringt mich gleich zum Punkt, nämlich was machen wir hier? Herr Klubobmann Lopatka hat ein Zitat gebracht, ich erlaube mir das auch, nämlich eines von Karl Valentin in einem Sketsch, den er überschrieben hat „Frohlocket“. Das ist das Thema heute. Wir frohlocken! (Abg. Dr. Lopatka: „Ist das schlecht?“) Ja, ich bin – muss ich zugeben – kein praktizierender Christ, bin aber ein Mensch, der sich ab und zu freuen kann und ich bin vor allem ein Mensch, der die Dinge dort lässt, wo sie hingehören. Wir haben morgen eine Verfassungsenquete, wo wir dann gleich wieder hören und diskutieren können und nicht zufällig vom selben Landesrat, dem heute zu frohlocken ist, dem heute zugejubelt werden muss, dass der Landtag in Ritterspiele umgewandelt wird, wenn wir uns bitte erinnern beziehungsweise die hiesige Besetzung, so wie sie da sitzt, ohnehin abgeschafft werden kann. Das ist kein zufälliger Zusammenhang. Nämlich das ist ein Stil von Politik, wo es um – wie der Herr Kollege List ganz richtig sagt – Selbstdarstellung des Herrn Landesrates der ÖVP geht beziehungsweise ein politischer Stil insgesamt. Und wenn wir heute zum Beispiel in die Medien hineinschauen, wenn Sie als Abgeordnete keine anderen Sorgen haben als den Herrn Landesrat, der in Sachen Selbstdarstellung bei Gott kein Laie ist und noch immer weiß, wie man eine Pressekonferenz abhält zum Thema Erfolge des A1-Ringes, wenn Sie sonst keine anderen Sorgen haben, dann tun Sie mir leid! (Abg. Dr. Lopatka: „Musst aber nicht in den Keller gehen um zu lachen!“)

Dann komme ich fast auf jenes Gleis eben des Herrn Landesrates um die Sinnfrage zu stellen, nämlich was zum Beispiel Ihre Fraktion jedenfalls anbelangt. Schauen Sie heute in die Zeitungen hinein, da sind ein ganzes Dutzend Meldungen drinnen von der Abschaffung beziehungsweise vom Verkauf der Postbusse. Das wäre ein Thema gewesen für Sie aus den Regionen! (Abg. Dr. Lopatka: „Warum haben Sie es nicht zum Thema gemacht, Herr Kollege Hagenauer? Schlafen Sie?“) Wie Sie, Herr Klubobmann, die Geschäftsordnung des Landtages kennen, haben wir nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung und die haben wir bereits konsumiert. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist falsch, was Sie sagen! Das ist falsch, was Sie gesagt haben!“) Dann korrigieren Sie es! (Abg. Dr. Lopatka: „Lernen Sie die Geschäftsordnung, Herr Kollege Hagenauer!“)

In den heutigen Medien gäbe es neben dem Verkauf der Postbusse noch andere Themen, wie zum Beispiel, dass die Versicherungen ihre Prämien erhöhen müssen. Und zwar nicht nur wegen der Klimaauswirkungen, sondern zum Beispiel auch wegen der Autounfälle. Und da komme ich zum nächsten Punkt, das ist die Symbolik. Ich fasse mich kurz, aber etwas werde ich überziehen, Herr Präsident, Sie werden mir das freundlicherweise gestatten. Ich komme zum Thema des so genannten Erfolges. Was ist der Imagegewinn für die Steiermark, wenn er überhaupt besteht? Wie der Herr Landesrat richtig gesagt hat, hat man irgendwo einen Hauch des Landes auf den Fernsehschirmen auch wahrnehmen können. Was war denn das für ein Bild, das die Leute aufgeschnappt haben? Ein paar Auspuffgase oder, um ein weiteres Zitat zu strapazieren, jenes von Niki Lauda, es hängt ihm zum Hals heraus und es ist ihm zu blöd, immer nur im Kreis zu fahren. Ist das das Image? Der Herr Landesrat stellt die Staatsoper und die Salzburger Festspiele zu Recht im Vergleich zum A1-Ring an. Ja, wo stellen wir uns denn jetzt an, auf welcher Seite? Sind das die hellen Köpfe, die da immer nur im Kreis fahren, die viel strapazierten, sind sie das? Wir haben schon einen Landesrechnungshofbericht hier am Tisch gehabt, der uns die Nächtigungszahlen zerpfückt und die Nächtigungszahlen analysiert hat. Schauen Sie sich die Nächtigungszahlen an. Das ist die selbe Erfolgsstory wie „Imperial Austria“, wo wir in der ganzen Welt herumgereist sind, bestenfalls für Österreich geworben haben mit einem Schweinegeld und wenn man dann unsere konkreten Nächtigungszahlen anschaut, kommt nichts heraus dabei. Ist auch kein Wunder, wie auch der Herr Landesrat richtig sagt, was will ich denn an drei Tagen mehr machen, als die Lokale voll besetzen und die Zimmer auslasten? Das Jahr hat aber 100-mal so viele Tage, nämlich 356. (Abg. Majcen: „365!“) 365, Sie sagen es! Jawohl, es gibt sie doch, die hellen Köpfe! Ich danke dem Kollegen.

Es gibt sie, für das Protokoll ausdrücklich festzuhalten. (Beifall bei den Grünen.)

Zum Abschluss noch eine Feststellung in Zeiten wie diesen. Wir haben erst vor kurzem eine Demonstration der Hochschule hier gehabt, eindrucksvoll mit vielen tausenden von Menschen, weil ihnen nicht einmal mehr die kleinsten Ausgaben genehmigt werden. Wir hatten vor ein paar Tagen Schüler aus der ganzen Steiermark zu einer EU-Diskussion, die das umfunktioniert haben in eine einzige Anklage, was diese Regierung sich erlaubt, dass sie ihnen die letzten Freistunden streichen, damit sie ein bisschen Sprachunterricht konsumieren können im Zeichen der EU-Erweiterung. Wo sind denn anhand dieser Investitionen, etwa für den A1-Ring-Ausbau, ich meine jetzt nicht die einzelne Veranstaltung, wo ist denn jemals hier eine Alternative untersucht worden? Bis heute nicht und man hütet sich auch! Das heißt, wenn das so ein toller Erfolg ist, dann erklären Sie mir, wo der Unterschied ist etwa zur Therme Gabelhofen nebenan. Ist das keine touristische Infrastruktur? Warum gibt es denn jetzt für die Therme nur mehr 20 Prozent Zuschuss und wird das alles nur mehr privat abgewickelt? Um das abzuschließen, ich fordere die Privatisierung des A1-Ringes und des Grand Prix und es wird der Tag kommen, wo die Herrschaften wieder alle beim Land auftanzen werden und damit bin ich tatsächlich fertig, wo die alle wieder kommen und werden die Adresse kennen und das Händchen aufhalten und wieder eine Milliarde Schilling verlangen. Und dann spätestens wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo man sagt, Burschen, das ist ja betriebswirtschaftlich so super und ihr seid überhaupt die Größten und ihr macht das privat und vielleicht zahlen wir euch einen Zuschuss, ihr wisst ja, wir sind jetzt bei der EU. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.44 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Rieser** (10.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, Hohes Haus!

Herr Kollege Hagenauer, einen positiven Satz hätte ich mir wenigstens erwartet von Ihrer Aussage. Einen einzigen positiven Satz! Nur eines in diesem Zusammenhang, wir aus dieser Region sind dem Land Steiermark, dieser Regierung in der Steiermark sehr, sehr dankbar. Ich brauche auf die Zahlen nicht mehr eingehen, die bitte ohnehin in den Medien, auch in allen Zeitungen gestanden sind. Der zuständige Landesrat Gerhard Hirschmann sagte einleitend, es war selten ein so großer Erfolg. Nach dem Jahre 1997 sind wir wieder dort hingekommen. Viele Menschen haben dort gearbeitet und die Organisation war perfekt. Dem Team von Hans Geist, Christof Ammann, dem Österreichischen Bundesheer, der Gendarmerie, dem Roten Kreuz, der Feuerwehr, dem Ärzteteam, der Security, der Hundestaffel, allen Mitarbeitern im Servicebereich, der Gastronomie, der Freizeitarena und natürlich auch den disziplinierten Fans gebührt unser Dank hier im Hohen Haus. Gerhard Hirschmann wurde mittlerweile auch von der steirischen SPÖ als Vater des A1-Ringes respektiert und anerkannt. Das Konzept ist voll aufgegangen, auch das Abendprogramm – und einige Kollegen dieses Hauses waren ja anwesend – Vollgas, Wolfgang Ambros, Damon Hill, DJ Ötzi, brachte Leben in die Abendstunden und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die langwierigen Verhandlungen – und der Herr Landesrat hat das in seinen Ausführungen auch gesagt, es waren nur vier Monate Zeit für die Vorbereitung und die Umsetzung dieses Grand Prix –, aber es war sehr positiv.

Natürlich für das Jahr 2003 ist bereits gestern mit den Vorbereitungen begonnen worden.

Der Grand Prix ist natürlich nicht nur ein Ereignis für die Region. Die Wertschöpfung verteilt sich auf ganz Österreich, über den Finanzausgleich. 50 Prozent Deviseneinnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich denke an die Hotels, ich denke an die Beherberger, an die Gaststätten, Einzelhandel, Tankstellen, an die Souvenirläden – alle machten, Herr Kollege Hagenauer, gute Geschäfte. Und in diesem Zusammenhang sind 1400 Arbeitsplätze abgesichert worden, auch für die Zukunft.

Die Freundlichkeit der Menschen wurde allgemein gelobt am A1-Ring und rundherum zeichneten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.

Der Militärflughafen Zeltweg ist während des Grand-Prix-Wochenendes offen gewesen. Dank dem Bundesheer für diese Unterstützung. Alleine am Rennsonntag waren 1000 Flugbewegungen zu bewältigen. Insgesamt gab es am vergangenen Wochenende 1500 Flugbewegungen. Zirka 150 Flugzeuge, Herr Kollege Hagenauer, waren am Renntag in Zeltweg anwesend. Auch darunter eine DC 9 aus Zürich. Eine Boeing 737 musste aus einem simplen Grund abgewiesen werden, weil es in Zeltweg keine mobile Treppe gab. Die Zollwache, die Grenzkontrollen haben ihre Arbeit ohne Beanstandung bestens erledigt.

Besonders erwähnen möchte ich das bewährte Verkehrskonzept, staufreie An- und Abreise für die Besucher war gegeben und die Organe der Verkehrssicherheit haben hervorragende Arbeit geleistet.

Die Gratisparkplätze, Herr Landesrat, des Veranstalters wurden angenommen und auch besonders von den vielen Besuchern dementsprechend gewürdigt.

Die Jugendlichen unter 18 Jahren hatten am Freitag die Möglichkeit, um 10 Euro die Veranstaltung zu besuchen.

Und etwas ganz Besonders, und das möchte ich auch heute hervorheben, 10.000 Kilogramm steirische Äpfel, Herr Kollege Hagenauer, wurden dort an die Besucher verteilt. (Beifall bei der ÖVP.)

Nachdem diese Veranstaltung ja am Muttertag stattgefunden hat, gab es für die Mütter Lebkuchenherzen und auch eine Verlosung für eine Reise zum GP nach Melbourne unter den Müttern hat stattgefunden. 53 Firmen haben sich gemeinsam mit der Organisation Lebenshilfe in Knittelfeld bei einer Schaufensteraktion beteiligt.

Also zusammengefasst, es war eine große Veranstaltung!

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, und ich möchte das noch erwähnen, der A1-Ring ist ein Ganzjahresbetrieb mit über 220 Belegtagen und rund 750.000 Besuchern pro Jahr. Das wäre ohne Formel 1 nicht denkbar. Wir müssen aufbauen auf den Erfolg dieses Jahres für die Zukunft. Wer die Diskussion um die Bewerbung anderer sportlicher Veranstaltungen in den letzten Monaten verfolgt hat, weiß, wie Politiker oft reden und wie sie umfallen.

Gerhard Hirschmann hat immer Flagge gezeigt, konsequent für das Ziel gekämpft und war von seiner Position nicht abzubringen. Dafür, für dieses Rückgrat, ist ihm zu danken. Daher kann er heute auch rot werden und den Erfolg für sich in Anspruch nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Danke! (10.51 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (10.51 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben heute eine ganz besondere Aktuelle Stunde. Es ist eine Aktuelle Stunde, in der nicht darüber geredet wird, wo es klemmt, es ist eine Aktuelle Stunde, in der nicht Kritik im Vordergrund steht, sondern diese Aktuelle Stunde wird dafür genützt, um über die erfolgreiche Abhaltung des Grand Prix am Spielbergring zu sprechen. Es ist eine gelungene Veranstaltung, über die sich die ganze Steiermark freut und hinter der wir alle stehen, weil sie sinnvoll, sinnvoll für die Menschen, sinnvoll für die Region ist und sie schafft und sichert Arbeitsplätze.

Dies wurde möglich dank des Engagements unserer Sportministerin Frau Vizekanzler Dr. Susanne Riess-Passer (Abg. Schrittwieser: „Bei der Riess-Passer war es die letzte Chance in der Regierung!“) und dank des Engagements unseres Sportlandesrates Dr. Gerhard Hirschmann. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte auch nicht verabsäumen, German Vesko zu danken, der sich selbstverständlich auch in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt hat.

Das unterscheidet uns ja, Kollege Schrittwieser, wir haben eine Linie, wir haben eine Meinung, dazu stehen wir, das tragen wir durch.

Ihr habt eine Meinung, eine Linie, einmal hin und her, einmal Verstecken spielen. Bis jetzt habe ich noch keinen SPÖ-Redner am Rednerpult gehört. Mich würde es interessieren, wie eure Meinung aussieht vor allem im Hinblick darauf, dass mir (Abg. Schrittwieser: „Wir nehmen die Ausführungen des Herrn Landesrates zur Kenntnis!“) deine Meinung vor Jahren noch sehr gut im Ohr liegt.

Aber nochmals, dies ist ein Grand Prix der ganz besonderen Art, vor allem auch deshalb, weil sich der Bund daran finanziell beteiligt hat. Und das ist die neue Art der politischen Kultur, wie ihr das so gerne zitiert. Die politische Kultur, dass man nämlich dahintersteht und sich auch finanziell beteiligt und das Geld kommt in die Steiermark, nicht so wie in der Vergangenheit, wo zwar 120 Millionen versprochen wurden, die aber bis heute nie eingetroffen sind.

Wir alle sind froh, dass es diese neue politische Kultur gibt. Wir unterscheiden uns diesbezüglich sehr gerne von euch.

Es ist auch ein Grand Prix der besonderen Art, weil erstmals seit 1984 das Land Steiermark selbst Verantwortung trägt und diese Chance nützt, die Steiermark wirklich ins touristische Schaufenster zu stellen und die Marketingchancen rund um den Grand Prix wahrzunehmen.

Bei der letzten Landtagswahl war die SPÖ offen gegen den Grand Prix in der Steiermark. Das hatte den Grund, weil es Meinungsumfragen gab, die sagten, das ist nicht so opportun. Es war leicht zu polarisieren, weil Neid ist leicht zu schüren und wer hört schon gerne Lärm.

Ich glaube, Politik hat den Auftrag, Verantwortung für die Menschen zu übernehmen und Politik muss mit Weitsicht handeln, auch wenn die momentane Stimmung nicht dafür spricht.

Würden unsere Entscheidungen nur noch von Meinungsumfragen abhängig gemacht werden, stellen wir uns – auf die Dauer gesehen – selbst in Frage. Verantwortung zu tragen heißt auch Mut zu haben, Mut für Sachen einzutreten, die im Moment nicht opportun sind. Die Vergangenheit hat uns Recht gegeben, die Entscheidung war eine richtige, der Mut war richtig eingesetzt. Wir sind stolz, dass es so gelungen ist.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der vieles möglich ist, solange die Solidarität gegeben ist und es hat vieles nebeneinander Platz. In unserer Region hat der Flughafen neben dem A1-Ring und neben der Therme Platz. Dividieren wir nicht ständig auseinander!

Es gibt aber auch rund um den A1-Ring langfristige Ziele, die wir bedenken sollen. So ist es wichtig, dass ein langfristiger Nutzen für die Region entsteht. Durch das ÖAMTC-Zentrum ist das zum Teil schon gegeben, aber ich glaube, es ist Zeit, alles daranzusetzen, dass die internationale Motorsportakademie nach Spielberg, in unsere Region, kommt. Es hat schon vor Jahren einen Anlauf gegeben, wo wiederum Gruppierungen politisches Kleingeld versucht haben zu gewinnen. Seckau hat dann letztendlich die Zeche dafür bezahlen müssen.

Sie haben die riesige Chance gehabt, dass dort die Motorsportakademie kommt und leider Gottes wurde die Chance vertan. Möge uns allen für diese Region noch sehr viel gelingen. Nicht nur für die Region, sondern für unsere Steiermark. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.57 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (10.57 Uhr): Es ist nach der Geschäftsordnung möglich, sich zweimal zu melden, Herr Kollege List, genauso wie es nach der Geschäftsordnung tatsächlich so ist, Herr Klubobmann, dass eine Fraktion, Paragraph 71 der Geschäftsordnung, nur einmal eine Aktuelle Stunde beantragen kann. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie müssen den Absatz 2 lesen. Auch vier Parteien können gemeinsam eine Aktuelle Stunde beantragen!“)

Ich habe ja gesagt, jede Fraktion. Nachdem wir nicht gemeinsam eine A1-Ring-Aktuelle Stunde beantragen werden, gehe ich von einer Einzelentscheidung von einer Fraktion aus. Gut, ersparen wir uns aber die Geschäftsordnungsdebatte, das ist nicht das Wichtigste hier. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie hätten Ihre Postbusse vorschlagen können!“) Ein paar kurze Anmerkungen möchte ich noch machen, weil ich in meiner letzten Wortmeldung nicht dazu gekommen bin. Ich glaube also, dass neben dem Hauptmotiv der ÖVP hier zu frohlocken es sicher ein Zweites gegeben hat und das ist in den doch mehr als eindrücklichen Wiederholungen und Schalmeientonlagen des Herrn Landesrates an den lieben Franz adressiert, auch hier könnte ich jetzt zitieren aus Wilhelm Busch, das erspare ich Ihnen aber. Einmal hätte ich das nur gemacht und nicht fünfmal, weil es fällt einfach auf, wobei das natürlich sicherlich das Problem der Sozialdemokratie ist. Wenn ich hier aus dieser Aktuellen Stunde dann etwas mitnehme, dann sicherlich die eindrücklichen Dankesadressen an den lieben Franz beziehungsweise in der Tat die fehlende Position der Sozialdemokratie zum Tagesordnungspunkt.

Das Zweite noch in aller Kürze zu meiner Vorrednerin. Sie müssten – irgendjemand von der ÖVP – jetzt eine tatsächliche Richtigtstellung begehren, weil wenn das die Frau Vizekanzlerin war, der wir alles zu verdanken haben, dann passt das mit dem ganzen Frohlocken von vorher nicht zusammen. Sehe ich das richtig? (Abg. List: „Gemeinsam haben sich viele engagiert!“)

Gemeinsam, aha. Ich habe aber von Seiten der ÖVP das Wort Riess-Passer nie gehört in diesem Zusammenhang. (Abg. Dr. Lopatka: „Oh ja!“) Doch? Gut, dann war das eine gemeinsame Aktivität. (Beifall bei den Grünen.)

Zum nächsten Punkt, zur politischen Kultur. Wissen Sie, Frau Kollegin, wenn jemand von der Freiheitlichen Partei sich hinstellt und die Abkehr vom Opportunismus fordert und sagt, man müsse die Dinge nur durchtragen und bei seiner Haltung bleiben, dann ist das schon eine Chuzpe. Weil wenn jemand in dieser Republik das zur Perfektion entwickelt hat, den Opportunismus (Abg. Dr. Lopatka: „Der Peter Pilz?“), dann ist es immerhin Ihre Partei beziehungsweise die Person, die Ihre Partei darstellt, nämlich das einfache Parteimitglied in Kärnten. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Und zum Herrn Kollegen Rieser, ich stimme insofern natürlich zu, dass die Flugzeuge, von denen Sie sprechen, die da so zahlreich gelandet sind, ein Signal sind. Da sind wir uns einig. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sind ja zynisch!“) Und meine Vorrednerin hat es auch um eine Stufe konkretisiert. Sie hat gesagt, es passt zusammen, nur hat sie da nicht mehr die zivilen gemeint, sondern die militärischen. Was mich auch zu der kleinen Frage bringt, wo ist die Frau Landeshauptfrau im Moment? (Abg. Dr. Lopatka: „In Brüssel, im Ausschuss der Regionen!“) Ausschuss der Regionen nehme ich zur Kenntnis. Kann man mir vielleicht auch gleich sagen, wo ihr Stellvertreter ist, der Herr Landeshauptfraustellvertreter Schöggel? Könnte es sein, dass er am Thalerhof ist? (Abg. List: „Am Thalerhof, ganz offiziell!“ – Abg. Schrittwieser: „Er ist bei der Bürgerwehr, kontrollieren nehme ich an!“) Das dachte ich mir. Das wollte ich jetzt gerade noch abschließend festhalten, der Landeshauptfraustellvertreter ist am Thalerhof unten, er hat auch zu frohlocken, nämlich jener Bereicherung und jener Aufwertung des Standortes Aichfeld, wo dann der Wohlstand und die Lebensqualität endgültig überborden wird, nämlich die Abfangjäger, die im Stile einer seriösen Politik, wie meine Vorrednerin gerade betont hat, natürlich auch überhaupt nichts kosten, weil das ist nicht zu erwähnen, weil es handelt sich ja schließlich nur um 30 Milliarden Schilling pro Stück und über solche Kleinigkeiten redet man nicht! (Abg. List: „Sie kennen sich überhaupt nicht aus! Aber wirklich schon gar nicht!“ – Abg. Schrittwieser: „Dafür haben wir die Studiengebühren. Bildung macht frei, aber nicht die Abfangjäger!“)

In diesem Sinne danke ich, dass Sie mir ein zweites Mal gelauscht haben. (Beifall bei den Grünen. – 11.02 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Drexler** (11.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben am vergangenen Sonntag eine Konstellation erlebt, die es politisch schon lange nicht mehr gegeben hat, die Roten waren nicht zu schlagen. Egal, ob bei der Formel 1 das Ferrari-Team oder am Abend beim Cupfinale, wo angenehmerweise – aus meiner Sicht – der Liebherr-GAK gewonnen hat. (Abg. Gross: „Ferrari hat sich selbst geschlagen!“ – Abg. Bacher: „Aus deiner Sicht!“) Ich habe bewusst gesagt, aus meiner Sicht. Weil schon bei dem Hinweis auf die siegreichen Ferrari da Unruhe aufgetaucht ist, ist natürlich die Frage, warum haben wir lange auf politischer Ebene die Konstellation nicht erlebt, dass die Roten nicht zu schlagen waren? Mag unter anderem damit zusammenhängen, dass Sie sich etwa in der Frage des Grand Prix in der Steiermark einer ähnlichen Instinktllosigkeit bedient haben oder dieser gefrönt haben wie das Ferrari-Team am Sonntag, insofern ist auch hier ein kleiner Zusammenhang gegeben. Aber so wie wir hoffen, dass die Herren Jean Todt und Co. gescheitert werden und die Formel 1 weiter attraktiver werden lassen, so hoffen wir natürlich auch, dass das bereits heute wortreich bedankte und auch wortreich diskutierte Umdenken der Sozialdemokratie möglicherweise auch in anderen Bereichen anhält, dann steht auch hier dem Erfolg über kurz oder lang nicht mehr viel im Wege. (Beifall bei der SPÖ.) Wobei es schon bemerkenswert ist, dass Sie sich heute überhaupt nicht zu Wort melden. Ich war schon versucht darüber nachzudenken, ob Sie am 1. Mai so viel marschieren sind, dass Sie sich heute noch ausruhen müssen oder was immer, sei es wie es sei! (Abg. Gross: „Sie brauchen sich um uns keine Sorgen zu machen!“) Das ist schön. Es ist jedenfalls keine Meinung zu diesem Thema seitens der Sozialdemokratie heute vernehmbar, aber wir werden das sicher über kurz oder lang lesen oder hören. (Abg. Schrittwieser: „Der Kollege Hirschmann hat alles gesagt!“) Hat alles gesagt, gut! Ist das eure Devise, Landesrat Hirschmann sagt alles? Das ist nicht schlecht!

Ich möchte aber schon noch ein paar Punkte sagen, ehe mir die Zeit hier davonrinnt. Zuerst ein kleiner Nachtrag. Herr Hagenauer wird das Rennen ja nicht verfolgt haben, gehört auch noch zur Konstellation, die Grünen in Form der Jaguars sind leider frühzeitig wegen technischer Probleme ausgeschieden, aber das wird hoffentlich nicht auch für die Grüne Fraktion gelten. Ich glaube, dass dieser Grand Prix am Wochenende – und wer ihn miterlebt hat, wird das bestätigen – ein wirklich großartiger Erfolg war und durch die neue Rolle oder durch die neue Veranstalterrolle, die hier durch den neuen Vertrag gefunden wurde, ist es auch ein großartiger Erfolg, der sich von vorne bis hinten als Made in Styria bezeichnen lässt. Ein Erfolg, der eingeleitet wurde durch das zähe Ringen von Gerhard Hirschmann und seinen Gefolgsleuten und der heute dadurch auch noch mehr Made in Styria ist, weil wir die Organisation vor Ort eben sehen konnten. Die Zuschauerzahlen sind genannt worden. Es ist aber vor allem noch eines mehr, wenn die Zeitungen heute schreiben, dass die Stimmung bei

diesem Grand Prix das Besondere ist, dass es eben eine herausragende Veranstaltung auch in dem weltweiten Grand-Prix-Zirkus ist, so hat es auch mit diesem Made in Styria zu tun. Und es hat heuer eine Reihe von positiven Ergänzungen gegeben, ob es das Rahmenveranstaltungsprogramm war oder ob es das Steiermark-Zelt als sympathische Visitenkarte war. Das alles führt dazu, was Gerhard Hirschmann, glaube ich, auch gemeint hat, dass für drei, vier Tage das, was in Österreich sonst selten ist, was vielleicht in Wien manchmal der Fall ist, was vielleicht in Lech und Kitzbühel im Winter manchmal der Fall ist, dass wir die große weite Welt auch in der Steiermark spüren durften und dass die große weite Welt die Steiermark spüren durfte, wenn Sie sich die Berichterstattung auch in den anderen Fernsehkanälen und dergleichen angesehen haben.

Und weil der Kollege Hagenauer auf die Rolle der Politik hingewiesen hat und auf die Verfassungs-Enquete und dergleichen mehr, ich glaube, Gerhard Hirschmann ist in allen möglichen Themen eben ein ernsthafter Politiker. So auch in den Fragen der Verfassungsreform. Und wir werden morgen bei der Verfassungsenquete sicher ausreichend Gelegenheit haben über das zu diskutieren, was eben morgen zu diskutieren ist. Da geht es nicht um Ritterspiele oder um plumpes Abschaffen irgendwelcher Dinge, sondern da geht es um eine dynamische Weiterentwicklung unserer Demokratie. Und auch dafür ist Gerhard Hirschmann Gott sei Dank einer der Garanten.

Warum soll man nicht frohlocken? Granteln allein, Herr Kollege Hagenauer, kann kein Programm sein. Weil Sie darauf hingewiesen haben, dass es möglicherweise die Zuwächse bei den Nächtigungen und dergleichen mehr nicht gibt. Erstens einmal wissen Sie aus den Statistiken, dass die Steiermark seit zehn Jahren die Nummer eins bei den Zuwächsen in den Nächtigungsziffern ist und zweitens kann ich Ihnen persönlich bestätigen, jedes Jahr aufs Neue denke ich mir am Freitag – am ersten Trainingstag –, dass es recht angenehm wäre, gleich oben in Spielberg zu übernachten, jedes Mal kriege ich natürlich keinen Platz mehr zum Übernachten. Ich könnte nur die Sitzbank umklappen in meinem Kombi. Aber das ist mir dann doch wiederum zu unbequem. Da fahre ich lieber nach Hause. (Abg. Schrittwieser: „Du bist immer zu spät dran!“)

Aber Zimmer gibt es da sicher keines. Also ganz so kann es ja nicht sein, dass das alles nächtigungsmäßig keine Rolle spielt.

Viel gäbe es noch zu sagen positiver Natur, aber bevor der Präsident nervös wird beschließe ich diese Wortmeldung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.08 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die Aktuelle Stunde dauert bereits 60 Minuten. Gemäß Paragraph 71 Absatz 4 der Geschäftsordnung mache ich von dem Recht Gebrauch, diese um 30 Minuten zu verlängern.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Prof. Rauch das Wort.

**Abg. Mag. Dr. Rauch** (11.09 Uhr): Vielen Dank! Herr Präsident, die Herren Landesräte, Hohes Haus!

Der Herr Abgeordnete Hagenauer hat in seiner Wortmeldung, in der ersten Wortmeldung, die Verbindung zwischen dem A1-Ring und den Universitäten erwähnt. Ich glaube, dass diese Verbindung legitim ist, dass das richtig ist, dass man diese beiden Dinge in einem Atemzug nennt.

Wir stehen längst im internationalen Wettbewerb der Regionen. Ich erlebe das an der Universität sehr häufig, wenn ein Kollege aus dem Ausland, ein hoch qualifizierter Fachmann, sich überlegt, wo er seinen nächsten Ruf annehmen soll. Ich kann eigentlich jedem nur empfehlen, bei so einer Entscheidungsfindung einmal dabei zu sein. Die Kollegen machen sich lange Listen und schreiben sich da auf, was spricht für Graz, was spricht für Düsseldorf, was spricht für Saarbrücken und vergleichen ganz unterschiedliche Bereiche.

Was sind so üblicherweise die positiven Dinge, die für die Steiermark da genannt werden? Es sind unsere hoch qualifizierten Bildungsanstalten. Es ist die großartige Landschaft und die intakte Umwelt. Es ist das enorme kulturelle Angebot. Es ist die Sicherheit – das ist uns vielleicht viel zu wenig bewusst, wie sehr gerade im internationalen Vergleich die Sicherheit eine Rolle spielt. Es ist leider viel zu wenig, dass wir ein Hightechland sind. Nicht weil wir kein Hightechland wären, wir sind es. Ich denke an AVL, ich denke an AMS, ich denke an die vielen großartigen Betriebe, die wir haben. Aber das ist emotional jedenfalls nicht in ganz Europa bekannt. Das ist bei unserem Image ein Teil, den wir noch stärken sollten. Ich glaube daher, dass eine Aktion wie der A1-Ring, der sehr stark emotional Hightech als Qualität vermittelt und über die Bildschirme bringt, ein ganz gewaltiger Standort- und Wettbewerbsvorteil für die Steiermark ist. Die Steiermark als Hightechland vor großartiger kultureller und Naturkulisse. Das ist das Bild, das wir vermitteln.

Mein 15-jähriger Sohn ist seit September in Ecuador. Er verfolgt dort natürlich in den Medien, was er von Österreich mitbekommt. Es sind zwei Ereignisse, die er wirklich erlebt hat. Das ist das Neujahrskonzert und das ist der A1-Ring. Und ich glaube, das ist eine Kombination, über die wir sehr stolz sein können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.11 Uhr.)

**Präsident:** Hohes Haus, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich erkläre daher die Aktuelle Stunde für beendet.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Lauf der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass neun schriftliche Anfragen und sieben Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Heute liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 727/2, Beilage Nr. 119, zum Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration, Änderung des Steiermärkischen Vergabegesetzes und des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes auf, der als Punkt 11 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Gemäß Paragraf 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich diesen Selbstständigen Antrages unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

In der Präsidialkonferenz am 8. Mai 2002 wurde über die Abhaltung einer zusätzlichen Fragestunde in der Landtagssitzung am 11. Juni 2002 gemäß Paragraf 69 Absatz 6 GeoLT beraten.

Ich lasse über den von mir gestellten Antrag, die Landtagssitzung am 11. Juni 2002 mit einer Fragestunde zu beginnen, gemäß Paragraf 69 Absatz 6 GeoLT abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von sieben Abgeordneten der FPÖ an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend Kinderbetreuung in der Steiermark.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Da diese Dringliche Anfrage lediglich von sieben Abgeordneten unterzeichnet ist, kann gemäß Paragraf 68 Absatz 1 GeoLT vom Landtag beschlossen werden, dieser Anfrage stattzugeben und hierauf eine Wechselrede über den Gegenstand durchzuführen.

Wer dieser Anfrage und dem Antrag auf Durchführung einer Wechselrede zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand und stelle die einstimmige Annahme fest.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragrafen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 GeoLT.

**2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 229/1, Beilage Nr. 14, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Arbeitsförderungsgesetz erlassen wird und über den Antrag, Einl.-Zahl 63/1, der Abgeordneten Gennaro, Gross und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Arbeitsförderungsgesetzes.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher** (11.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft eingesetzte Unterausschuss hat in drei Sitzungen die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 229/1, Beilage Nr. 14 beraten und sich auf ein neues Steiermärkisches Arbeitsförderungsgesetz 2002 geeinigt.

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 229/1, wird in folgenden Punkten abgeändert:

Der Paragraf 1 wird dahin gehend erweitert, dass die Zielerreichung in Abstimmung mit den Zielsetzungen des Steiermärkischen Beschäftigungspaktes erfolgt.

In Paragraf 2 Absatz 1 wird folgende Ziffer 5 angefügt: „Fünftens: den Ausgleich der durch die Arbeitsmarktstruktur oder sonstigen Ursachen bedingten Nachteile und Belastungen von Arbeitnehmern.“

Die Aufzählung in Paragraf 5 Absatz 1 Ziffer 2 wird um das Wort „Gemeindeverbänden“ ergänzt.

In Paragraf 6 wird das Wort „insbesondere“ eingefügt, wodurch ermöglicht wird, dass Förderungen nicht nur in Form rückzahlbarer Geldzuschüsse erfolgen können.

Paragraf 8 Absatz 1 ist dahin gehend zu ergänzen, dass auch zu gewährende Förderungen dem Arbeitsförderungsbeirat vorzulegen sind. In der Geschäftsordnung des Arbeitsförderungsbeirates soll festgehalten werden, dass nur Förderungen ab einer Höhe von 100.000 Euro beziehungsweise einzeln zu beratende Härtefälle dem Beirat vorzulegen sind.

Die Zusammensetzung des Arbeitsförderungsbeirates in Paragraf 8 soll entsprechend dem Wirtschaftsförderungsbeirat gemäß Steiermärkischem Wirtschaftsförderungsgesetz 2002 erfolgen.

Mit Ausnahme des Vorsitzenden ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu bestellen.

Für den Vorsitzenden ist vom Beirat aus seiner Mitte mit einfacher Mehrheit ein Stellvertreter zu wählen.

Ein Drittel der Mitglieder kann in dringenden Fällen die Einberufung des Beirates verlangen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Arbeitsförderungsgesetz 2002 erlassen wird, wird zum Beschluss erhoben. Ich ersuche um Annahme. (11.18 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher. Ich darf es Ihnen erteilen.

**Abg. Bacher** (11.18 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass wir nach längeren Verhandlungen heute dieses neue Arbeitsförderungsgesetz im Sinne der Betroffenen, nämlich für die, die arbeitslos sind, beschließen können.

Ich möchte ein bisschen auf die Geschichte eingehen. Bekanntlich gibt es ja seit 1994 Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, die vom Wirtschaftsförderungsreferat gefördert wurden und werden. Wir haben dann am 1. Jänner 1999 das Steiermärkische Arbeitsförderungsgesetz beschlossen. Wir haben eine Reihe von Sitzungen gehabt und ich glaube, es hat sich auch sehr gut bewährt. Wir sind auch bei diesen Sitzungen draufgekommen, dass wir nicht jeden einzelnen Fall in diesem Gremium behandeln sollten. Wir haben dann ständig auch darüber nachgedacht, wie wir das Arbeitsförderungsgesetz evaluieren können, auch in der Anzahl der Fälle, aber auch in den Themen.

Es wurden in der Zeit 1999 und 2000 – da liegt uns ja der letzte Arbeitsförderungsbericht von der Landesregierung vor – insgesamt 213 Millionen Schilling an Fördermitteln des Wirtschaftsressorts ausgegeben, sinnvoll ausgegeben. Ich ergänze nur dazu, ohne AMS-Mittel und ESF-Mittel.

Dieser Beitrag hat sich auch in den letzten fünf Jahren verdoppelt und man sieht erst, wenn man sich diese Zahlen näher anschaut, dass mehr als 25.000 Menschen in zirka 1300 verschiedenen Projekten und Einzelmaßnahmen gefördert und erfasst wurden.

Ich möchte dir, Herr Landesrat, und der Vorgängerin Landeshauptmann Waltraud Klasnic und insgesamt der Landesregierung sehr herzlich danken, weil ich glaube, dass das eine sehr wichtige Maßnahme ist.

Wir haben dann ab 2001 noch stärker bedarfsorientiert die Förderung ausgeschüttet. Das war letzten Endes auch ein Grund, nicht nur, dass auch die Sozialpartner in dieses Gremium kommen wollten, sondern auch aus der Erfahrung der letzten Jahre heraus und durch die Evaluierung haben wir uns überlegt, ein neues Arbeitsförderungsgesetz vorzulegen, das ja heute beschlossen werden sollte. Nicht ganz einig waren wir uns über die Zielsetzung. Wir von der steirischen Volkspartei wollten eigentlich einen strategischen Beirat, das heißt, wir wollten eher über die Programme diskutieren und nicht über die einzelnen Maßnahmen, aber letzten Endes haben wir uns dann in einem Kompromiss darauf geeinigt, dass nach wie vor auch Projekte in diesem Arbeitsförderungsbeirat behandelt werden sollten. Wir haben uns auch darüber geeinigt, dass die Sozialpartner jetzt in diesem Ausschuss vertreten sind. Wir haben uns auch darüber geeinigt, dass es ein kleines effizientes Gremium sein sollte, das auch wirklich arbeitsfähig ist. Letzten Endes sage ich noch einmal, im Sinne der Betroffenen, nämlich derjenigen, die ihre berufliche Absicherung durch eine höhere Qualifizierung sichern können, die Lehr- und Ausbildungsplätze suchen, die arbeitslos sind und über Projekte eine Chance bekommen, in den Arbeitsprozess wieder integriert zu werden, im Sinne dessen haben wir versucht, ein neues Arbeitsförderungsgesetz vorzulegen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit und wünsche uns eine gedeihliche Arbeit und dir, Herr Landesrat, ein herzliches Danke für diese Initiative. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.22 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich darf dir dieses Wort erteilen.

**Abg. Gross** (11.22 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Erstantrag zum Arbeitsförderungsgesetz meiner Fraktion war eigentlich darauf ausgerichtet, dass wir den Arbeitsförderungsbeirat um folgende Partner ergänzt sehen wollten, nämlich die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer und das AMS Steiermark. Aber wenn wir uns das jetzt vorliegende neue Werk anschauen und wenn wir uns die Arbeitsmarktdaten des April, die vorige Woche veröffentlicht worden sind, genauer ansehen, dann wird uns die Brisanz des Arbeitsförderungsgesetzes erst wirklich bewusst. Denn Ende April waren in Österreich rund 230.000 Menschen als arbeitslos gemeldet, das ist gegenüber Ende April des Vorjahres ein Anstieg um 20,8 Prozent oder um rund 40.000 Personen. Meine Damen und Herren, wenn ich an die erste Stunde dieses Landtages denke, dann habe ich mich wirklich gefragt, ob ich in der gleichen Steiermark leben darf, in der der

Herr Landesrat Hirschmann lebt, weil sein selektives Wahrnehmungsvermögen hat mich wirklich so weit gebracht. Herr Kollege Hagenauer hat gesagt, frohlocket. Frohlocket gilt nämlich nicht für diejenigen und für den Bereich, über den wir jetzt reden werden. Wir leben nämlich nicht nur in einer Steiermark, in der die Sonne scheint und in der der Himmel blau ist, sondern wir leben in einer Steiermark, in der derzeit rund 32.252 Menschen als arbeitslos gemeldet sind, das sind um 4358 mehr gegenüber dem April 2001.

Besonders betroffen sind vom Los die arbeitslosen Frauen. Wir haben derzeit im Bezirk Liezen wieder eine Frauenarbeitslosenrate von 12,5 Prozent, im Bezirk Mürzzuschlag 10,3 und Knittelfeld 10,2 Prozent. (Abg. Tasch: „In Liezen haben wir gleich viele freie Arbeitsplätze als wir Arbeitslose haben!“)

Schau, gerade du weißt, dass oben in dem Bereich auch sehr viel passiert ist, aber obwohl gerade im Bezirk Liezen viel passiert ist, haben wir immer noch die 12,5 Prozent.

Lieber Herr Landesrat, im Landesförderungsbericht 1999/2000 schreiben Sie, dass von der positiven Beschäftigungsentwicklung in der Steiermark besonders die Frauen profitieren. Dieses Wort steht wirklich im Bericht. Von welchem Profit haben Sie denn da geschrieben? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ist ja alles gewachsen!“)

Seit 1995 konnte der Abstand zwischen der steirischen und der österreichischen Frauenarbeitslosenquote zwar verringert werden, trotzdem liegt deren Quote aber noch immer deutlich über jener der Männer. Herr Landesrat, wo profitieren denn da die Frauen? 12,5 Prozent, ich wiederhole es noch einmal, weil es wirklich drastisch ist, im Bezirk Liezen. Diese vom Arbeitsministerium veröffentlichten Arbeitsmarktdaten sind nämlich mehr als nur Besorgnis erregend. Seit genau einem Jahr, meine Damen und Herren, steigt die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat. Wir dürfen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit auch im Bereich der 19- bis 24-Jährigen ist besonders dramatisch. In der Steiermark kommen derzeit im Schnitt drei Lehrstellensuchende auf eine offene Lehrstelle. Das Arbeitsmarktservice kritisiert das Angebot der Lehrherren und ich schließe mich dieser Kritik vehement an. Die so genannten neuen Lehrberufe bildet die Wirtschaft so gut wie gar nicht aus. Meine Damen und Herren, derzeit sind im Bereich des Arbeitsmarktservice 621 Lehrstellen suchende Jugendliche gemeldet und im Juli werden es rund 1500 sein. Sogar die Wirtschaftskammer gibt zu, dass die Unternehmen viel zu wenig neue Lehrberufsstellen anbieten.

Herr Landesrat, ich sähe – und dieses sähe schreibe ich mit Umlaut ä – als eine Ihrer Hauptaufgaben, die Wirtschaft zu motivieren, Lehrlinge auszubilden. Wir sollten mit der Wirtschaftskammer und dem AMS Steiermark Jugendliche viel stärker informieren. Ich bin mir nämlich nicht sicher, wie viele Jugendliche zum Beispiel wissen, dass es Berufsorientierungskurse gibt, bei denen die jungen Menschen sich in verschiedensten Branchen umschaun können, bis sie eine fixe Lehrstelle finden. Ich will keineswegs nur jammern. Im Gegenteil, ich glaube, wir sollten gemeinsam alles unternehmen, um die Chancen der betroffenen arbeitslosen Menschen, als auch die der Wirtschaft zu erhöhen. Ich kann mich aber noch sehr gut an ein Versprechen aus dem Bereich der ÖVP, wie es Herr Minister Bartenstein gemacht hat, erinnern, der jedem Lehrstellensuchenden einen Ausbildungsplatz garantiert hat. Meine Damen und Herren, aktive Arbeitsmarktpolitik ist derzeit das Gebot der Stunde. Ich habe mir den im Dezember 2001 veröffentlichten Arbeitsförderungsbericht über die Jahre 1999 und 2000 sehr genau angesehen. Ich habe sehr vorsichtig formulierte Sätze gefunden, wie: „Trotz der sich abzeichnenden Verlangsamung der Baukonjunktur gingen in der Steiermark zusätzliche Impulse von der Bauwirtschaft aus!“ Aber wie gehen Sie derzeit damit um? Die Streichung beziehungsweise die Kürzung der Wohnbeihilfe per 1. Juni 2002 haben Sie, meine Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ, zu verantworten, die Auswirkungen im Bereich der Bauwirtschaft damit aber auch, meine Damen und Herren, und wir werden Sie daran erinnern.

Ich bin mir nämlich nicht einmal sicher, ob Sie, meine Damen und Herren bei der ÖVP und bei der FPÖ, sich bei diesem Beschluss überhaupt bewusst waren, was Sie den Steirerinnen und Steirern damit angetan haben. Ich habe eine Freundin in der ehemaligen Rechtsabteilung 14, die jetzt Abteilung 15 heißt, lassen Sie sich einmal erzählen, welche – ich übertreibe nicht – persönlichen Dramen sich derzeit bei diesen Kürzungen abspielen. Herr Landesrat, meine Damen und Herren, das mit 1. Jänner 1999 in Kraft getretene Steiermärkische Arbeitsförderungs-gesetz ist die Grundlage für die Erstellung der Qualifikations- und der Beschäftigungsprogramme und Richtlinien mit dem AMS Steiermark. Der Kollege Bacher hat schon gesagt, dass im Rahmen dieser Programme rund 213 Millionen Schilling, auch ich habe es nicht in Euro umgerechnet, nicht nur von der Wirtschaftsförderung, sondern damit auch die sozioökonomischen Betriebe bis 1999 und bis 1999 damit auch die Tagesmütterförderung gefördert wurden. Knapp ein Viertel der Förderungen kam vom Land, die restlichen Fördermittel verteilen sich auf Beiträge der Gemeinden, der Sozialhilfverbände, des BSB und auch spezieller Förderaktionen, wie zum Beispiel der Kindergartenmilliarde.

Ich glaube, über dieses Thema werden wir ja heute auch noch reden.

Meine Damen und Herren, ein Wort zum Kollegen Rieser, wenn er da ist, damit ich von ihm nicht wie der Kollege Hagenauer gerügt werde. Jetzt kommt mein positiver Satz. Wir haben mit diesem Steiermärkischen Arbeitsförderungs-gesetz sehr viel erreicht und bewirkt. Wir waren unter anderem deshalb erfolgreich – und da bin ich anderer Meinung als der Kollege Bacher –, weil wir im Arbeitsförderungsbeirat nicht nur ein strategisches Gremium waren, sondern weil wir durch die Begutachtung einzelner Förderfälle auch sehr vielen Härtefällen des Lebens, richtiger muss ich sagen Härtefällen der Wirtschaft, im Beirat pekuniär kurzfristig das Leben erleichtern konnten. Daher hat unsere Fraktion auch bei der heute vorliegenden Novellierung des Arbeitsförderungs-gesetzes darauf beharrt, dass die Geschäftsordnung regeln muss, dass zusätzlich zu der stark erhöhten Einzelgrenze von bisher 100.000 Schilling auf 100.000 Euro, und das ist ja doch noch ein gewaltiger Unterschied, die dem Beirat vorgelegt werden müssen – immerhin wird es sich dabei noch, hat uns die Fachabteilung gesagt, um rund 300 Fälle handeln –, dass zu der betraglich besprochenen Grenze es einzelne Härtefälle unter dieser Grenze geben kann und diese dem Beirat vorgelegt werden können.



Außerdem möchte ich auch hier im Landtag nochmals festhalten, dass im Unterausschuss zugesagt wurde, dass beim Arbeitsförderungsbericht ein Schwerpunkt auf die Frauenförderung gelegt werden wird.

Mit dieser Zusage der Fraktionen bedanke ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit im Unterausschuss, mit dieser Zusage werden wir der Novellierung des Steiermärkischen Arbeitsförderungsgesetzes zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.33 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paierl. Ich darf es Ihnen erteilen.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (11.33 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich melde mich aus zwei Gründen zu Wort. Einerseits um auf ein paar Anmerkungen der lieben Frau Kollegin Gross einzugehen. Auch das, was Hans Bacher gesagt hat, möchte ich kurz streifen. Dann möchte ich grundsätzlich für die sehr, sehr kooperative Haltung in den Jahren bisher und auch in den Verhandlungen jetzt für dieses neue Arbeitsförderungsgesetz, für die Novelle, auch noch diesen Dank an Sie gerichtet ausdrücken.

Ich möchte aber doch auf ein paar Dinge jetzt eingehen, die hier im Hohen Haus gefallen sind. Arbeitslosigkeit ist angestiegen – das stimmt, auch in der Steiermark so wie europaweit, weltweit in den hoch entwickelten Industrienationen, aber – und das dürfen wir schon für die Steiermark positiv beanspruchen – wir sind konjunkturresistenter geworden. Wir sind unabhängiger geworden von diesen konjunkturellen Zyklen, die es früher in der Steiermark natürlich auch gegeben hat und die dazu geführt haben, dass uns solche Zyklen hart getroffen haben und dass bei uns die Arbeitslosigkeit exorbitant gestiegen ist, überdurchschnittlich gestiegen ist. Sie ist nämlich – und das zeigen die Daten auch des April 2002 im langjährigen Vergleich – angestiegen, aber unterdurchschnittlich. Das ist neu. Erster Punkt!

Ich kann es Ihnen zeigen. Ich gehe jetzt auch ein auf Ihre Argumente, was die weiblichen Arbeitslosen anlangt, Frau Abgeordnete. April – und es ist immer der Monat zu vergleichen – April 1998 18.598 AMS-gemeldete weibliche Arbeitslose. Rückgang auf April 1999 auf 17.440. April 2000 exorbitanter Rückgang – das war das Konjunkturohoch, wie Sie wissen – (Abg. Gross: „Aber auch mit der anderen Anfangsziffer!“) Darf ich die Argumentationskette fertig sagen.

13.972, also von 17.440 auf 13.972. Dann hatten wir im April 2001 13.344. Nochmals, das waren die Jahre, die Monate, wo ich einen riesigen Arbeitskräftebedarf hatte am Arbeitsmarkt, wie Sie wissen. Und jetzt April 2002 zwar Umkehr, aber trotzdem noch nicht mehr – selbstverständlich, jede Arbeitslose ist zu viel –, 14.563. Also wenn ich jetzt den April 2002 mit dem April 1998 vergleiche, dann habe ich hier noch um 4.000 weibliche Arbeitslose weniger. Immer zu viel, selbstverständlich. Ich möchte nur die Fakten doch in ein richtiges Licht rücken. (Abg. Stöhrmann: „Herr Landesrat, ist ja kein Wunder, da hat die Konjunktur der SPÖ noch gegriffen!“) Okay, kommt ins Protokoll. Bernd, kommt ins Protokoll.

Die Beschäftigtenlage: Auch der konjunkturell so schwierige April 2002 ist im Verhältnis zum April 2001 noch immer – für die Steiermark – mit einem Beschäftigungsplus versehen. 431.980 gemeldete Beschäftigte in der Steiermark im April 2001, 432.385 im April 2002 – trotzdem noch.

Was will ich damit sagen? Ich will Sie ja jetzt nicht mit zu vielen Daten überschütten. Diese Daten, diese Analysen zeigen, dass die Steiermark, was ich eingangs gesagt habe, resistenter geworden ist, strukturstärker geworden ist und letztlich auch die Beschäftigung davon und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas haben. Nur das grundsätzlich gesagt.

Ein Zweites, nämlich auch in dieser Relativierung: Die Steiermark war immer, insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und insbesondere natürlich auch in den achtziger Jahren, weit abgeschlagen, was die Arbeitslosendaten anlangt, im österreichischen Schnitt. Also in der Bundesliga haben wir immer hinten mitgespielt, wir waren immer in der Abstiegszone, Vorletzter, Letzter – mit Burgenland und Kärnten. Wir sind mittlerweile im Mittelfeld und, was wichtig ist, wiederum April 2001 verglichen mit April 2002, Österreichwert 2001 5,8 Prozent Arbeitslosigkeit, die Steiermark 6,1 Prozent. Wir hatten für Österreich eine exorbitante Steigerung von 1,1 Prozentpunkte – das haben Sie auch gesagt – im April 2002 auf 6,9 Prozent. Und siehe da, die Steiermark auch 6,9 Prozent. Das heißt, wir haben zu Österreich im April 2002, was die Arbeitslosenrate anlangt zum Österreichschnitt, in der Steiermark keinen Unterschied mehr. Das war früher immer unser großes Problem, dass wir hinten rangiert sind und weit über dem Österreichschnitt gelegen sind.

Das nur zur Situationsdarstellung, ohne die Dinge beschönigen zu wollen und ohne sozusagen Schönwetterpolitik betreiben zu wollen. Wir haben Schlechtwetterperiode – das habe ich hier von dieser Stelle aus schon x-mal gesagt – und wir müssen uns diesbezüglich auch anders verhalten als in einer Schönwetterperiode.

Da möchte ich meinen Dank ausdrücklich sagen nicht nur Ihnen, die Sie mitwirken in den verschiedenen Beiräten, der Siegi Schrittwieser ist jetzt auch im Wirtschaftsförderungsbeirat, was ich sehr schätze und auch die Klubobfrau der Grünen neben den Experten der Freiheitlichen und der ÖVP-Fraktion, meiner Fraktion, dass wir dort diese Dinge auch – im Wirtschaftsförderungsbeirat und im Arbeitsförderungsbeirat – entsprechend ausführlich beraten können. Da sind Experten drinnen. Da bedanke ich mich insbesondere bei den Expertinnen und Experten des AMS des Landes Steiermark. Hier haben wir eine langjährige hervorragende Zusammenarbeit und sind auf vielen innovativen Bereichen europaweit ein Modellfall geworden. Also die Steiermark hat diesbezüglich nicht nur mit Autocluster und ähnlichen Projekten europaweit einen neuen Weg gewählt, sondern auch bei diesen Beschäftigungs- und Arbeitssicherungsprojekten.

Und auch da möchte ich nochmals betonen, was ohnedies die Frau Abgeordnete Gross und auch der Hans Bacher gesagt haben, wir haben seit Jahren ausgewiesen drei strategische Schwerpunkte.

Das sind die Frauen, insbesondere die Wiedereinsteigerinnen. Projekte, wie Hans Bacher sie selbst auch als Abgeordneter immer wieder eingebracht hat, die werden dann sehr intensiv von den Experten, aber dann auch im Arbeitsförderungsbeirat geprüft und das ist gut so. Da beklage ich mich nicht, da sollen wir uns auch entsprechend Zeit nehmen.

Die Jugendlichen: Auch da lassen Sie mich bitte zur immer wieder auftauchenden Debatte der Beschäftigungsfrage von Jugendlichen beziehungsweise zur Lehrlingsausbildung sagen, wir haben dort natürlich auch ein Paradoxon und ein Phänomen, dem sehr schwer beizukommen ist. Auf der einen Seite sind die Zahlen wieder gestiegen – arbeitslose Jugendliche beziehungsweise auch Lehrstellensuchende – und auf der anderen Seite gibt es genug Unternehmungen, die Sie auch kennen, die bei uns anklopfen, in der Politik anklopfen, also nicht nur bei den Kammern, das sind also keine getürkten Zahlen, sondern ganz offiziell an uns herantreten und sagen, bitte, habt ihr Nachwuchs für uns?

Wir haben auch dort das Problem, nicht nur im Schulbereich, dass die Demographie uns da hier in Zukunft ein großes Loch an Facharbeitern bescheren wird. Das heißt, wir sind auch hier gefordert, richtige und wichtige Modelle, die aus der Wirtschaft kommen – wir haben solche Geschichten mit Tesma, den Tesma-Managern, gemeinsam mit dem AMS oder auch mit dem Ausbildungszentrum in Frohnleiten im wahrsten Sinne des Wortes auf die Bahn zu bringen.

Stichwort Bahn, ÖBB, Post. Es ist uns gemeinsam mit der Wirtschaft gelungen – da lege ich großen Wert darauf – überbetriebliche Ausbildungsmodelle nicht nur anzudenken, sondern zum Teil auch schon umzusetzen.

Und der dritte Schwerpunkt sind die Älteren. Hier haben wir auch Stiftungsmodelle, Implacement-Stiftungen gemeinsam mit dem AMS schon eingeführt. Sie laufen erfolgreich für Graz und auch für den Rest der Steiermark, wo es sehr schwierig ist, älteren Langzeitarbeitslosen – das ist ja der wichtige Punkt – einen neuen Wiedereinstieg zu ermöglichen. Mühsam, aber es geht!

In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank für das, was Sie bisher schon eingebracht haben. Eine Bitte insbesondere an jene Damen und Herren des Hauses, die dann auch dort in dem Beirat tätig sein werden, das als eine Art Dialog zwischen dem Haus und dem Beirat zu sehen. Ich bin sehr, sehr interessiert an einer aktiven Mitarbeit, weil das letztlich der Mobilität, der Mobilisierung, die wahnsinnig wichtig ist am Arbeitsmarkt und der Hilfe zur Selbsthilfe zugute kommt. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 11.42 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

### **3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 843/1, betreffend den Förderungskatalog 2001.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bittmann** (11.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Förderungskatalog 2001.

Im Zusammenhang mit der vom Steiermärkischen Landtag geforderten Vorlage eines jährlichen Förderungskataloges wurden mit Schreiben vom 26. Februar 2002 alle kreditbewirtschaftenden Abteilungen aufgefordert, der Fachabteilung 4A – Finanzen und Landeshaushalt einen Bericht für die in ihrem Bereich im Jahr 2001 erfolgten Förderungen, soweit nicht bereits gesondert dem Steiermärkischen Landtag durch die zuständige Abteilung darüber berichtet wurde, vorzulegen.

Auf dieser Basis wurden die von der Fachabteilung 4B – Landesbuchhaltung erstellte Übersicht der Förderungsansätze sowie die von den zuständigen kreditbewirtschaftenden Abteilungen vorgelegten detaillierten Darstellungen zum Förderungskatalog 2001 zusammengefasst. Der beiliegende Förderungskatalog 2001 soll dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 18. März 2002 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Förderungskatalog für das Jahr 2001 wird zur Kenntnis genommen. (11.44 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Lechner-Sonnek** (11.44 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zuerst einmal finde ich es sehr positiv, dass dieser Förderungskatalog vorliegt. Es ist ja auf eine grüne Initiative zusammen mit der FPÖ zurückzuführen, dass es diesen Förderkatalog seit einiger Zeit gibt. Er ist, wie man sofort als erstes sieht, extrem umfassend und enthält sehr viele teils sehr detaillierte Informationen. Dafür möchte ich mich bedanken. Das ermöglicht auch eine Nachvollziehung der Entscheidungen und so war es auch gedacht. Wir werden diesen Bericht deswegen auch positiv zur Kenntnis nehmen.

Was allerdings auch auffällt, wenn man diesen Bericht anschaut, ist, dass die verschiedenen Abteilungen mit der Aufforderung, die Förderungen offen zu legen, sehr verschieden umgegangen sind. In manchen Bereichen, wie zum Beispiel im Gesundheits- und Sozialbereich, wird sehr detailliert aufgelistet, um welche Förderungen, welche Fördernehmer es geht. Von der Kulturabteilung ist jedoch zum Beispiel eine Leermeldung vorgelegt worden und das, obwohl es ganz sicher Förderfälle gegeben hat. Die Kulturabteilung weist darauf hin, dass es einen Kulturbericht geben wird oder gibt. Es ist jedoch nicht festgehalten, wo, wann, wie und in welcher Art. Und der Sinn dieser Auflistung, über die wir heute entscheiden, der Sinn dieses Förderkataloges ist es ja, auf einen Blick sozusagen einen Überblick über alle Förderungen zu haben und nicht über Querverweise auf andere Papiere zuzugreifen zu müssen beziehungsweise getröstet zu werden, dass so etwas kommen wird.

Deswegen möchte ich jetzt im Namen des grünen Klubs den Entschließungsantrag einbringen, betreffend einheitliche Standards im Förderungskatalog.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag Mindeststandards für den Förderungskatalog vorzulegen (Höhe und Grund der Förderung, Empfänger/ Empfängerin, Bedeckung und so weiter) und insbesondere von Leermeldungen trotz Fördertätigkeit in Hinkunft Abstand zu nehmen.

Ich denke, das ist eine kleine, aber notwendige Präzisierung, um wirklich dem vollen Sinn gerecht zu werden, den dieser Förderkatalog hat und um die Bearbeitbarkeit beziehungsweise den vollständigen garantiert zu bekommen und deswegen ersuche ich Sie um Ihre Zustimmung. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 14.47 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Entschuldigung, der Herr Abgeordnete bitte.

**Abg. Böhmer** (11.48 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus, werte Zuhörer!

Auch ich habe mir diesen Förderungskatalog 2001 sehr genau durchgesehen, habe einen Einblick in die Vielfalt und in den Umfang der Fördertätigkeit gewonnen. Sowohl in der allgemeinen als auch in der Detailmeldung, habe gesehen, welche Projekte, Initiativen und Maßnahmen getroffen werden. Ich glaube aber, dass bei diesen nicht die Notwendigkeit besteht auf Mindeststandards einfach zu bestehen, sondern dass wir uns bei jeder einzelnen Förderung die Frage auf das Projekt bezogen stellen sollen, ob das Projekt jetzt aus dem Bereich der Umwelt, der Erziehung, der Bildung, der Wissenschaft, der Arbeitsförderung kommt.

Ich habe mir jetzt ganz kurz einige Fragen gestellt, die ich aber bitte ohne eine Wertung dieser anführen möchte. Wenn ich um eine Förderung ansuche, so beschäftige mich als Förderungswerber immer die Gedanken: Ist dieses Projekt innovativ, ist es qualitativ vertretbar, denke ich an die Regionen, ist dieses Projekt eventuell mit bereits Vorhandenem verknüpfbar. Das heißt, kann ich in Kooperationen eintreten, entspricht dieses Projekt auch dem Zeitgeist, ist dieses Projekt auch eine Notwendigkeit, belebt es zum Beispiel den Arbeitsmarkt, ist es nachhaltig in puncto Umwelt, Landwirtschaft und dergleichen mehr? Weiters: Trägt dieses Projekt auch, was nicht unwesentlich ist, zur Bewusstseinsbildung in einer Region bei? Das heißt, es ist bei dem Projekt, das ich einreiche, für mich immer das ganze Umfeld des Menschen, des Sozialen, der Umwelt und dergleichen mehr mit einbezogen. Das wäre so eine kleine Antwort auf den gerade jetzt erst gestellten Entschließungsantrag.

Zu Punkt zwei habe ich mir einige Details herausgenommen und Sie gestatten mir, dass ich einige Worte darüber verliere. Ich habe mir aus dem Bereich Pflichtschulen und Kinderbetreuung – weil ich das bei meiner Budgetrede schon angekündigt habe – die Förderung der didaktischen Maßnahmen, wie das so schön heißt, durchgesehen und habe gefunden, dass bei diesen didaktischen Maßnahmen von der Kinderphilosophie von Frau Dr. Camhy über Völkerverständigungsprojekte, über Schule ohne Rassismus, über Einbindung der Pflichtschulen in ein schulbehördliches Intranet oder McClean oder über Fest der Sprachen und so weiter sehr Nachhaltiges vorhanden ist. Es sind 62 Projekte mit einem Gesamtförderungsbetrag von 3,967.478 Schilling, noch in Schilling, zumal es der Bericht aus dem Jahr 2001 ist.

Wenn ich dem dann die Projektförderung der Privatschulen gegenüberstelle, so komme ich im Großen und Ganzen zusammengezählt auf drei Projekte. Es ist das der Waldorf-Schulverein, die Privatschule am Pfeifferhofweg „Mit Kindern leben“ und der Verein Regenbogenschule. Diese drei Vereine bekommen allein vom Land Steiermark eine Förderung von 1,9 Millionen. Zusätzlich habe ich bei den Pflichtschulen sogar noch ein geändertes Waldorf-Schulprojekt angefounden.

Förderungen drücken auch manchmal für mich einen politischen Willen aus. Und ich habe damals schon gesagt: Fördern wir unsere sehr gut funktionierenden Pflichtschulen, legen wir nicht, wie jetzt geplant ist, vierklassige Volksschulen zu dreiklassigen Volksschulen zusammen und fördern wir nicht jene Schulen, deren – sage ich – Eltern es sich doch leisten können, wenn Sie es wollen, Lehrer, Schulmobiliar, -inventar zu bezahlen.

Punkt zwei: Es ist heute schon über unseren Sportlandesrat so viel geredet worden, er ist ja förmlich hoch gelobt worden. Ich möchte nur ganz kurz sagen: Von diesen 94,729.000 Schilling an Förderungen sind im Sportsektor vom Land Steiermark – in Summe sind 1210 Förderungsansuchen gestellt worden – über 40 Prozent dieses Betrages für die WM Murau-Kreischberg ausgelegt worden. Ich begrüße das! Möchte aber jetzt schon die Kollegen aus dieser Region ersuchen, hellhörig und mitstimmend zu sein, wenn wir aus der Oststeiermark für Sportförderungen Gelder in etwas bescheidenerem Maße, in etwa für Allwettersportplatz in Hartberg oder Bad Waltersdorf, brauchen. Ich ersuche euch heute dabei schon um eure Unterstützung.

Als Nächstes habe ich mir die Förderungen der Fachabteilung 6C durchgesehen und ich verknüpfe das mit den Pflichtschulen. Ich finde bei dieser langen Liste an Förderungen kein einziges Projekt unter dem Titel „Selbstfindungskurse für Mädchen“. Fälschlicherweise verwenden auch oft Frauen sogar dieses Wort „Selbstverteidigungskurse“ und dann geraten diese Kurse in ein falsches Ohr, so bei manchen Bürgermeistern und bei manchen Landespolitikern. Diese Kurse, die wirklich als Präventivkurse – als Kurse gegen Drogen, als Präventivkurse für eine bessere Gesundheit im Sinne alkoholfreier Erziehung und dergleichen – dienen, die in den Pflichtschulen und in den AHS, meistens in der 8. Schulstufe, stattfinden, geraten unter die Räder. Jetzt müssen diese Kurse noch immer Eltern, Elternvereine, Schulen und einige private Gönner zahlen. Ich würde heute schon meinen, dass derartige Kurse der Selbstfindung gerade für Mädchen, aber auch mancherorts für Burschen in der Pubertät eine wesentliche Hilfe sind, um ihnen das richtige Rüstzeug für ihre Jugend zu geben.

Ein letztes Kapitel – und damit bin ich schon beim Punkt 19 –, was mich besonders als Hartberger mit einer Stadt mit einem Öko-Park interessiert hat, ist und war die Wasserwirtschaft und die Abfallwirtschaft. Ich stelle fest: Hier wird sehr viel getan. Nur hätte ich einmal gerne von Landesrat Erich Pörtl als Umweltlandesrat gewusst – es steht sehr viel Positives von Förderungen von Einzelbauernhöfen, von Einzelsiedlungen und auch von Schutzhütten. Meine Frage lautet: Sind denn wirklich alle Schutzhütten unserer Steiermark in unseren Alpen mit Einzelabwasserbeseitigungsanlagen versehen oder landen derartige Abwässer noch wo anders? Eine Frage an den Umweltlandesrat!

Und die letzte Frage – und damit bin ich schon am Ende meiner Ausführungen – betrifft die Notwasserversorgung des Plabutsch, die ja gerade für uns in der Oststeiermark sehr wichtig ist. Ich sehe da eine Förderung von 20 Millionen auf drei Jahre aufgeteilt. Nur bei dem Jahr 2001 steht in dem Förderkatalog eine Zahl von 10 Millionen. Ich habe bis dato nur eine Erst- und eine Zweitförderung, einmal zu 2 Millionen und einmal zu 2,5 Millionen, gefunden. Das heißt, es fehlen uns noch für diese Plabutschnotwasserversorgung einige Millionen aus dem Jahr 2001. Vielleicht kann uns darüber der Landesrat Erich Pörtl Bescheid sagen.

Ich wünsche mir weiterhin, dass Förderungen als Initiativen, als Katalysatoren für unsere Umwelt, sei das geistiger, kultureller oder natürlicher Art, gegeben werden. Wir brauchen sie! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.57 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer.

**Abg. Hagenauer** (11.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Als Erstes kurz eine Anmerkung zu meinem Vorredner, dem Herrn Kollegen Böhmer. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, eigentlich ist keine weitere Präzisierung notwendig in diesem Bericht, weil Sie gehen davon aus, dass die Förderwerber das entsprechend schon berücksichtigen, was die Kriterien sind, beziehungsweise die Förderstellen.

Herr Kollege, wir sehen das nicht so. Wir sind hier im Steiermärkischen Landtag und es ist das Wesen eines Landtages beziehungsweise aller Parlamente, dass sie die Aufgaben haben – von den Förderwerbern rede ich gar nicht, weil deren Aufgabe kann es natürlich nicht sein –, aber dass es die Aufgabe auch des Landtages ist, die Förderstelle, nämlich die Regierung, zu kontrollieren. Das ist, glaube ich, unbestritten. Daher ist es notwendig, dass auch in so einem Bericht entsprechend die Informationen aufbereitet werden, dass der Landtag diese seine Aufgabe wahrnehmen kann. Das nur grundsätzlich.

Wir werden daher auch, wie die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek schon gesagt hat, dem Bericht zustimmen, weil es grundsätzlich natürlich positiv und zu begrüßen ist, dass ein derartiger, sogar sehr umfangreicher Bericht vorliegt.

Ich möchte jetzt drei Punkte herausgreifen aus diesem Bericht. Einer ist gerade vorhin auch behandelt worden – die Wasserversorgung. Das Land gibt, wie dem Bericht zu entnehmen ist und wird in Zukunft vermutlich noch mehr Geld für die Förderung von Wasserversorgungsnetzen ausgeben. Wir haben das in der letzten Landtagssitzung auch diskutiert. Ich möchte an dieser Stelle, weil jetzt auch die Budgetdebatte naht, noch einmal auf einen Punkt hinweisen – auch das Stichwort „Plabutschwasserleitung“ ist gefallen –, wenn das Land Steiermark tatsächlich Budgetprobleme hätte, wenn das Land auf sein Geld schauen müsste, dann frage ich, warum das Wasserwerk Feldkirchen in Graz nie erwähnt wird, das größte Wasserwerk im Raum Graz, aus dem kein einziger Liter abgezapft wird, warum das nicht erwähnt wird und immer nur die Plabutschwasserleitung beziehungsweise zusätzliche Wasserleitungen im Gespräch sind.

Das wäre es doch einmal wert – und wenn ich davon ausgehe, dass wir jeden Euro umdrehen müssen, den wir haben –, genau diese Frage sich zu stellen. Ich werde sicher in diesem Punkt auch nicht nachlassen und irgendwann werden sich die Verantwortlichen dafür rechtfertigen müssen, dass sie dieses Thema einfach umgehen und lieber eine neue Leitung bauen als bestehende Infrastruktur zu nutzen.

Punkt zwei, auch ein einzelner Punkt aus diesem Bericht, auf der Seite 66, die Förderung des CARGO-Centers Graz. Eine Meldung – auch eine von mehreren – in den heutigen Medien, die es wert gewesen wäre, eine Aktuelle Stunde abzuhalten. Dort steht nämlich drinnen, dass nicht dieses CARGO-Center Graz, wofür es geplant war, wofür es ausgelegt war, wofür das ganze Geld nicht zuletzt von Privaten in die Hand genommen wurde, dass nicht dieses CARGO-Center Graz der Standort für dieses neue Logistikzentrum sein wird, das ein Spediteur am Rande des Werks von Steyr Magna baut, sondern dass die Stadt Graz – und hier kommt einmal mehr der edle Wettbewerb in diesem schönen Land zwischen Rathaus und Burg wieder einmal voll zum Tragen,

dass das innerhalb derselben Partei ist – das ist noch ein eigenes Kapitel –, die Stadt Graz alles unternimmt, damit dieses Logistikzentrum auf der Deponie am Köglerweg errichtet wird. Und das nennt sich dann die Politik und die Region der hellen Köpfe. Wenig hell! Ich habe dem Herrn Bürgermeister – ich nutze die Gelegenheit, dass der Herr Wirtschaftslandesrat da ist, er ist auch mein ehemaliger Arbeitskollege und in der Zeit, als wir noch Arbeitskollegen waren als Raumplaner, war ich auch sehr viel für Herrn Bürgermeister Edegger tätig und in der Zeit damals habe ich schon dem Herrn Vizebürgermeister Edegger ein Gutachten geschrieben, dass ich das nicht für besonders hell halte, wenn die Stadt Graz ihre Flächen asphaltiert und Frächtern zur Verfügung stellt. Das war damals am Köglerweg unten, wie der Frikus eingezogen ist. Und ich habe gesagt, wenn ihr nur ein bisschen Grips im Kopf habt und euch nur ein bisschen etwas zutraut, dann entwickelt ihr Gewerbeparks, die sind heute unten irgendwo in Grambach oder sonst wo in der Puszta außerhalb von Graz. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist ja auch in Ordnung!“) Nein, eben nicht, eine normale Standortpolitik, wie der Kollege Rauch ganz richtig sagt. Sie haben ganz richtig gesagt, dass der Wettbewerb der Regionen das Phänomen ist, wenn man heute Wirtschaftspolitik betrachtet. Sie haben ganz richtig erwähnt, welche Kriterien man damit im Allgemeinen verbindet und was unsere Region anbelangt im Speziellen, deckt sich mit meiner Erfahrung als Raumplaner zu 100 Prozent. Ich kann sie nur bestätigen. Nur, was macht denn die Region, was macht denn das Land? Wo achtet denn das Land jetzt zum Beispiel an diesem Fall Logistikzentrum auf die von Ihnen zu Recht zitierte Bedeutung des Faktors Umwelt und Landschaft? Ein Standort Graz wird gut daran tun, sich auf die hellen Köpfe zu konzentrieren. Jetzt frage ich aber, ob asphaltierte Lkw-Flächen und Logistikzentren, wo die Staplerfahrer herumkurven, ob das der Inbegriff von Hightech ist und ob das das ist, was die Stadt Graz – wir müssen ja nicht gerade Autorennen veranstalten in den Hallen drinnen – anstrebt. Das ist es sicher nicht. Abgesehen davon, dass hier Geld verschludert wird. Das Land schaut zu, das Land nimmt seine Verantwortung nicht wahr, der Herr Verkehrslandeshauptfraustellvertreter ist bezeichnenderweise nicht anwesend im doppelten Sinne des Wortes, wenn hier eine wesentliche Infrastruktur, eine wesentliche Einrichtung, die für das Land Steiermark von enormer Bedeutung ist, den Bach hinunter geht. Dort unten wird investiert und gleichzeitig wird parallel irgendwo hineingepfuscht. Weshalb hat man denn den Terminal Werndorf gebaut? Weshalb? Weil man gesagt hat, man kommt da in Messendorf und im Raum Thondorf platzmäßig nicht mehr zu Rande. Was glauben Sie denn, was sich abspielen wird, wenn diese ganzen Erfolgszahlen des Herrn Finanzlandesrates und Wirtschaftslandesrates alle stimmen, was da alles produziert wird? Was wird denn dann da passieren? Zwei komplette Güterzugpaare könnte alleine Steyr Magna pro Tag von Graz Richtung Frankfurt beziehungsweise weiter in den Norden transportieren. Könnte! Dazu bauen wir jetzt den Terminal unten in Werndorf und dort könnte man nebenan – es gibt auch ein Angebot dafür, das war der zweitbeste Standort, wenn man es so will oder der zweitbeste ist falsch ausgedrückt, es ist der beste, aber wäre der zweite Standort gewesen – von der Firma Porr nebenan angeboten. Nein, es wird jetzt Hals über Kopf unter kräftigem Zutun der hiesigen Kommunalpolitik am Köglerweg ein Logistikzentrum forciert mit dem Argument, das sind wieder ein paar Schilling für das Budget. Da wird eben die Stadt Graz zusammen mit dem Land überlegen müssen, wie sie ihr Budget zu Rande bringt, aber nicht mit solchen unverantwortlichen Handlungen. Was glauben Sie denn, wo die Lkws sich alle stauen werden, was das für ein Chaos verursachen wird, was das an Umweltschäden, an Lärm, an Abgasen bedeutet, wenn man die wieder da drinnen herumkurven lässt? Völlig absurd!

Und als dritten Punkt zum Abschluss, die Biomasseförderung. Auch natürlich Teil dieses Berichtes, auch einzuordnen und wäre auch ein Thema für eine Aktuelle Stunde gewesen. Ich fasse mich hier kurz und komme zum Ende. Einmal mehr schafft es das Land wieder durch Stopp von Förderungen die ganze Szene zu verursachen, den Herstellern von Biomasseheizungen, die tatsächlich eine nachhaltige Technologie darstellt, die tatsächlich das Image dieses Landes nachhaltig positiv beeinflussen, die tatsächlich in Zukunft und dauernd Exportarbeitsplätze auch sichern, denen das Geschäft zu versauen. Das wäre nicht notwendig durch solche Stopp-and-Go-Politik, durch die einmal mehr jetzt wieder anstehenden Rückstellungen von Förderanträgen, wo man dann nachher irgendwann einmal sagt, ja, jetzt kriegt ihr es noch und die Leute haben aber jegliches Vertrauen verloren. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.08 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung und ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend einheitliche Standards im Förderungskatalog ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler des WIKU Graz unter der Leitung von Frau AHS-Lehrerin Idisa Nitsche. (Allgemeiner Beifall.)

#### **4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 847/1, betreffend Formel-1-Grand-Prix Spielberg 2002 bis 2006.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bittmann** (12.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Haftungserklärung des Landes für die Durchführung des Formel-1-Grand Prix Spielberg 2002 bis 2006.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 8. April 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Für die Durchführung des Formel-1-Grand Prix Spielberg 2002 bis 2006 wird eine Haftungserklärung des Landes wie folgt genehmigt:

Erstens a): Das Land Steiermark verpflichtet sich zur Absicherung des Veranstaltungsrisikos und damit einher gehend der Leistungsverpflichtung der Grand Prix Management GmbH. an die Formula One Administration Limited, in der Folge „FOA“ genannt, für den jährlich zu leistenden Veranstaltungsbetrag (Startgeld) eine Ausfallhaftung von jährlich maximal 10,900.925,13 Euro (150 Millionen Schilling) zu übernehmen, für den Fall, dass die Grand Prix Management GmbH. nicht ihre aus dem Vertrag entspringende Leistungsverpflichtung gegenüber der FOA fristgerecht erfüllt.

b) Der allfällige im Rahmen der Ausfallhaftung vom Land Steiermark zu tragende Betrag ergibt sich aus der Differenz zwischen dem der FOA jährlich zustehenden Startgeld in vertraglich vereinbarter Höhe und dem von der GPM GmbH. für das jeweilige Jahr bereits geleisteten Betrag, maximal jedoch bis zur Summe von jährlich 10,900.925,13 Euro.

c) Sollte in einem Jahr keine Haftung eintreten, kann ein in den vorangegangenen Jahren nicht in Anspruch genommener Betrag auf Grund mangelnder Haftung nicht hinzugerechnet werden.

d) Sollte der Vertrag zwischen der FOA und der Grand Prix Management GmbH., aus welchem Grund auch immer, aufgelöst oder eine vereinbarte Grand-Prix-Veranstaltung in Spielberg von Seiten der FOA im Veranstaltungskalender nicht mehr berücksichtigt werden, entfällt die Haftung.

e) Das Land verpflichtet sich, den oben definierten Betrag erst nach Aufforderung durch die FOA und Nachweis, dass die vertraglich vereinbarte schriftliche Mahnung an die Grand Prix Management GmbH. erfolgt ist, auf ein von der FOA bekannt zu gebendes Bankkonto zu bezahlen.

f) Diese Haftung gilt ausschließlich für die Jahre 2002 bis 2006.

Zweitens: Für die Rechtswirksamkeit der Haftungserklärung des Landes ist es erforderlich, dass sich die Grand Prix Management GmbH. beziehungsweise deren Gesellschafter gegenüber dem Land Steiermark verpflichten, a) aus vorhandenen Mitteln der Gesellschaft, einschließlich der der Gesellschaft vom Land Steiermark im Rahmen der atypisch stillen Beteiligung von rund 10,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellten Mittel und künftigen positiven Betriebsergebnissen primär allenfalls offene Regressansprüche des Landes aus der Inanspruchnahme aus der Ausfallhaftung zu befriedigen und auf Gewinnentnahmen auf die Dauer der Geltung der Ausfallhaftung des Landes beziehungsweise des Bestehens offener Regressansprüche des Landes zu verzichten und b) dem Land beziehungsweise einem von diesem Bevollmächtigten das jederzeitige uneingeschränkte Einsichtsrecht in die Geschäftsunterlagen der GPM-GmbH. zu gewähren.

Soweit mein Antrag. (12.12 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 und 6 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

##### **5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 848/1, betreffend den Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft mbH. an die Stadt Graz zu einem Kaufpreis von 1,169.200 Euro.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Koller** (12.14 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat!

Ich berichte zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft mbH. an die Stadt Graz zu einem Kaufpreis von 1,169.200 Euro.

Mit Grundsatzbeschluss der Steiermärkischen Landesregierung wurde der Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei vorbehaltlich der Genehmigung durch den Steiermärkischen Landtag grundsätzlich genehmigt, die Landesfinanzabteilung beauftragt, den Verkehrswert dieses Unternehmens durch einen gerichtlich beeideten Sachverständigen feststellen zu lassen und den Verkauf dieser Landesbeteiligung öffentlich auszuschreiben.

Das Ergebnis dieser öffentlichen Interessentensuche ergab, dass der Bestbieter den vom Sachverständigen ermittelten Unternehmenswert abzüglich der Absiedelungskosten aus dem Bereich der Burg angeboten hat.

Im Zuge der weiteren Abwicklung des Verkaufsverfahrens ist nunmehr der Mitgesellschafter Stadt Graz mit einem am 20. März 2002 in der Landesfinanzabteilung eingelangten Schreiben an das Land Steiermark als Mitgesellschafter mit dem Ersuchen herangetreten, die Geschäftsanteile des Landes Steiermark zu den Bedingungen des Bestbieters zu erwerben, wobei lediglich die bestehenden Bestandrechte unverändert über die Dauer von 30 Monaten ab Übernahme der Geschäftsanteile des Landes Steiermark aufrechterhalten werden sollen.

Als Ergebnis der mit dem Mitgesellschafter aufgenommenen Verhandlungen konnte eine Punktation über die Abtretung der Geschäftsanteile des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft mbH. an die Stadt Graz ausverhandelt werden, die Ihnen und uns allen vorliegt.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft mbH. an die Stadt Graz zu einem Kaufpreis von 1,169.200 Euro nach Maßgabe der Bedingungen der dargestellten Punktation zu genehmigen. (12.17 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:**

**6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 846/1, betreffen den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, EZ. 1518 und EZ. 1653, jeweils BG. 63104 Lend, bestehend aus den Grundstücken 1041/18, 1041/12, 1041/19 mit Objekt und 1041/26 im Gesamtflächenausmaß von 2397 Quadratmeter an die von der Firma „IMMORENT SÜD GESMBH.“ noch zu benennende Tochterfirma zum Preis von 536.326 Euro.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher** (12.17 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Mit dieser Vorlage soll der Verkauf der Liegenschaft Eggenberger Straße 20 mit dem ehemaligen Forstbauhof des Landes und dem dazugehörigen Bürogebäude zum Preis von 536.326 Euro auf der Basis des einen integrierenden Bestandteil dieser Regierungsvorlage bildenden Kaufvertragsentwurfes genehmigt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 8. April 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, Einl.-Zahl 1518 und Einl.-Zahl 1653, jeweils GB. 63104 Lend, bestehend aus den Grundstücken 1041/18, 1041/12, 1041/19 mit Objekt und 1041/26 im Gesamtflächenausmaß von 2397 Quadratmeter an die von der Firma „IMMORENT SÜD GESMBH.“ noch zu benennende Tochterfirma zum Preis von 536.326 Euro auf Basis des einen integrierenden Bestandteil dieser Regierungsvorlage bildenden Kaufvertragsentwurfes wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (12.18 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 848/1, Tagesordnungspunkt 5 Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 846/1, Tagesordnungspunkt 6 ihre Zustimmung geben, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

**7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 851/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tasch** (12.19 Uhr): Die Landesregierung berichtet, dass in der Zeit vom 4. März bis 18. März 2002 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 1,661.391,93 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Der Mehraufwand wird durch Bindung von Ausgabenersparungen bedeckt. Ich bitte um Genehmigung. (12.20 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich darf jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

**8. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 411/2, betreffend zum Beschluss Nr. 272 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro und Detlef Gruber, betreffend Öffnung des Hallenbades der Landesberufsschule Gleinstätten.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kröpfl** (12.21 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 272 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 über den Antrag der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro und Detlef Gruber, betreffend Öffnung des Hallenbades der Landesberufsschule Gleinstätten.

Zu dem Antrag des Steiermärkischen Landtages vom 12. Juni 2001, in dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird zu prüfen, ob eine Öffnung des Hallenbades der Landesberufsschule Gleinstätten für die Bevölkerung und die Schulen der Bezirke Deutschlandsberg und Leibnitz durchgesetzt sowie zu welchen Zeiten und zu welchen Bedingungen das Hallenbad den Erwachsenen und Schülern/Schülerinnen zur Verfügung stehen kann, erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht. In dem Bericht ist dann aufgelistet, wann das Hallenbad und an welchen Tagen es ausgelastet ist. Weiters wird das Hallenbad auch stundenweise von Kindergärten, Volksschulen, Elternvereinen mit Schwimmkursen, Bundesheer und Gendarmeriekommando Leibnitz benutzt.

Wie oben angeführt ist die derzeitige Auslastung des Hallenbades erschöpft. Damit den gesetzlichen Hygienevorschriften entsprochen werden kann, ist das Regenerieren des Wassers sowie die Reinigung des Filters an den Wochenenden unbedingt erforderlich.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 18. März 2002 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 272 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 wird zur Kenntnis genommen. (12.22 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es dir.

**Abg. Kröpfl** (12.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, verehrte Damen und Herren!

Die Antragsteller hatten im Hintergrund den Wunsch, dass dieses Hallenbad, das ja mit Landesmitteln errichtet wurde, auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. In der Regierungsvorlage sind zwar einige Zeiten aufgelistet von Montag bis Freitag, in denen dieses Hallenbad benutzt wird. Aber ein paar einfache kurze Recherchen haben bereits ergeben, dass diese Auflistung erstens unvollständig ist, zweitens nicht dem entspricht, wie es da steht. Ich darf Ihnen nur ein Beispiel sagen: Da steht am Freitag von 10.40 Uhr bis 16 Uhr benützt dieses Hallenbad die Landesberufsschule Arnfels. Dazu haben die Recherchen ergeben, dass es erstens nur drei Kurse, drei Lehrgänge, gibt, die dieses Hallenbad benützen, das heißt, dass das Hallenbad ab 22. April frei zur Verfügung wäre für andere Schulen. Ich kann auch der ganzen Vorlage entnehmen, dass es überhaupt keine Intentionen gibt, dass man dieses Hallenbad noch wirtschaftlicher betreibt. Ich glaube nicht, dass eine Landesberufsschule und das Hallenbad einer Landesberufsschule zu einem Spielfeld für einen einzigen Direktor dort gemacht werden sollte, sondern dass es wirklich Ideen bedürfte, damit dieses Hallenbad optimal ausgenutzt werden kann. Denn errichtet ist es bereits mit Steuermitteln, betrieben wird es auch und daher sollte man es optimal nutzen. Und wenn auf der anderen Seite dann noch erklärt wird, dass man zum Reinigen dieses Hallenbades, zum Rückspülen des Hallenbades zwei Tage braucht, nämlich das ganze Wochenende, Samstag und Sonntag, dann frage ich mich, wie machen das die öffentlichen Hallenbäder, die die ganze Woche hindurch Betrieb haben und die nicht sagen können, am Samstag, am Sonntag sperren wir zu, weil da reinigen wir?

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind also mit dieser Vorlage in keiner Weise zufrieden und ich erkenne nicht den Willen, dass dieses Hallenbad geöffnet werden soll für die Öffentlichkeit, sondern ich glaube, man mauert sich dort ein und man hat sich da so eine kleine Burg gebaut, wo man nur die hineinlässt, die einem gut gesinnt sind oder die einen guten Draht dort hin haben. Weil es ist auch auf Grund unseres Antrages, wo wir wissen wollten, wie und zu welchen Bedingungen man in dieses Hallenbad kommt, nicht erkennbar, welche Voraussetzungen man haben muss, um dieses Hallenbad benützen zu können.

Daher stellen wir von unserer Fraktion einen Entschließungsantrag mit folgendem Wortlaut: Die Stellungnahme zu diesem Landtagsbeschluss ist unbefriedigend. Sie stellt eine reine Aufzählung der derzeitigen Auslastung dar und verweist unter anderem darauf, dass das Hallenbad an Wochenenden aus hygienischen Gründen nicht zur Verfügung steht. Dies ist zumindest unverständlich und zu hinterfragen, sind doch auch öffentliche Bäder an den Wochenenden geöffnet.

Bei entsprechender Bemühung müsste eine Lösung für eine Offenhaltung an Wochenenden gefunden werden können. Auch sind keine Anstrengungen zu bemerken um zum Beispiel durch neue Ideen bei der Organisation der derzeitigen Auslastung Möglichkeiten zu finden, das Hallenbad der Bevölkerung und den Schülerinnen und Schülern besser als bisher zugänglich zu machen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:



Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert Maßnahmen zu setzen, die ein Offenhalten des Hallenbades der Landesberufsschule Gleinstätten auch an den Wochenenden ermöglichen und durch neue Ideen bei der Organisation der derzeitigen Auslastung des Hallenbad der Bevölkerung und vor allem den Schülerinnen und Schülern besser als bisher zugänglich zu machen.

Ich ersuche Sie, verehrte Damen und Herren, diesem Entschließungsantrag beizutreten, denn es ist wirklich nicht einzusehen, wenn rundherum nach Möglichkeiten gesucht wird, wie man öffentliche Gebäude wirtschaftlicher und sinnvoller betreibt, dass man gerade in diesem Bereich sich einmauert und sagt, nein, das ist ausgelastet und damit fertig. Verehrte Damen und Herren, ich ersuche Sie nochmals um Zustimmung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.27 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es Ihnen.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (12.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Kröpfl, abgesehen jetzt von den dumpfen Andeutungen, dass da irgendwer etwas zu seinem Privatvergnügen macht, mache ich Ihnen ein Angebot. Es ist eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wir können nicht Dinge, die zwar mit öffentlichen Mitteln gebaut sind, aber die natürlich auch Betriebskosten verursachen, weiter aus dem Budget finanzieren. Das ist das Problem. Wenn Sie private Investoren oder private Betreiber haben, die das an den freien Terminen, am Wochenende zum Beispiel, übernehmen würden, bitte sehr. Also da sind wir offen. Ich möchte nicht, dass meine Abteilung oder meine Mitarbeiter, auch vor Ort nicht, in der Schule dastehen als solche, die hier nicht flexibel diese Bildungseinrichtungen als Bildungseinrichtungen der Regionen sehen. Das ist auch nicht so. Sie können sich die Aktivitäten auch in Gleinstätten anschauen und das gilt auch für die Hallenbäder. Nur auf Kosten von zusätzlichen Aufwendungen, die dann aus dem Budget zu finanzieren wären, geht es nicht, denn das haben die dort einfach nicht zur Verfügung. Wenn Sie sich mit irgendjemand anderem noch, den Sie da im Auge haben, in einer Privatinitiative anstrengen das darzustellen, dann bitte sehr. Also Sie sind herzlich eingeladen, da sind wir sicherlich offen, da gibt es kein Problem. (Abg. Kröpfl: „Das können nur Personalkosten sein für ein paar Stunden. Das kann nicht der große Brocken sein!“ – 12.28 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Öffnung des Hallenbades der Landesberufsschule Gleinstätten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

### **9. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 257/1, der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Zitz, Mag. Koller, Mag. Erlitz, Mag. Lackner und Böhmer, betreffend die Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Grundbildung – funktionaler Analphabetismus“.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kröpfl** (12.30 Uhr): Zu unserem Antrag mit der Einl.-Zahl 257/13 gibt es einen schriftlichen Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001, am 6. November 2001 und am 7. Mai 2002 die Beratungen über den oben genannten Antrag durchgeführt.

Zur Vorberatung dieses Antrages wurde ein Unterausschuss am 24. April 2001 eingesetzt. In diesem Unterausschuss wurden Arbeitsgruppen vereinbart. Diese Arbeitsgruppen – vier an der Zahl – haben getagt.

Die Beratungen des Unterausschusses am 12. September und am 10. Oktober 2001 und am 20. März 2002 haben Einvernehmen über den nachstehenden Ausschussantrag herbeigeführt.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, eine Enquete des Steiermärkischen Landtages mit dem Thema „Grundbildung – funktionaler Analphabetismus“ am 23. Oktober 2002 in der Zeit von 9 Uhr bis 14 Uhr im Landtagssitzungssaal Herrengasse 16, 8011 Graz durchzuführen.

Es liegt diesem Antrag auch eine provisorische Tagesordnung bei und eine Liste der Teilnehmer. Ich ersuche um Annahme. (12.31 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Mag. Zitz** (12.32 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Es gab vor ungefähr einem Jahr eine Podiumsdiskussion beim Verein ISOP in Graz, wo Vertreter und Vertreterinnen von allen vier Landtagsfraktionen eingeladen gewesen sind, zusammen mit Expertinnen und Experten aus Österreich und auch internationalen. Als eine Art der Nachbereitung zu dieser Veranstaltung haben wir uns darauf verständigt, eine Enquete gemeinsam zu entwickeln, die jetzt unter dem Vorsitz vom Herrn Kollegen Rauch am 23. Oktober stattfinden soll.

Es hat in Vorbereitung für diese Enquete vier Arbeitsgruppen gegeben mit den Schwerpunkten „Problemstellung und Daten“, „Soziale Auswirkungen“, „Maßnahmen“ und die Frage „Arbeitswelt“.

Ich habe mir gedacht, um das Thema jetzt konkret zu machen, bespreche ich es mit Leuten durch, die selber mit funktionellen Analphabeten arbeiten. Das schaut dann zum Beispiel so aus: Da kommt ein Mann – Mitte 30 – in eine Beratungsstelle in der Obersteiermark, der es in seinem Leben noch nie geschafft hat, von Leoben nach Graz zu einem Facharzt eigenständig zu fahren, weil er auf der Autobahn die Schilder nicht lesen kann, sie einfach nicht versteht, weil er in Graz die Straßenschilder nicht entziffern kann und weil er dann, wenn er es irgendwie geschafft haben sollte, in die richtige Straße in Graz zu kommen, ihm nicht die Türschilder, wo dann Ordination Herr oder Frau Doktor soundso steht, verständlich sind. (Unverständlicher Zwischenruf.) Herr Kollege List, ich bin zu Weihnachten, vor ungefähr eineinhalb Jahren, in Tunesien gewesen und habe bemerkt, wie das ist, wenn man versucht unterwegs zu sein und einfach die arabische Sprache nicht kann, wie es einem da geht und welche Hilfsmöglichkeiten man erfindet, trotzdem irgendwie draufzukommen, wohin man möchte. So geht es Leuten, die in Österreich geboren sind.

Funktioneller Analphabetismus bezieht sich ausschließlich auf Leute, die Deutsch als Muttersprache haben, die teilweise sogar irgendwann einmal den Hauptschulabschluss gemacht haben, aber die im Laufe der Zeit zu wenig mit Lesen und Schreiben, mit diesen so genannten Kulturtechniken, zu tun gehabt haben, dass sie sukzessive anfangen, dieses Wissen zu verlieren und die sich irgendwann auch so genieren, etwas nicht zu können, was sonst ihre eigenen Kinder durchaus in der Schule lernen, dass sie anfangen, sich nicht mehr in Situationen zu begeben, wo sie lesen und schreiben müssen. Da werden dann die Kinder als Dolmetsch herangezogen. Da wird die Partnerin oder der Partner eingebunden. Und am Arbeitsplatz entwickelt man oft sehr kreative Methoden zu verstecken, dass man mit der EDV, die teilweise natürlich auch in sehr einfachen Berufen heutzutage ein Teil der Realität ist, nicht umgehen kann.

Ein anderes Beispiel ist: Wenn Sie sich vorstellen, es gibt in der Steiermark geschätztermaßen 40.000 bis 70.000 Leute, die größte Schwierigkeiten haben, eine Tageszeitung, nämlich die Titelseite, zu lesen. Die verstehen einfach nicht, was da drauf steht.

Wenn man das ein bisschen weiter denkt, dann kommt man auch drauf, dass es in Österreich, in der Steiermark, Organisationen gibt, die mit solchen Leuten relativ regelmäßig Kontakt haben – konkret das AMS –, wo Berater und Beraterinnen für Arbeit suchende Personen auf einmal merken, seltsam, diese Person vermeidet immer direkt vor mir im AMS ein bestimmtes Formular auszufüllen und sagt, sie hat die Brille verloren und ihr ist es einfach wichtig, dieses Formular mit nach Hause zu nehmen, weil die Person es nicht schafft, ein Formular, wo oft ganz einfache Daten – Geburtsdatum, Name, Sozialversicherungsnummer, erwünschte Berufe – abgefragt werden, dort direkt auszufüllen.

Ähnliche Entwicklungen gibt es beim Berufsförderungsinstitut, beim BFI, wo man festgestellt hat, dass Frauen, die eine Sekretariatsausbildung machen und denen man Englischkurse angeboten hat, die gleichen Aufgabenstellungen, die sie in Englisch nicht schaffen, in Deutsch auch nicht schaffen würden.

Wenn man sich diese konkreten Beispiele weiter überlegt, dann kommt man einfach zur politischen Einschätzung – und deswegen hat der Landtag eben auch vor, dazu eine Enquete abzuhalten –, dass das Nichtbeherrschen, das nicht ausreichende Beherrschen von Lesen und Schreiben nicht nur bedeutet, nicht teilhaben zu können am Arbeitsmarkt, sondern auch bedeutet, dass die Leute nicht teilhaben können an der Gesellschaft, nicht wissen werden – ich mache es konkret – vielleicht wie bei der Fußball-WM ein bestimmtes Match ausgeht, weil das auf der Titelseite von der Zeitung steht oder nicht genau wissen, wie man ein bestimmtes Medikament für sich selber dosiert, weil einfach der Beipackzettel nicht verständlich ist, abgesehen davon, dass sehr oft Bedienungsanleitungen auch für unsereinen schon sehr, sehr schwer interpretierbar sind.

Es schaut so aus, dass es in Österreich, im Gegensatz zu anderen OECD-Mitgliedsländern, leider keinerlei offizielle Informationen über funktionellen Analphabetismus gibt. Das ist eine klare Verdrängung eines Phänomens. Österreich hat bis jetzt weder an den UNICEF- noch an den OECD-Forschungsprogrammen teilgenommen, wenn es um die Erhebung von funktionellen Analphabeten und Analphabetinnen im Erwachsenenalter geht. Es ist interessant, wenn man sich von der UNO die aktuelle Armutsstudie durchschaut. Da wird nämlich Österreich nicht gereiht aus dem einfachen Grund, weil Österreich es nicht geschafft hat, Daten zu funktionellem Analphabetismus unter Erwachsenen zu erheben.

Das ist ein klassischer blinder Fleck im österreichischen Bildungssystem mit fatalen arbeitsmarktpolitischen und demokratiepolitischen partizipatorischen Folgen.

Die Anzahl, die man jetzt extrapoliert von anderen internationalen Studien in vergleichbaren Ländern an funktionellen Analphabeten und Analphabetinnen, sind 250.000 bis 300.000 Personen in Österreich. Das sind die Zahlen, mit denen der Verein ISOP beziehungsweise auch das AMS und das BFI operieren.

Ein Aspekt, der mir jetzt auch besonders wichtig ist, ist darauf hinzuweisen, dass dieses Nicht-teilhaben-Können in der Gesellschaft Leute, die schlecht lesen und schreiben können, einfach in ein permanentes Gefühl der Scham und des Etwas-nicht-zugeben-Dürfen, was ihre Kinder sehr wohl können, versetzt. Man kann sich vorstellen, wie Beziehungen funktionieren, wie Partnerschaften funktionieren, wie das gesamte Umfeld von Personen funktioniert, die einfach auf teilweise sehr kunstvolle Art und Weise nicht zugeben können in unserer angeblichen Bildungsgesellschaft, dass sie etwas Grundlegendes nicht beherrschen.

Es ist auch recht interessant zu sehen – seit Mitte der neunziger Jahre gibt es in der Steiermark über den Verein ISOP Grundbildungsangebote für Personen mit diesen Problemen –, sehr oft sind Leute erst bewusst mit der Nase auf dieses Defizit bei sich selber gestoßen worden, in dem Moment, in dem zum Beispiel im Lager, also dort, wo Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen tätig sind, Automatisierungsprozesse stattgefunden haben und die EDV eingesetzt worden ist und man dann nicht mehr sich herumschwindeln hat können und das Nicht-umgehen-Können mit ganz einfachen schriftsprachlichen Codes. Oder in dem Moment, in dem Betriebe von ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen konkrete Arbeitsaufzeichnungen fordern, von wann bis wann habe ich gearbeitet und was waren in dieser Zeit meine konkreten Tätigkeiten.

In dem Moment ist es also nicht mehr möglich, dieses nicht ausreichende Wissen zu verstecken oder es an jemand anderen zu delegieren. Ich möchte jetzt auch darauf hinweisen, dass ich vermute, dass die Landtags-enquete zu Grundbildungsdefiziten und funktionellem Analphabetismus am 23. Oktober, jetzt vorbereitet von allen Landtagsfraktionen, unter Vorsitz vom Herrn Kollegen Rauch wahrscheinlich österreichweit die erste Landtags-enquete ist, die sich dieses Themas annimmt.

Ich möchte jetzt im Namen der grünen Fraktion, der ÖVP und der freiheitlichen Fraktion einen Entschließungsantrag stellen.

Maßnahmen zum funktionellen Analphabetismus. Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens sicherzustellen, dass den regionalen Bedürfnissen angepasste Grundbildungsprogramme ausreichend angeboten werden, wobei eine Zusammenarbeit mit dem kooperativen Arbeits- und Beschäftigungsprogramm anzustreben ist, zweitens Maßnahmen zu entwickeln, wie die Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit zu Grundbildungsdefiziten verbessert werden kann und drittens an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, grundbildungsrelevante Daten zu erheben.

Im Rahmen der Vorbereitung zu diesem Antrag haben wir auch mit dem Herrn Hofrat Dr. Burger von der Statistischen Abteilung zusammengearbeitet, da waren einige Kollegen und Kolleginnen von der sozialdemokratischen Fraktion dabei und mit Fachleuten aus diversen Bildungsorganisationen, Erwachsenenbildungsorganisationen. Ich glaube einfach, dass diese Enquete nicht nur ein arbeitsmarktpolitischer Beitrag ist, sondern auch ein ganz wichtiges partizipativ-emanzipatorisches Signal vom Landtag. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.43 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kröpfl (12.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, verehrte Damen und Herren!

Dieser Antrag der Grünen – was soll man dazu sagen – ist ein guter Antrag. Aber was ich mir gedacht habe, die vier Parteien haben sich darüber geeinigt, dass wir eine Enquete durchführen. Diese Enquete ist in Vorbereitung unter Vorsitz von Herrn Prof. Rauch, es hat eine sehr gute Vorbereitung stattgefunden, diese vier Arbeitskreise haben sehr gut gearbeitet. Ich habe mir von der sozialdemokratischen Seite her gedacht, diese Enquete wird dieses Thema noch einmal in der Öffentlichkeit sehr, sehr gut transportieren, was bis jetzt ja noch nicht stattgefunden hat, das muss man ja auch sagen. Die Medien sind ja auf dieses Thema noch in keiner Weise aufgesprungen. Ich denke mir, wenn wir diese Enquete abhalten, dann können alle diese Dinge, die heute von der Frau Abgeordneten Zitz hier vorgebracht wurden, auch natürlich dort einfließen und auch dieser Antrag, diese Punkte, die Sie hier erstellen, werden natürlich eine wunderbare Geschichte, wenn man die in der Enquete noch einmal formulieren könnte und darum bitte ich natürlich.

Das ist der Grund, warum wir auf diesen Antrag nicht mit hinaufgehen, wir werden aber den Antrag unterstützen, weil funktionaler Analphabetismus uns allen ein Anliegen ist und wir das Problem schon sehr, sehr lange erkannt haben und dass man da etwas tun muss, ich glaube, da sind wir uns alle miteinander einig. Aber wir müssen nicht unbedingt populistisch vor der Enquete vorpreschen, dass wir da jetzt noch die eine oder andere Schlagzeile erhaschen können, bevor es zu einem großen Thema in den Medien wird. Wie Herr Prof. Rauch uns in den Unterausschusssitzungen mitgeteilt hat, wird ja der ORF auch bei dieser Enquete sehr groß dabei sein und vielleicht können wir dann über die Medien das Bewusstsein in der Bevölkerung noch verbreitern, dass es dieses Problem gibt und die Menschen, die davon betroffen sind, sich ganz offen hinstellen und sagen, ja, ich habe dieses Problem, bitte helft mir dabei. Dann wird das Land und dann werden die Bildungseinrichtungen gefordert sein, dass wir den Menschen unter die Arme greifen. Also wir unterstützen jede Maßnahme, nur, für diese populistische Vorgangsweise habe ich kein Verständnis. (Beifall bei der SPÖ. – 12.45 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 9 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, der ÖVP und FPÖ, betreffend Maßnahmen zum funktionellen Analphabetismus, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 623/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend Fahrtkostenersatz und Versicherungsschutz für Teilnehmer bei Wettbewerben.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordnete Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ferstl** (12.46 Uhr): Danke, Herr Präsident. Zum Antrag, Einl.-Zahl 623/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend Fahrtkostenersatz und Versicherungsschutz für Teilnehmer bei schulischen Wettbewerben.

Zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird berichtet, dass sich die Verordnung, mit der Veranstaltungen gemäß Paragraf 13 a Schulunterrichtsgesetz schulübergreifend zu schulbezogenen Veranstaltungen erklärt werden, an alle Schulen richtet, deren Schüler als Teilnehmer in Frage kommen. Schulbezogene Veranstaltungen sind in gleicher Weise zu beaufsichtigen wie Schulveranstaltungen. In Haftungsangelegenheiten finden daher das Amtshaftungsgesetz und das Organhaftpflichtgesetz Anwendung. Der Unfall eines Lehrers zum Beispiel auf dem Weg zu oder von derartigen Veranstaltungen und während solcher Veranstaltungen ist daher ein Dienstunfall.

Gemäß Paragraf 14 Bundesverfassungsgesetz ist die Gesetzgebung und Vollziehung auf dem Gebiet des Schulwesens, insbesondere des Schulunterrichtsrechtes Bundessache. Daher wurde der Landesschulrat für Steiermark ergänzend um Stellungnahme ersucht. Darin wurde ausgeführt, dass seitens des Landesschulrates für Steiermark die Absicht bestehe, die Wettbewerbe zur Ermittlung der Landesmeister in den einzelnen Fachbereichen zu schulbezogenen Veranstaltungen zu erklären.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend Fahrtkostenersatz und Versicherungsschutz für Teilnehmer bei Wettbewerben, wird zur Kenntnis genommen. (12.48 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Köberl gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Köberl** (12.48 Uhr): Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus!

Der Bericht und der Antrag des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag der Kollegen Lafer, Dietrich und Ferstl liegen vor. Konkret geht es darum, wie der Antragsteller schon formuliert hat, dass Begleitlehrer und Personen bei der Durchführung von Landeswettbewerben zur Berufswahl in Polytechnischen Schulen entsprechenden Versicherungsschutz beziehungsweise den Ersatz der Fahrtkosten erhalten. Der rechtliche Schlüssel liegt darin, wie auch schon ausgeführt, in einer Erklärung beziehungsweise Anordnung des Landesschulrates, dass die Teilnahme an den Wettbewerben zu schulbezogenen Veranstaltungen erklärt wird. Dadurch wird auf Grund des Paragrafen 13 a des Schulunterrichtsgesetzes die entsprechende rechtliche Abdeckung wirksam. Ein diesbezüglich lautendes Schreiben des Landesschulrates an die Polytechnischen Schulen ist vor einigen Wochen ergangen, wie mir heute mitgeteilt wurde. Die Landeswettbewerbe im Konkreten für die Fachbereiche Elektro, Metall und Holz finden in den kommenden Tagen statt, und zwar am 22. Mai in Weiz für den Bereich Elektro, am 23. Mai in Kapfenberg für Metall und abschließend für den Bereich Holz am 24. Mai in Knittelfeld. Die jeweils zwei Bestplatzierten werden sich für die Bundeswettbewerbe qualifizieren.

Ich habe die Gelegenheit zu diesem Tagesordnungspunkt genutzt, mich zu Wort zu melden, nicht nur wegen des Inhaltes, ich glaube der ist unumstritten, sondern weil es mir auch darum geht, ein Fürsprecher zu sein, was die Polytechnischen Schulen in der Steiermark allgemein betrifft. Vielleicht ein paar Grunddaten dazu:

Im Schuljahr 2001/2002 gibt es 54 Polytechnische Schulen in der Steiermark, davon 31 selbstständige und 23 meist an Hauptschulen angeschlossene. Insgesamt besuchen 2797 Schülerinnen und Schüler die Polytechnischen Schulen in 129 Klassen.

Wie ist die Entwicklung grundsätzlich? Im abgelaufenen Jahr 2000/2001 waren es etwas weniger. Für das künftige Jahr 2002/2003 ist die Anmeldungsanzahl mit Stand 3. Mai in etwa gleich wie im heurigen Jahr.

Grundsätzlich kann man anmerken, dass es im Bereich der Polytechnischen Schulen eine sehr positive Entwicklung gegeben hat, seit es die Einführung gibt, eben, wie vorhin genannt, Elektro, Metall und Holz. Nach einer drei- bis sechswöchigen Orientierungsphase, die schulautonom festgelegt wird, können sich die Schülerinnen und Schüler für die entsprechenden Fachbereiche entscheiden.

Es gibt sehr, sehr viele positive Rückmeldungen, nicht nur von den Schülern und Eltern, sondern auch aus der Wirtschaft, weil es hier erstmals möglich ist, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler den Betrieb kennen lernen, sondern weil auch der Betrieb die künftigen Mitarbeiter kennen lernt. Ich darf voll Stolz vermelden als

einer, der auch an einer Polytechnischen Schule unterrichtet, dass in der Region Ausseer Land fast 100 Prozent der Absolventen der Polytechnischen Schulen hier einen Arbeitsplatz und einen Ausbildungsplatz auch finden. In einem Telefonat mit dem Landesschulrat wurde mir mitgeteilt, dass es steiermarkweit so ist, dass eigentlich eine sehr, sehr gute Vorbereitung für die Berufsentscheidung stattfindet.

Ich glaube, die Polytechnische Schule wird oft unter ihrem Wert geschlagen. War sie früher für manche der Ersatz für das neunte Schuljahr, weil er halt nicht gewusst hat, wo er sonst hingehen sollte, so hat sie sich durch diese Veränderung wirklich zu einem sinnvollen Bildungsangebot entwickelt, das vor allem für die Berufsvorbereitung heute unverzichtbar ist. Deswegen, glaube ich, verdient gerade die Polytechnische Schule in der Steiermark auch Ihr Augenmerk. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 12.52 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 10 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**11. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration, Änderung des Steiermärkischen Vergabegesetzes und des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lafer** (12.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zum Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration, Änderung des Steiermärkischen Vergabegesetzes und des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes.

Der vom Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform eingesetzte Unterausschuss hat über den Antrag, Einl.-Zahl 727/1, in der Unterausschusssitzung am 24. April 2002 beraten und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Steiermärkische Vergabegesetz 1998 laut nachstehendem Entwurf der Fachabteilung 3A geändert werden soll.

Der gegenständliche Selbstständige Antrag steht gemäß Paragraph 22 Absatz 1 der Geschäftsordnung in inhaltlichem Zusammenhang mit dem Antrag, Einl.-Zahl 727/1, hinsichtlich der Übertragung der Entscheidungskompetenz im Vergabewesen auf den UVS.

Das In-Kraft-Treten wird mit 1. Jänner 2003 festgesetzt, damit die entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden können.

Dieser Selbstständige Antrag beinhaltet die Thematik komplett. Es liegt Ihnen der komplette Selbstständige Antrag auch vor, weshalb ich auf eine nähere Erläuterung nicht eingehe. Ich verlese nur mehr den Beschluss.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Vergabegesetz 1998 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (12.54 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Stöhrmann** (12.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

An und für sich bitte ich um Verständnis, wenn ich diese beginnende nachmittägliche Ruhe doch ein wenig störe. Ich bin doch meinem Namen verpflichtet.

Es gehört schon zur Tradition, dass sich der Herr Klubobmann der ÖVP, Kollege Lopatka, darüber mokiert, dass in der Steiermark, so wie in keinem anderen Bundesland, sehr viele Unterausschüsse laufen. Er unterlegt das immer sehr unterschwellig damit, dass meine Fraktion, dass die sozialdemokratische Fraktion, mit daran Schuld hätte, weil sie Verhandlungen verzögert und weil sie nicht so tut, wie es die Mehrheit in diesem Hause will. Er vergisst aber dabei immer wieder zu sagen, dass die Mehrzahl, die überwiegende Mehrzahl dieser Unterausschüsse von Kollegen der ÖVP und der FPÖ geleitet werden und dass die Einladungen zu diesen Unterausschüssen sehr selten, sehr spät und mit sehr langen Zeitabständen erfolgen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, warten Sie ein bisschen, es kommt noch stärker.

Diese heutige Novelle, die hier wieder mit Mehrheit beschlossen wird in diesem Haus, die zeigt uns eigentlich, wie es mit der Idylle in diesem Haus und mit dem Willen zur Zusammenarbeit in diesem Hause wirklich ausschaut. Denn diese heutige Novelle ist ja ein Musterbeispiel dafür, wie man ein Gesetz nicht machen soll.

Als wir in die Verhandlungen zu diesem Unterausschuss gegangen sind, haben wir auch die feste Überzeugung gehabt, diesen Unterausschuss zu beenden und gemeinsam eine Lösung zu finden bezüglich dem Vergabegesetz, das ja so viele, vor allem auch Gemeinden, sehr betrifft.

Nur, im letzten Moment haben wir die Information bekommen, dass der Bund ein neues Bundes-Vergabegesetz vorbereitet hat, eine Vorlage eingebracht hat, diese Vorlage akkordiert wurde bereits in den Klubs, dem Nationalrat zugeleitet ist und demnächst im Nationalrat beschlossen werden soll.

Das und ein paar andere Dinge waren für uns Grund genug, um vernünftig vorzugehen und zu sagen, es besteht kein Grund und keine Veranlassung, diese Novelle im Ruckzuck- und Huschpfuschverfahren durchzupeitschen. Warten wir auf dieses neue Bundesgesetz, das genau auf diesen Punkt eingeht, warum diese Novelle auch in der Steiermark vorbereitet wurde, nämlich dass der Vergabekontrollsenat in Zukunft nicht mehr dafür zuständig ist, weil Beamte nicht die Legislative kontrollieren können.

Wir haben auch gleichzeitig den Vorschlag gemacht in diesen Verhandlungen, dass man, um eine gescheite und vernünftige Novellierung zustande zu bringen, auch diejenigen, die bis jetzt damit betraut waren, diese Dinge zu erledigen, zu einer Stellungnahme in den Unterausschuss einlädt. Aber das war nicht möglich.

Spätestens zu dem Zeitpunkt – man möge es mir verzeihen – ist so etwas wie Misstrauen aufgekommen. Ja, geht es dabei den Mehrheiten in diesem Lande um vernünftige Novellierungen oder geht es um ganz andere Dinge? Denn schon zu diesem Zeitpunkt der Unterausschusssitzung – es war übrigens die einzige – war bekannt, dass diese Gesetzesänderung vom Bund auch zwischen den Sozialpartnern und, wie gesagt, zwischen den Nationalratsklubs voll ausgehandelt war. Dieses Gesetz soll auch im materiellen Teil für Bund und Länder sowie für Gemeinden gelten. Es wäre wirklich vernünftig gewesen, mit unserer steirischen Anpassung zu warten, bis das vorliegt.

So werden wir letzten Endes die Grotteske und für den Landtag blamable Situation haben, dass noch vor In-Kraft-Treten dieser heute mit Mehrheit beschlossenen Novelle dieses Landes-Vergabegesetz neuerlich geändert werden muss, weil das neue Bundesgesetz schon mit 1. September in Kraft treten soll.

Dass es für diese heute zu beschließende Novelle nicht einmal ein Anhörungsverfahren gab, sei nur nebenbei erwähnt. Und wenn ich von Misstrauen gesprochen habe, dann ist es nicht verwunderlich, denn zum gleichen Zeitpunkt, als man im Unterausschuss drübergefahren ist und vernünftige Vorschläge unsererseits einfach vom Tisch gewischt hat (Abg. Wiedner: „Also bitte, wir haben zwei Stunden verhandelt!“), hat auch die personelle Kampagnisierung wieder Platz gegriffen. Und so drängt sich für mich wirklich die Frage auf, geht es um die Sache oder geht es um Personen, geht es darum, Rot raus und Schwarz-Blau rein? Na bitte schön, wenn Sie das wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sagen Sie es doch öffentlich! (Abg. Bittmann: „Wenn es vernünftig ist schon!“) Dann trauen Sie sich das auch zuzugeben. Denn nicht anders kann ich es mir erklären, dass über Veranlassung des Herrn Klubobmannes am 1. Mai in der „Kronenzeitung“ folgender Artikel gestanden ist. Passt auf, was euer Freund Lopatka gesagt hat! „Nicht nur die FP hat Altlastärger wegen ihres Ehrenobmannes und Superpensionisten Alexander Götz. Die VP ortet auch den Rechnungshofvize Hans Leikauf als teures Auslaufmodell. Laut Landtagsbeschluss vom 2. März 2001 wurde der Vize im Rechnungshof zwecks Einsparung zwar abgeschafft und so weiter, und so weiter.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, alleine diese Ungeheuerlichkeit, einen verdienten Beamten, dem eigentlich der neue Rechnungshofchef sehr viel zu verdanken hat, dass er ihn überhaupt in diese Materie eingeführt hat, mit dem Altpensionisten Alexander Götz gleichzustellen, schlägt doch dem Fass den Boden aus, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Das nennt man Medienhetze, das nennt man Kampagnisierung! Nur zu Leikauf eine Feststellung: Der Landesrechnungshofdirektorstellvertreter wurde gewählt und wird auch analog bezahlt, dass er nebenbei noch Gruppenleiter beim Landesrechnungshof freiwillig und ohne Bezahlung ist, dass er zum Vorsitzenden im Vergabekontrollsenat bestellt ist, auch ohne Bezahlung und das sehr vorzüglich macht, wie ihm alle bestätigen, das nehmen Sie ja nicht einmal zur Kenntnis! Dass er noch Präsident im EURORAI gewählt und ohne Bezahlung tätig ist, wäre nur noch nebenbei bemerkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es wirklich in vollster Überzeugung, weil so viel von „Miteinander“ und „Gemeinsam für dieses Land“ gesprochen wird. Das ist keine Vorgangsweise, die das Miteinander fördert. So kann man nicht mit den Menschen umgehen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage es wirklich und ich fordere Sie auf, nein, ich ersuche Sie, gehen wir diesen Weg miteinander, aber nicht in dieser Art und Weise. So kann es doch nicht weitergehen. Denn nicht umsonst hat erst kürzlich ein Kommentator im ORF gesagt, es war Sepp Loibner – ich glaube, so heißt er –, der Pfusch hat einen Namen in diesem Lande und dieser Name ist Schwarz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hören wir doch auf mit diesen Husch-Pfusch-Gesetzen, machen wir gemeinsam vernünftige Lösungen für die Steiermark! (Beifall bei der SPÖ. – 13.04 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dirnberger** (13.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Stöhrmann, du hast selbst gesagt, du musst deinem Namen gerecht werden und das stimmt. Also so eine billige Polemik, wie du da heute auf den Tisch legst, das habe ich selten gehört. Ich schätze an sich deine Person, aber das ist sagenhaft. Also wenn du vom Drüberfahren sprichst, dann musst du schon bei

der Sache bleiben. Es geht um einen Antrag, wo zwei Dinge behandelt wurden. Das eine ist, dass den Bietern zugänglich gemacht werden soll, wer den Zuschlag bekommt. Das haben wir im Jänner an sich saniert auch mit einer Novelle, wurde am 22. Jänner beschlossen.

Der zweite Punkt ist, dass der Vergabekontrollsenat verfassungswidrig ist. Und wenn ich etwas Verfassungswidriges habe und dann anpasse, damit es verfassungskonform ist, dann kann es jetzt nicht ein Drüberfahren sein, dann ist es nur eine rechtliche Richtigstellung. (Abg. Stöhrmann: „Wider besseres Wissen!“)

Und wenn du da hier heraußen stehst und sagst, dass sämtliche Parteien im Parlament draußen schon einer Meinung wären, dann ist das auch eine aufgelegte, ich will nicht sagen Lüge (Abg. Stöhrmann: „Du darfst nicht sagen Lüge!“), ich will auch nicht Lüge sagen. Aber du hast im Unterausschuss behauptet, es ist in Ausarbeitung. Dann sind wir draufgekommen, dass es eine Auflage ist und auf Grund einer Auflage sollen wir unser Vergabegesetz anpassen? (Abg. Stöhrmann: „Herr Kollege, das stimmt nicht!“) Also diesen billigen Schmäh kannst du dir sparen. Und so ausführlich wie Dr. Temmel das Thema behandelt hat, so gut erläutert, so sachlich ist selten auf einen Punkt eingegangen worden. Drei Fraktionen waren sich einig und du hast mitgeteilt, dass ihr eigentlich auch dieser Meinung seid. Nur glaube ich, dass ihr aus billiger Polemik heraus da ganz bewusst gar nicht mitgeht, an den Haaren herbeigezogene Argumente sucht, dass ihr nicht mitgehen müsst, um zu sagen, es gibt kein Miteinander. Die grausliche ÖVP und die grauslichen Blauen und die grauslichen Grünen waren es diesmal auch noch, die über die SPÖ drüberfahren. Also, diese Schmähs kannst du dir sparen. Das ist nur eine Anpassung, damit etwas verfassungskonform geregelt wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 13.07 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prattes** (13.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Nachdem ich auch Mitglied des Unterausschusses war, habe ich überlegt, ob ich mich zu Wort melden soll, möchte aber nach den jetzigen Ausführungen doch etwas replizieren. Nummer eins halte ich auch eindeutig fest, dass es der SPÖ darum gegangen ist, sachlich zu diskutieren. (Beifall bei der SPÖ.) Und jetzt, meine Damen und Herren, vom Verfassungsdienst des Landes – (Abg. Wiedner: „Da lachst du selber!“) ihr lacht's, aber es ist eine sehr ernste Angelegenheit. Vom Verfassungsdienst des Landes wurde bestätigt, dass der steirische Vergabekontrollsenat österreichweit gelobt wird für seine effiziente Arbeit, der als beispielgebend unterwegs ist, er dient geradezu als Modellfall in Österreich, das einmal zu diesem Punkt.

Nummer zwei und das stellt auch bitte der Verfassungsdienst fest – (Abg. Wiedner: „Ist das dein Problem?“) warst du auch im Unterausschuss? Entweder musst du es wissen, du weißt ja noch nicht, was ich sage, aber du nimmst mir es vielleicht vorweg. Auch im dortigen Unterausschuss hat der Vertreter des Verfassungsdienstes eindeutig festgestellt, dass durch die Neuregelung durch den UVS es dazu kommen wird, dass es eine exorbitante Steigerung der Verfahrenskosten geben wird, nämlich, weil von außen Experten hereinkommen müssen, die ihre Befunde beziehungsweise ihre Darlegungen abgeben. Meine verehrten Damen und Herren, das ganze Verfahren wird aufwendiger, zeitraubender. Nochmals, das ist keine Interpretation der SPÖ, das ist eine Auskunft – ich sage Auskunft, nicht einmal Interpretation, des Verfassungsdienstes. Jetzt frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum streben Sie an, dass das auf einmal über Knall und Fall geändert werden soll und da muss ich auch noch einmal korrigieren? Der Verfassungsgerichtshof hat in keinem Schriftstück eine Verfassungswidrigkeit bescheinigt. Oder ist irgendjemandem im Raum herinnen bekannt, dass das der Fall sein soll? Oder – und da muss man hinterfragen – stört es FPÖ und ÖVP, dass der Vorsitzende des VKS nicht ihrer Fraktion angehört? Und es ist auch richtig und wir werden das ja in Kürze erleben, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nicht noch einmal wiederholen, was der Abgeordnete Stöhrmann gesagt hat, aber man muss es immer wieder sagen, noch im September wird das neue Bundesvergabegesetz in Kraft treten, welches für Länder und Gemeinden in Zukunft bindend sein wird und wir werden dann ein Gesetz, das wir heute verabschieden sollen, wieder ändern müssen, bevor es noch heraußen ist.

Und ein Letztes möchte ich bitte auch schon noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist auch bereits zitiert worden. Der Herr Klubobmann Lopatka hat mir in einem Unterausschuss das so über den Tisch hinüber gesagt, er hat genau meine Homepage gelesen und da steht drinnen, ich hasse Unaufrichtigkeit. Wenn er dort in der Phase moniert und etwas als eine Altlast bezeichnet, was er selbst ausverhandelt hat, dann richtet sich das selbst. (Beifall bei der SPÖ. – 13.11 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

**12. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 844/1, betreffend den Tätigkeitsbericht der Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß Paragraph 41 Absatz 3 Landesgleichbehandlungsgesetz.**

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Beutl** (13.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 844/1, betreffend den Tätigkeitsbericht der Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß Paragraf 41 Absatz 3 Landesgleichbehandlungsgesetz.

Dieser zweite Tätigkeitsbericht der Gleichbehandlungsbeauftragten legt dar, dass direkte Diskriminierungen von Männern und Frauen kaum vorkommen. Dennoch darf man die mittelbaren Diskriminierungen von Frauen nicht unterschätzen. Zum Beispiel haben Frauen, da der Großteil von ihnen nach dem Mutterschaftskarenzurlaub nach wie vor in Teilzeit geht, einen Karriereknickpunkt. Daher wird auch zurzeit unter der Federführung des Büros der Gleichbehandlungsbeauftragten eine Studie zum Thema „Teilzeit für Führungskräfte“ erarbeitet.

Mittelbare Diskriminierungen im Zuge der Dienstbeurteilung konnten durch eine Novellierung, diese Bestimmungen betreffend, beseitigt werden.

Die Umsetzung des Frauenförderprogramms für den steiermärkischen Landesdienst konnte in den letzten beiden Jahren nur vereinzelt wahrgenommen werden. Weder bei der Besetzung von Führungspositionen, noch bei der Informationspflicht an karenzierte Mitarbeiterinnen und nur im Einzelfall bei der Vereinbarung von Beruf und Familie wird nach dem Frauenförderprogramm beziehungsweise Landesgleichbehandlungsgesetz vorgegangen.

Vielleicht ist eine Zweijahresfrist auch zu kurz, um wesentliche Veränderungen zu bemerken. Augenscheinlich fehlt es aber an der positiven Einstellung zum Thema Gleichbehandlung und Frauenförderung.

Nach einer vierjährigen Tätigkeit und Arbeit mit dem Landesgleichbehandlungsgesetz stellte es sich außerdem heraus, dass das Landesgleichbehandlungsgesetz einer Novellierung bedarf. Diese wurde seitens der Gleichbehandlungsbeauftragten im November 2001 beantragt. Ich ersuche um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (13.13 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke der Frau Berichterstatteerin.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz** (13.14 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte leere Regierungsbank – da sieht man wieder einmal, dass Gleichbehandlungspolitik so sehr eine Querschnittaufgabe ist, dass sich eigentlich niemand mehr zuständig fühlt –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Gast!

Es schaut so aus, dass dieser Bericht der Gleichbehandlungsbeauftragten sich auf 60.000 Landesbedienstete bezieht, wenn man die diversen Schulen mitrechnet. Also viel mehr als man auf den ersten Blick vermuten würde. Das Land hat über die Art, wie es mit seinen Bediensteten umgeht, einerseits sehr viel Gestaltungsraum für eine emanzipatorische Politik im Umgang zwischen Frauen und Männern und andererseits kann man gerade in diesem Bericht auch sehr traditionelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen Frauen und Männern ableiten.

Ich finde diesen zweiten Tätigkeitsbericht der Gleichbehandlungsbeauftragten inhaltlich sehr seriös. Ich bin auch verwundert, wie sie mit ihrer Stelle und mit zwei weiteren Mitarbeiterinnen diesen Aufgabenbereich überhaupt packt. Ich halte es eigentlich für unverantwortlich, jemand mit so einem Auftrag als Gleichbehandlungsbeauftragte auszustatten und dafür nicht die adäquaten personellen und finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Wir werden dazu in unserem Fünf-Punkte-Entschließungsantrag auch einen Verbesserungsvorschlag bringen von Seiten der Grünen.

Das, was auf den ersten Blick auffällt, das ist teilweise von der Berichterstatteerin bereits angesprochen worden. Es stimmt, es gibt im Landesdienst keine ganz offensichtlich sexistischen direkten Diskriminierungen, aber es gibt eine Menge von unausgesprochenen, gläsernen Plafonds und indirekten Diskriminierungen. Ein sehr schönes Beispiel dafür ist, dass es de facto nicht möglich ist, eine Führungsposition auszuüben, wenn man nur teilzeitangestellt ist. Das steht nirgends rechtlich festgehalten. Es bedeutet aber automatisch, über diese indirekte Form von Diskriminierung, dass Frauen, die in Teilzeit sind, die ein Kind bekommen haben oder die sich auch aus Pflegegründen einmal zurückziehen aus dem Landesdienst und dann wieder mit Teilzeit einsteigen, auch wenn sie qualifiziert wären und entsprechend gut beinhalten sind, dass man ihnen eine Führungsaufgabe zutraut, diese Funktion nicht wahrnehmen können, weil sie in Teilzeit sind.

Das umgekehrte Phänomen bei männlichen Bediensteten werden sie im Landesdienst zu 99,9 Prozent einfach nicht erleben.

Das sind diese indirekten Diskriminierungen. Da steht nicht im Gesetz drinnen, Frauen dürfen nicht mit Teilzeit in eine Führungsfunktion, aber es ist einfach eine Usance, ein Hausbrauch geworden, das in der Steiermark so zu leben. Ich finde es sehr gut, dass die Frauenbeauftragte dazu eine Studie in Auftrag gegeben hat, wo eindeutig herauskommt, dass eine Teilzeitbeschäftigung und eine Führungsfunktion miteinander vereinbar zu sein haben und dass es da einfach keinerlei rechtliche Widersprüche gibt.

Der zweite Punkt, den ich auch nahezu traditionell aus Gleichbehandlungssicht interessant finde, ist, dass gerade im Bereich der Krankenanstalten kein Frauenförderprogramm vorliegt. Wir haben bei den Krankenanstalten eine klassische Rollenteilung – sehr, sehr viele Frauen im Pflegebereich. Auf der Ebene der ärztlichen Direktoren und Direktorinnen gibt es, glaube ich, in der Steiermark derzeit eine Frau, die eine Krankenanstalt leitet, konkret in Hörgas und auf der Ebene der betrieblichen oder wirtschaftlichen Leiter kann man dezidiert auch fast ausschließlich in der männlichen Form sprechen.



Ich halte es für ganz wichtig, dass man in diesem Gesundheitsbereich, der ja auch so an der Kippe zum Pflegebereich ist, oft zum Bereich des Umgehens mit alten Menschen, mit sehr jungen Menschen, dass man da sofort ein Frauenförderprogramm beschließt. Die Gleichbehandlungsbeauftragte macht darauf aufmerksam, dass das offenbar schon sehr weit entwickelt worden ist, aber noch von der Personalabteilung als Verordnung beschlossen werden müsste. Das ist hoch an der Zeit.

Ein dritter Punkt, der uns von Seiten der grünen Frauen, also auch mit Ingrid Lechner-Sonnek, aufgefallen ist und das ist auch eine weiche Form der Diskriminierung, wenn man als Landesbedienstete in Karenz geht – egal aus welchen Gründen –, ist man de facto vom Informationsfluss, was sich in der Dienststelle tut, abgeschnitten. Das heißt, man erfährt nicht, wie dort personelle, organisatorische, dienstrechtliche, rechtliche Veränderungen sind. Es werden im Landesdienst knapp 11 Prozent der Frauen und der wenigen Männer, die in Karenz sind, in der Zeit ihrer Abwesenheit über Veränderungen in ihrer Dienststelle informiert.

Das heißt, wenn man nach Ablauf der Karenzzeit als Frau wieder einsteigt, muss man sozusagen nachlernen und sich nachinformieren, was die Kolleginnen und Kollegen, die ja im Arbeitsprozess drinnen sind, tagtäglich mitbekommen haben. Das bedeutet ganz konkret eine indirekte Form der Diskriminierung für Wiedereinsteigerinnen in den Beruf.

Da Maßnahmen zu setzen, würde keinen Schilling kosten, sondern es wären einfach regelmäßige Schreiben beziehungsweise andere Formen der Kommunikation, im Idealfall auch über das persönliche Gespräch und es wären sehr, sehr konkrete Möglichkeiten, Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.

Ein Element, das wir von Seiten der Grünen und der Alternativen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen immer wieder gehört haben und das wir jetzt im Landesdienst ganz konkret erleben, ist, dass beim Personalabbau größtenteils Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Es geht da sehr oft um C- und D-Stellen und man sieht das nahezu klassisch etwa bei den Landwirtschaftlichen Fachschulen und Betrieben, dass genau in dem Bereich, wo viele Frauen sind, Arbeitsplätze eingespart werden und damit der Frauenanteil sogar in diesen schlecht bezahlten und auf der sozialen Hierarchie unten angeordneten Bereichen noch einmal verringert wird. Wir halten das arbeitsmarktpolitisch und frauenpolitisch für eine völlige Fehlentwicklung. Und wie gesagt, das Land hätte die Möglichkeit etwa auch über eine Verbesserung im Frauenförderprogramm da die entsprechenden Schritte zu setzen.

Ein Punkt noch, der uns aufgefallen ist. Bezüglich Kinderbetreuung liegen massive Defizite vor, speziell für Frauen, die nicht in Graz wohnen, sondern die zwangsweise einpendeln müssen und die dann wahrnehmen, dass es viel zu wenige Betriebskindergärten gibt beziehungsweise ein klares Defizit, das benannt wird, ist, dass zu wenig Krippenplätze da sind. Krippenplätze könnte man natürlich auch über private Betreiber anmieten. Das ist ein Anliegen, das von Seiten der Gleichbehandlungsbeauftragten übrigens auch im letzten Bericht sehr klar ausgeführt wurde. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass es erst in drei Städten in der Steiermark ein Frauenförderprogramm gibt, nämlich in Graz, Bruck und in Kapfenberg ist eines in Arbeit und dass die Aufteilung der weiblichen und männlichen Teilnehmer und Teilnehmerinnen an landesinternen Seminarangeboten leider auch eine klassische Rollenteilung zeigt, nämlich dass Frauen sich qualifizieren im Bereich der persönlichen Qualitäten im Bereich der Führungsassistenten, also auf einer kooperativen helfenden Rolle sozusagen und die Männer sehr stark technische Seminare und wirtschaftliche Seminare in Anspruch nehmen. Das heißt, man müsste auch im Bereich des Bildungsangebotes Anreize oder Motivationen schaffen, durchaus auch gegenüber den Dienststellenleitern, wo man darauf aufmerksam macht, dass es in der Dienststelle auf Ebene dieser Qualifikationen einfach mehr Ausgleich zwischen Frauen und Männern braucht.

Ich möchte abschließend im Namen der Grünen einen Entschließungsantrag einbringen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die unverzügliche Beschlussfassung eines Frauenförderungsprogrammes für den Bereich der KAGES herbeizuführen, zweitens bei unvermeidbaren Dienstpostenreduktionen und Organisationsänderungen auf die Ziele der Frauenförderung Bedacht zu nehmen, drittens organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, dass leitende Funktionen mit herabgesetzter Wochenarbeitszeit ausgeübt werden können, viertens mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten für den Bereich der Landesverwaltung zu schaffen und fünftens die Bereitstellung von ausreichender Infrastruktur und Personal für die Durchführung der Agenden der Gleichbehandlungsbeauftragten vorzusehen.

Und ich sehe zu meiner Überraschung, dass die Regierungsbank immer noch leer ist. Ich hoffe, dass sie sich füllen wird, wenn die nächsten Rednerinnen und Redner zu diesem Tagesordnungspunkt am Wort sind. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. 13.24 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Lackner** (13.24 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich werde den Inhalt des Berichtes, der schon von der Kollegin Zitz erläutert worden ist, nicht noch einmal vortragen, aber ich möchte auf einige Dinge hinweisen, die so in den Bereich Dichtung und Wahrheit fallen. Schon in der Einleitung und nicht erst im Resümee, wie das sonst bei Berichten der Fall ist, geht die Gleichbehandlungsbeauftragte Ingrid Jauk mit dem Landesdienst sehr streng ins Gericht. Sie stellt zwar fest, dass es auf Grund des Dienst- und Besoldungsrechtes keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern geben dürfte, aber bei näherer Betrachtung – und das zitiere ich jetzt – „ergeben sich aber diese sehr wohl. Vor allem bei den

Aufstiegsmöglichkeiten und in den Führungspositionen“. Der Bericht führt das Gleichbehandlungsgebot an, auch das Frauenförderungsgebot und etwas ausführlicher das seit Juli 1999 geltende Frauenförderungsprogramm für den steirischen Landesdienst. Da steht drinnen, dass es spezielle Förderungs- und Schulungsmaßnahmen für weibliche Bedienstete der Verwendungsgruppen C und D gibt oder geben soll, Bestimmungen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Teilzeitmöglichkeiten auch in Führungspositionen und Förderung des Wiedereinstieges, um einige zu nennen. Alles gut und schön, aber wenn man den Blick auf die Praxis wirft, dann gibt es diese Frauenförderung nur auf dem Papier. Trotz dieses Frauenförderungsprogrammes von 1999, das die Erhöhung des Frauenanteiles in allen Bereichen und auf allen Ebenen zum Ziel hat, ist in diesem Bereich noch nichts nachweislich passiert.

An folgenden Beispielen zeigt sich, dass das Gesetz auf den Frauenanteil im Landesdienst so gut wie gar keine Auswirkung hat. In leitenden Positionen sind zu 91 Prozent Männer, in den Spitzendienstklassen finden sich 88 bis 96 Prozent Männer. Ein annähernd ausreichender Frauenanteil ist traditionell im C-Bereich gegeben. Und besonders eklatant ist das nicht passende Frauen-Männer-Verhältnis in der Landesbaudirektion, in den Baubezirksleitungen, in der Landespersonalvertretung, in den Landwirtschaftlichen Fachschulen, in den Landesberufsschulen und einsamer Spitzenreiter ist der Landesrechnungshof. Da gibt es weder eine Akademikerin noch eine B-Bedienstete. Eine etwas ausgeglichene Situation – und gestatten Sie mir, dass ich das auch noch erwähne –, dass die Situation im Gesundheitswesen und im Sozialbereich besser ist.

Im Bereich der allgemeinen Pflichtschulen liegt in Wirklichkeit auch eine Situation vor, die uns auch die Augen öffnen muss. Es besteht nämlich hier ein besonders krasses Missverhältnis durch einen weiblichen Führungskräfte-mangel in den Volks- und Hauptschulen. In den Volksschulen ist es so, dass 90 Prozent des Lehrpersonals Frauen sind, aber lediglich nur 58 Prozent Leiterinnenfunktion haben. In der Hauptschule sind 65 Prozent des Personals Frauen, aber es gibt nur 18 Prozent Direktorinnen. Der Männeranteil bei den Direktorenposten liegt um viermal höher. Bessere Zahlen kann dann aber das Landwirtschaftliche Schulwesen vorweisen und das möchte ich auch nicht unerwähnt lassen. Also hier gibt es insgesamt noch einen enormen Aufholbedarf.

Ich muss jetzt etwas korrigieren auch im Sinne von Dichtung und Wahrheit. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass 1994 alle leitenden Funktionen im Landesdienst ausgeschrieben werden und das ist leider Geschichte, denn es stimmt nicht mehr. Die nämlich zuletzt von der ÖVP an den Tag gelegte Vorgangsweise im Zuge der neuen Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung entspricht nämlich dem Machtdenken der ÖVP und dem Wahlergebnis der ÖVP, führt aber in die Steinzeit der Personalentscheidungen, weil für diese leitenden Spitzenfunktionen im Landesdienst nicht einmal eine Ausschreibung erfolgt ist. Hier ist nicht einmal eine Ausschreibung erfolgt! Das heißt, dass die Gleichbehandlungsbeauftragte de facto gar nicht einschreiten kann, wenn man es ernst nimmt, was auch nicht passiert ist. Das muss man hier auch dazusagen. Und über diese Nichtausschreibung, die für die SPÖ einen krassen Widerspruch zum Gleichbehandlungsgesetz darstellt, zu diesem Schritt schweigt der Bericht leider. Da hätten wir gerne auch Licht ins Dunkel gebracht, ein bisschen Licht in die Vorgänge, die da vorigen Herbst über die Bühne gegangen oder unter der Bettdecke passiert sind. Ich kritisiere hier die Vorgangsweise der ÖVP, und nicht Personen, die in diese Funktionen gekommen sind, aber diese Vorgangsweise stellt – und das kann man mit Fug und Recht so behaupten – einen Schlag ins Gesicht der Frauen im Landesdienst dar. Die Umgehung der Ausschreibung ist eine krasse Benachteiligung und verstößt gegen dieses Gleichbehandlungsgesetz. Es gibt zwar ein Gleichbehandlungsgesetz, diesen Passus, dass keine Frau benachteiligt werden darf, aber es gibt kein Gesetz, das die Landesregierung einfordert, Spitzenpositionen auch tatsächlich auszuschreiben und da ist eine Lücke in diesem Gesetz gegeben.

Noch eine Erwähnung: Wenn ausgeschrieben wird, so wie zum Beispiel zuletzt für die BH Radkersburg oder die BH Leibnitz, da kommen jene Frauen auch nicht zum Zug, die sich dort beworben haben. Also entweder keine Ausschreibung oder keine Frau. Die einzige Frau, die Abteilungsvorstand geworden ist, das ist keine Sache der Objektivität, das möchte ich hier auch noch anbringen. Aber wenn ausgeschrieben wird in diesen hohen Funktionen, dann haben Frauen leider auch keine Chance.

Das Frauenförderungsprogramm hat lediglich Empfehlungscharakter. Nichtbeachtung, Nichteinhaltung zieht keine Konsequenzen nach sich und reduziert in Wirklichkeit auch die Chancengleichheit.

Noch ein letztes Zitat aus dem Bericht: „Weder bei der Besetzung von Führungspositionen noch bei der Informationspflicht an karenzierte Mitarbeiterinnen wird nach dem Frauenförderungsprogramm oder dem Landesgleichbehandlungsgesetz vorgegangen!“

Ich möchte zwei Wünsche äußern, nämlich den ersten Wunsch nach einem griffigeren und lauterem Auftreten der Gleichbehandlungsbeauftragten des Landes auch in der Öffentlichkeit, wenn es um De-facto-Benachteiligungen von Frauen geht. Aber wir von der sozialdemokratischen Fraktion wünschen uns zweitens auch ein stärkeres Eintreten der Landeshauptfrau für die Erreichung der Ziele der Gleichbehandlung und der Frauenförderung. Und als Frau sage ich uns, Ihnen, wir lassen uns kein X für ein U vormachen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.32 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

**Abg. Beutl** (13.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wie im Landesgleichbehandlungsgesetz festgehalten, hat die Gleichbehandlungsbeauftragte in regelmäßigen Abständen, von zwei Jahren in diesem Fall, dem Landtag über die Verwirklichung der Gleichbehandlung und der Frauenförderung zu berichten.

So liegt uns nun dieser zweite Bericht vor. Ich möchte, obwohl sie nicht anwesend ist, der Gleichbehandlungsbeauftragten des Landes, Frau Ingrid Jauk, und ihrem Team für ihre engagierte und korrekte und sicher nicht leichte Arbeit danken und auch für den Bericht danken.

Ich halte es für sehr wichtig, dass in regelmäßigen Abständen dargestellt wird, wo es noch Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten in der Umsetzung des Gesetzes gibt.

Ich bin sehr froh, dass es diese Novellierung, von der Frau Gleichbehandlungsbeauftragten bereits beantragt, demnächst geben wird. Meines Wissens ist die Begutachtung bereits abgeschlossen. So werden einige der in diesem Bericht angeführten Mängel demnächst, so hoffe ich, beseitigt werden.

Die Punkte zur Beanstandung sind dargestellt worden. Ich muss sie nicht wiederholen. Dass es sehr schwierig ist, verfestigte Meinungen, etwa in den Gemeinden, zu ändern, wenn es darum geht, Kontaktpersonen zu bestellen, ist sicherlich etwas, was noch länger Schwierigkeiten bereiten wird. Erfreulicherweise sind aber in den Dienststellen des Landes doch inzwischen bereits 79 Personen zu Kontaktpersonen bestellt worden. Auch in der KAGES sind in diesen letzten zwei Jahren sieben Kontaktpersonen dazugekommen.

Bezüglich KAGES und Frauenförderprogramm möchte ich schon darauf hinweisen, dass dieses Frauenförderprogramm bereits in die Rechtsabteilung 1 zur legislativen Bearbeitung weitergereicht wurde und dass auch hier demnächst und wahrscheinlich in Kürze ein solches Programm vorliegen wird.

Ich halte es für besonders begrüßenswert, dass nach wie vor die gezielten und die speziellen Angebote für Frauen im Fort- und Weiterbildungsbereich angeboten und angenommen werden und dass sie sich sowohl an die Wiedereinsteigerinnen als auch an die Frauen, die führende Funktionen anstreben oder in führender Funktion tätig sind, richten. Es ist bedauerlich, dass dieser Informationsfluss nicht so optimal erfolgt, wie er gewünscht wird. Ich hoffe sehr, dass es, vor allem was die Zuständigkeiten anlangt, demnächst eine Klärung gibt. Wir entnehmen ja dem Bericht, dass im Frauenförderprogramm nicht eindeutig festgelegt ist, wer für diese Information zuständig ist. Das hat also demnächst geklärt zu werden.

Ich möchte kurz auch eingehen auf den Anteil der Frauen in führenden Funktionen. Wir wissen, dass wir europaweit immer wieder an diese gläserne Decke stoßen. Es sind nur unter 10 Prozent der Frauen in führenden Funktionen – noch einmal, europaweit – zu finden. Es ist also nicht ausschließlich ein Mangel und ein Problem, das nur im steirischen Landesdienst zu finden ist.

Ich möchte diesbezüglich auch etwas anmerken – zum Pflichtschulbereich etwa, weil der auch angesprochen wurde –, tatsächlich ist es so, dass mehr Lehrerinnen in der Volksschule, in der Hauptschule unterrichten als im gleichen Prozentsatz dann Frauen oder Lehrerinnen in leitenden Funktionen zu finden sind. Tatsache ist aber auch, dass es Kolleginnen gibt, die diesen Karrierewunsch nicht wirklich haben. Es gibt Untersuchungen vom Ministerium – und ich habe in diesem Haus darüber schon berichtet –, dass es Lehrerinnen gibt die sagen, meine Motivation in diesen Beruf zu gehen ist die Freude an der Arbeit mit Kindern, am Vermitteln von Wissen. Sie sehen es nicht in erster Linie als Ziel, dass sie auch eine leitende Funktion anstreben. Vielfach sagen sie auch, es sind ihnen zu viele Verwaltungsaufgaben. Sie scheuen auch teilweise die Konfliktsituationen, denen ein Leiter, eine Leiterin nun einmal ausgesetzt ist. (Abg. Gross: „Frau Kollegin, Sie reden aber für den Frauenförderungsplan?“)

Und auch der vermehrte Arbeitsaufwand, der auf Kosten des Privatlebens geht, wird nicht unbedingt von einigen – ich sage nicht von allen – Frauen erwünscht und gewünscht.

Allgemein, glaube ich, müssen wir akzeptieren, dass es Frauen gibt, denen ein erfülltes Privat-, Berufs- und Sozialleben – in dieser Gesamtheit – eher wichtig ist, als dass sie sich allzu sehr oder ausschließlich über ihre Berufstätigkeit oder über eine leitende Funktion definieren wollen.

Ich habe entnommen, auch aus Gesprächen mit Frauen im Landesdienst (Abg. Gross: „Bei den Männern geht es!“), auch mit der Gleichbehandlungsbeauftragten, dass diese Weiterbildungsangebote einfach immer nur einen Teil der Bediensteten erreichen, und zwar die, die sich selber davon angesprochen fühlen. Es gibt eine ganz große Gruppe von Frauen, die einfach in den öffentlichen Dienst streben, weil sie dort eine geregelte Dienstzeit haben, Rückkehrmöglichkeiten haben, Teilzeitangebote haben, die ihnen entgegenkommen, dass das für sie attraktiv genug ist. Nicht jede Frau will auch Karriere in Form einer leitenden Funktion machen. Ich glaube, das müssen wir einfach auch zur Kenntnis nehmen.

Trotzdem sage ich, es spielt ganz sicher mit, wenn wir weniger Frauen in Führungspositionen finden, dass Frauen nach wie vor – zu 80 Prozent – die Familienarbeit allein zu leisten haben und dass sie aus diesen Gründen auf Teilzeit gehen. Aber, es ist heute mehrfach angesprochen worden, geht eine Frau auf Teilzeit, dann sind die Möglichkeiten der Fortbildung eingeschränkt, die Teilnahme am Betriebsgeschehen genauso. Das Insiderwissen nimmt ab. Die Zuteilung von attraktiven Aufgaben erfolgt nicht. Es fehlen ihnen ganz einfach auch die Profilierungsmöglichkeiten. Damit sind sie im Aufstieg natürlich benachteiligt. Darum ist es sehr, sehr wichtig, dass Frauen während der Karenzzeit – und noch einmal, jene Frauen, die das auch selber wollen – mit der Dienststelle Kontakt halten, mit dem Betrieb Kontakt halten und dass sie sich auf einen optimalen Wiedereinstieg vorbereiten. Ich glaube, da bietet das neue Kinderbetreuungsgeld eine sehr verbesserte und gute Möglichkeit dazu.

Abschließend möchte ich nur eines noch sagen, ich beantrage den Entschließungsantrag punktuell abzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.40 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

**Abg. Lechner-Sonnek** (13.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem zwei Rednerinnen, meine Kollegin Edith Zitz und dann auch die Frau Kollegin Lackner die Zuständigkeit so deutlich angesprochen haben, sind wir der Sache noch einmal nachgegangen. Es ist ganz eindeutig so, dass die Landeshauptfrau zuständig wäre. Sie hat sich entschuldigen lassen, sie hat für heute keinen Vertreter nominiert. So gesehen wäre ihr Erster Landeshauptfraustellvertreter, unser neues Mitglied der Landesregierung, Herr Voves, zuständig, ist auch nicht anwesend. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass im Unterschied zu den Grünen alle anderen Parteien hier im Landtag die Möglichkeit haben über ihre Gestaltung, über ihren eigenen Bereich so zu verfügen, dass es zu einer Verbesserung der Stellung von Frauen im Beruf kommt. Das heißt ÖVP, SPÖ und FPÖ können konkret etwas tun. Ich freue mich natürlich, wenn es trotzdem von Ihrer Seite oder von Seite der entsprechenden Parteien hier flammende Appelle gibt, die Glaubwürdigkeit wird sich für mich aber allerdings erst einstellen, wenn ich Ergebnisse sehe. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 13.41 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zu dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Gleichbehandlung im Landesdienst. Auf Grund eines Antrages der ÖVP um eine punktuelle Abstimmung werde ich alle fünf Punkte separat abstimmen lassen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die unverzügliche Beschlussfassung eines Frauenförderungsprogrammes für den Bereich der KAGES herbeizuführen. Wer dem Punkt eins seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Punkt zwei. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei unvermeidbaren Dienstpostenreduzierungen und Organisationsänderungen auf die Ziele der Frauenförderung Bedacht zu nehmen. Wer dem Punkt zwei seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Punkt drei. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, dass leitende Funktionen mit herabgesetzter Wochendienstzeit ausgeübt werden können. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Punkt vier. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten für den Bereich der Landesverwaltung zu schaffen. Wer diesem Punkt vier die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt vier hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich komme zum Punkt fünf. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bereitstellung von ausreichender Infrastruktur und Personal für die Durchführung der Agenden der Gleichbehandlungsbeauftragten vorzusehen. Wer diesem Punkt fünf seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Punkt fünf hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Wir kommen zum Punkt

**13. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 828/1, der Abgeordneten Hamedl, Lafer, Gödl und Mag. Koller, betreffend Aufstockung der Suchtgifthundestaffel.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Eduard Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hamedl** (13.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Sicherheit und Gemeinden, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner Sitzung am 7. Mai 2002 über den Antrag, Einl.-Zahl 828/1, der Abgeordneten Hamedl und Mag. Koller, betreffend Aufstockung der Suchtgifthundestaffel bei der BPD Graz, beraten.

Der zunehmende Drogenhandel und die Beschaffungskriminalität in Graz und Umgebung sind für die Exekutive zu einer großen Herausforderung geworden. Um ein effizientes Einschreiten bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels zu gewährleisten ist es neben vielen anderen Maßnahmen auch notwendig, Suchtmittelspürhunde einzusetzen. Derzeit gibt es bei der Bundespolizeidirektion Graz fünf solcher Hunde. Um sicherzustellen, dass rund um die Uhr ein Suchtmittelspürhund eingesetzt werden kann, sind acht Hunde notwendig.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Anzahl der Hunde in der Suchtgifthundestaffel der Bundespolizeidirektion Graz von derzeit fünf auf acht Hunde zu erhöhen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (13.45 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Berichterstatter. Die Frau Abgeordnete Zitz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (13.46 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Die Grünen werden gegen diesen Antrag stimmen und ich möchte das begründen. Wir haben seit kurzem in der Steiermark einen Suchtbeirat und wir haben in der Steiermark sehr viele Leute, die professionell in diesem Bereich arbeiten, von Leuten, die therapeutisch arbeiten, von Leuten, die psychosozial arbeiten, die als Sozialarbeiterinnen tätig sind, bis hin zu Leuten in der Justiz und in der Exekutive. Lieber Edi Hamedl und für mich ist die Flut an Anträgen, die von Seiten deiner Fraktion kommt, wo einmal da drei Hunde mehr beantragt werden und dort acht Dienstposten mehr beantragt werden, das ist für mich beim Thema Sucht einfach die falsche Ebene. Und genau aus diesen Gründen, wie ich das jetzt gebracht habe, wird die Grüne Fraktion gegen diesen Antrag stimmen. Wir wünschen uns sehr gute organisatorische Voraussetzungen. Wir wünschen uns eine sehr nüchterne und mutige Politik im Engagement gegen Süchtigkeiten, substanzgebundene und nicht substanzgebundene Süchte, aber ich halte einfach zunehmend weniger davon, wenn man ad hoc kleine Initiativen setzt.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es in der Steiermark keine Möglichkeit gibt, wenn man im Gefängnis ist, wenn man straffällig geworden ist, Suchttherapie in Anspruch zu nehmen. Das gibt es einfach nicht und Sie können sich vorstellen, in welchem Zustand dann Leute aus dem Gefängnis herauskommen. Die werden ganz schnell wieder rückfällig, die haben teilweise sehr große Schwierigkeiten bei einer gesellschaftlichen Reintegration und sind sehr oft gesundheitlich auch in einem miesen Zustand, körperlich wie seelisch.

Ein zweiter Punkt. Alle haben einen Bericht der Drogenberatungsstelle zugeschickt bekommen. Es gibt in der Steiermark Angehörigenarbeit nur in homöopathischen Dosen. Und Sie können sich ungefähr vorstellen, wie es einer Tochter geht, deren Vater spielsüchtig ist und die dann draufkommt, dass er das Geld für die Studiengebühren nicht mehr auf die Reihe bringt, weil er mit einer Million Schilling verschuldet ist. Oder wie es Eltern geht, die erfahren, dass ihre Kinder relativ jung alle möglichen Dinge konsumieren, bevorzugt übrigens Alkohol und wenn man sich dann das Landesbudget anschaut, dann sieht man, dass trotz geltendem Jugendschutzgesetz es in der Steiermark pro Jahr zu einer Einnahme von knapp 200.000 Schilling kommt. Das sind nämlich Einnahmen, die man lukriert, wenn Gastwirte straffällig geworden sind, indem sie Alkohol an Jugendliche, Kinder ausschenken. Diese Einnahmen werden dem Jugendschutz zugeführt und in der Steiermark geht man da überhaupt nicht beherzt vor und kriegt steiermarkweit seit Jahren knapp 200.000 Schilling aus diesen Gastwirten an Strafe heraus.

Das sind einige Punkte plus, wie anfangs gesagt, die Möglichkeit, dass der Suchtbeirat sehr gut organisatorisch und planerisch Suchtpolitik in der Steiermark auf die Reihe bringen kann. Das ist der Zugang, für den ich von Seiten der Grünen stehe, für den wir uns organisatorisch und politisch einsetzen. Und wie gesagt, lieber Edi Hamedl, bei diesem Antrag ist bei uns einmal Schluss. Wir werden ihn aus diesen besagten Gründen nicht mit unterstützen. Wir hoffen aber auf gute Kooperation mit allen Landtagsfraktionen zu einigen Punkten, die ich einfach als konkreter und realitätsnäher und wirklich helfender empfinde. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.50 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hamedl (13.50 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss da zwei Dinge richtigstellen. Die Kollegin Zitz kritisiert sozusagen, dass wir immer wieder Anträge einbringen. Du hast den Suchtbeirat sehr gelobt.

Der Suchtbeirat ist ein Antrag von uns, möchte ich dich nur erinnern. Das ist einmal das Erste.

Zum Schluss. Und du verwechselst dann viele Dinge.

Unsere Drogenpolitik – das wissen wir alle – beruht auf vier Säulen, die uns sehr wichtig sind. Jede Säule ist wichtig.

Das eine ist, dass die Polizei mehr ausgebildete Suchtgifthunde benötigt – nicht Dienstposten. Die Hunde gibt es bereits. Die Polizei ist an mich herangetreten und hat gesagt, wir würden mehr ausgebildete Suchtgifthunde benötigen.

Aber ich kann mir schon vorstellen, dass ihr Angst habt vor Hunden. Wenn die Grünen demonstrieren gehen und einem Polizisten den Schild aus der Hand reißen, dann haben sie natürlich Angst vor Hunden. Das kann ich mir vorstellen. Aber wir brauchen sie. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.51 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 13 liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

**14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 814/1, der Abgeordneten Lafer und Ferstl, betreffend Hauswirtschaftlicher Beirat.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ferstl** (13.51 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Antrag der Abgeordneten Lafer und Ferstl, betreffend Hauswirtschaftlicher Beirat.

In der Geschäftsordnung des Hauswirtschaftlichen Beirates ist als Zweck die Vertretung der Interessen der Hausfrauen in wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Belangen durch Beratung der Landesregierung mit dem Ziele, dem Hausfrauenstand zu helfen und eine rationelle Haushaltsführung zu erreichen.

Dem Beirat können nur weibliche Mitglieder angehören.

Diese Einschränkung auf ausschließlich weibliche Mitglieder widerspricht dem Zeitgeist der zunehmenden Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Es gibt aber auch Männer, die die Möglichkeit, zur Kinderbetreuung in Karenz zu gehen wahrnehmen als auch solche, die überhaupt als Hausmann den Haushalt führen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Geschäftsordnung des Hauswirtschaftlichen Beirates zu ändern, indem das Wort „Hausfrauen“ durch „Hausfrauen und Hausmänner“ ersetzt und die Einschränkung auf ausschließlich weibliche Mitglieder gestrichen wird. Ich bitte um Annahme. (13.52 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter, Herr Abgeordneter Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ferstl** (13.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Unsere Abgeordnete zum Nationalrat Beate Hartinger hat den Klubobmann gebeten, für sie Ersatz zu suchen beim Hauswirtschaftlichen Beirat, da sie mit den Terminen des Öfteren Probleme gehabt hat. Der Klub und der Herr Klubobmann haben mich als Ersatz für diesen Hauswirtschaftlichen Beirat auserkoren.

Ich habe die erste Einladung dazu angenommen und das Protokoll der vorhergehenden Sitzung gelesen und habe festgestellt, dass nur Frauen in diesem Beirat tätig sind und anwesend waren.

Ich habe mich dann natürlich zu dieser Sitzung fesch angezogen, habe mich auch sauber hergerichtet, weil die Frauen dort lauter bezaubernde, schöne Frauen sind. Die Vorsitzendenstellvertreterin ist die Monika Kaufmann, die ist jetzt momentan nicht da. (Abg. Stöhrmann: „Kollege, Sie waren falsch gekleidet!“)

Ich habe mich auch wirklich mit charmanten Worten vorbereitet. Ich wollte ein paar nette Komplimente den Frauen sagen, damit ich gleich einmal richtig ankomme.

Wie ich dann in dieses Sitzungslokal gekommen bin, hat mich die Vorsitzende sehr höflich, aber bestimmt, gebeten, wieder nach Hause zu fahren, weil in den Satzungen, in der Geschäftsordnung, eben für männliche Mitglieder kein Platz ist.

Daher ist dieser Antrag von unserer Partei eingebracht worden und ich bitte nachträglich noch einmal, diesen Antrag im Sinne der Gleichberechtigung zu unterstützen, anzunehmen und ihm zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.54 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 661/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Unterstützung des „Fairen Handels“.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (13.55 Uhr): Es liegt ein Bericht des Ausschusses vor. Er betrifft die Einl.-Zahl 661/1 der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Unterstützung des „Fairen Handels“.

Die sich darauf beziehende Stellungnahme der Landesregierung beinhaltet vor allem den Hinweis darauf, dass ein Einkauf vom so genannten „Fairen Handel“ eine Änderung der Vergaberichtlinien bedingen würde.

Auf Grund dieser Stellungnahme hat der Ausschuss beschlossen, dass der Bericht, betreffend Unterstützung des „Fairen Handels“, zur Kenntnis genommen wird. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (13.56 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (13.56 Uhr): Hohes Haus!

Zur Konkretisierung des Antrages, dem wir selbstverständlich gerne beigetreten sind, folgender Vorschlag und von uns in einem Unselbstständigen Entschließungsantrag formuliert.

Nachdem es auch in der Regierungsvorlage geheißen hat, dass jedenfalls das Vergabegesetz geändert werden müsse, wenn dieser Intention, nämlich im öffentlichen Beschaffungswesen dem „Fairen Handel“ den entsprechenden Stellenwert einzuräumen, ernsthaft nachgegangen werde, sagen wir, wir benennen es gleich konkret und ersuchen Sie daher um Zustimmung zu dem Antrag, den wir entsprechend begründet haben – er liegt Ihnen ja vor –, mit der Formulierung, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle zum Steiermärkischen Vergabegesetz vorzulegen, welche eine rechtskonforme Beschaffung von gleichwertigen, unter Umständen auch teureren Produkten des „Fairen Handels“ ermöglicht.

Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP daran, dass in dem vom Herrn Landesfinanzreferenten vorgelegten Bericht in seiner Vorlage dieses der Schlusssatz ist. Wenn wir das ernst meinen, müssten wir die Vergaberichtlinien ändern.

Das ist unser Antrag und ich ersuche Sie dem zuzustimmen, damit wir mit einer geschlossenen Meinung nächste Woche in die diesbezügliche Enquete gehen können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 13.58 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Die Frau Abgeordnete Zitz hat sich zu Wort gemeldet.

**Abg. Mag. Zitz** (13.58 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich halte diesen Antrag für sehr wichtig. Das Ziel ist einfach, dass Produkte, die man im Alltag konsumiert, die aus der so genannten Dritten Welt kommen, mit einem gerechten Preis bezahlt werden, und zwar mit einem Preis, der es den Herstellern – Bauern und Bäuerinnen, Kunsthandwerkern und so weiter – ermöglicht, nicht auf Spenden und auf Almosen angewiesen zu sein, auf die klassische Entwicklungshilfe, sondern dass sie das Gefühl haben, das, was sie erwirtschaften, wird bei uns in der so genannten Ersten Welt mit einem würdevollen Preis bezahlt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es letzten Freitag ein gemeinsames Frühstück mit biologischen Produkten und fair gehandelten Produkten aus dem Weltladen auf der Hauptbrücke gegeben hat, wo Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen im Gemeinderat von Graz und auch vom Landtag anwesend waren. Ich habe das als ein sehr schönes Zeichen empfunden.

Ich bin allerdings über die Regierungsvorlage, die jetzt nur von Herrn Landesrat Paieryl gezeichnet wurde, ziemlich enttäuscht, weil er nämlich festhält, dass aus seiner Sicht ein Ankauf von fair gehandelten Produkten, die tatsächlich etwas teurer sind als traditionell gehandelte Produkte, in seinem Bereich – konkret bei den Lehrlingsheimen – nicht möglich ist.

Ich hoffe sehr auf die Enquete, die im Mai, also in zwei Wochen, stattfinden wird. Es wird das Thema „Beschaffungswesen“, „Fair gehandelte Produkte“ auf der Tagesordnung stehen. Ich denke, dass es da die Möglichkeit geben wird, sich mit entwicklungspolitischen Fachleuten darüber noch einmal eingehend zu unterhalten.

Ich möchte deswegen somit auch begründen, weshalb die Grünen diese Regierungsvorlage, die, wie gesagt, nur vom Herrn Landesrat Paieryl uns vorgestellt wurde, ablehnen und dem Entschließungsantrag, den die SPÖ – dankenswerterweise der Herr Dipl.-Ing. Grabner – vorbereitet hat, natürlich zustimmen werden. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 14.01 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka** (14.01 Uhr): Ich finde es sehr schade, dass es zu diesem Zeitpunkt zu dieser Diskussion kommt. Aus zwei Gründen, erstens ist es so, dass der SPÖ bekannt sein müsste, dass Dipl.-Ing. Hermann Schaller, der sich mit dieser Frage sehr beschäftigt, sich hier schon vor geraumer Zeit kündigt gemacht hat. Und, Kollegin Zitz – du warst auf der Grazer Hauptbrücke dabei, als das erwähnt wurde – daher habe ich mich gewundert, dass du hier so argumentiert hast. Es ist auf Grund des Vergabegesetzes nach den derzeitigen Bestimmungen möglich, in einem Vergabeverfahren festzusetzen, dass ein bestimmter Anteil den Vorgaben des „Fairen Handels“ entsprechen soll. Das sagt der hiesige Verfassungsdienst. (Abg. Mag. Zitz: „In der Vorlage war es nicht richtig drinnen, darum haben wir nicht zugestimmt!“)

In der Vorlage war es nicht richtig drinnen, das stimmt. Aber wenn etwas möglich ist, brauche ich keinen Antrag, sondern muss ich nur das leben, was rechtlich möglich ist. Und das sage nicht ich, sondern das sagt immerhin der Chef des Verfassungsdienstes. Das ist der eine Punkt, den ich sehr deutlich sagen möchte und das ist der einzige Grund, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Und der zweite Punkt ist der, wir werden ja einen gemeinsamen Antrag dann nochmals zur Abstimmung bringen nach der Enquete, wo ohnehin diese Aufforderung an die Landesregierung enthalten ist. Also in der Sache haben wir kein Problem, aber von der Vorgangsweise halte ich es für nicht richtig, dass dieser Antrag jetzt zur Abstimmung kommt, zumal wir wissen, dass die momentan geltende Rechtslage ausreichend ist, das Entscheidende ist nur das politische Wollen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.03 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 15 liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich komme nun zum Entschließungsantrag der SPÖ. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und der Grünen, betreffend die Übernahme der Prinzipien des „Fairen Handels“ in das Steiermärkische Vergabegesetz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**16. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Anträge, Einl.-Zahl 18/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Bedarfszuweisungsgesetzes, Einl.-Zahl 532/1, der Abgeordneten Lafer, Ferstl, List, Mag. Dr. Bleckmann, Graf, Dietrich und Wiedner, betreffend Bedarfszuweisungen sowie Einl.-Zahl 662/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lafer (14.04 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte über den Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit, Einl.-Zahlen 18/8, 532/3 und 662/3.

Der Bericht liegt Ihnen vor. Es ist aufgelistet, was in diesem Ausschuss passiert ist, ich melde mich dann zu Wort und werde dann noch näher darauf eingehen, deshalb verzichte ich auf den Inhalt und bringe den Antrag zur Verlesung.

Der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zu den Anträgen, Einl.-Zahl 18/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Bedarfszuweisungsgesetzes, Einl.-Zahl 532/1, der Abgeordneten Lafer, Ferstl, List, Dr. Bleckmann, Graf, Dietrich und Wiedner, betreffend Bedarfszuweisungen und Einl.-Zahl 662/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen, wird zur Kenntnis genommen. (14.05 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter selbst, der Herr Klubobmann Abgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lafer (14.05 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Als Obmann des Gemeinde-Ausschusses war es mir wichtig, dass diese Dinge auch im Ausschuss behandelt worden sind beziehungsweise auch im Unterausschuss. Und wenn auch nicht immer jeder Antrag zum Erfolg führen kann, so war es doch möglich in einer ausgezeichneten Diskussion und Beratung über alle Anträge sich zu unterhalten und auch zu einem Ergebnis zu kommen. Zu einem Ergebnis, das zwar nicht immer für jede Fraktion zufrieden stellend verlaufen ist, allerdings hat das auch aufgezeigt, dass einzelne Fraktionen hier ihre eigene Meinung haben und es wird noch eine Zeit lang dauern, dass man im Zuge der Diskussion, im Zuge der Beratung schlussendlich vielleicht noch einmal zu einem gemeinsamen Ziel kommt. Ich darf darauf hinweisen, dass in diesem Unterausschuss die Anträge der Grünen betreffend Steiermärkisches Bedarfszuweisungsgesetz behandelt wurden, dann unser eigener Antrag über die Bedarfszuweisungen und auch noch ein weiterer Antrag der Grünen, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen. Zwei weitere Anträge wurden zurückgezogen und auch eine Intention beziehungsweise ein Beschluss des Unterausschusses, dass die Richtlinien der Vergabe bei den Bedarfszuweisungsmitteln geändert werden beziehungsweise novelliert werden, wurde durchgeführt. Ein weiterer Antrag wurde im Unterausschuss beschlossen, und zwar über einen Gemeindeförderungsbericht, der von der zuständigen FA7 natürlich auch den Mitgliedern aller Fraktionen zur Verfügung gestellt worden ist und der auch heute diesem Antrag beigelegt ist. Für diesen Bericht möchte ich hier ausdrücklich den Bediensteten der Fachabteilung ein großes Dankeschön sagen, denn es war eine enorme Arbeit, dass dieser Bericht zustande gekommen ist und er listet auch auf, wie und welche Mittel zu welchen Projekten vergeben worden sind.

Zum eigenen Antrag muss ich sagen, dass wir hier natürlich eine Linie verfolgen, die bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung findet. Der freiheitliche Antrag unterscheidet sich insofern, indem wir sagen, dass die Steiermark das einzige Bundesland ist, wo zwei Gemeindeferenten damit betraut worden sind, diese Bedarfszuweisungsmittel zu verwalten. Einzigartig! Einzigartig deshalb, weil in ganz Österreich in allen anderen Bundesländern jeweils ein Referent dafür zuständig ist. Und da wollen wir unbedingt eine Änderung herbeiführen, indem wir sagen, wenn schon, dann ein Referat und nicht auf zwei Referate verteilt beziehungsweise auf zwei Referenten verteilt. Ich weiß schon, Siegi, dass du jetzt mit dem Kopf schüttelst, weil wenn dieses Referat jetzt von dir wegkommen würde, dann würde dein Herr Landeshauptmannstellvertreter ohne Betätigungsfeld da sein. Also das wäre auch schlimm. (Abg. Schrittwieser: „Kann ja auch zu uns kommen!“)

Das wäre die zweite Möglichkeit. Man sollte nichts ausschließen. (Abg. Schrittwieser: „Die wäre besser!“)



Das Zweite ist, dass im Zuge dessen wie die Bedarfszuweisungsmittel jetzt vergeben werden, die Bürgermeister und Antragsteller immer wieder Bittsteller sind. Das heißt, sie müssen sich immer wieder anstellen und bitten, dass sie für ihre Bereiche oder alle jene Projekte, die sie umsetzen wollen, bitten und betteln müssen, damit sie hier vielleicht zum Ziel kommen. Das sollte unter einer genauen Vorgabe zustande kommen, das heißt, die Bürgermeister dürfen keine Bittsteller mehr sein, aber auch im Gegenteil dazu sollte es zu keinem Gießkannenprinzip kommen. (Abg. Schrittwieser: „Die Bürgermeister kommen gerne zum Herrn Landeshauptmann, weil sie gut betreut werden!“) Gut, wenn ich heute nur alleine für ein Gemeinderessort zuständig bin, habe ich Zeit für die Bürgermeister, das ist keine Frage, das glaube ich ihm sogar. Es würde ihm nicht schaden, etwas anderes noch dazu zu machen. Aber zurück zu unserem Antrag. Das Prinzip nach Verteilung der Geldmittel oder Gießkannenprinzip, wie wir das immer bezeichnet haben, ist absolut falsch und entspricht nicht einer modernen politischen Maßnahme. Wozu sind Bedarfszuweisungen überhaupt da? Das ist genau festgehalten: zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes der Gemeindehaushalte. Der zweite Punkt, zur Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse, Projektförderung oder der dritte Punkt, zum Ausgleich von Härten. Der Ansatz ist hier absolut richtig, nur, meistens wird dann nicht danach gehandelt, wozu Bedarfszuweisungen auch gedacht sind beziehungsweise wie es auch festgeschrieben ist. Wir haben hier die Idee gehabt, Bedarfszuweisungsmittel auf Regionen zu verteilen. Regionen heißt, wir teilen die Gebiete in der Steiermark in vier oder fünf Regionen ein und jede Region sollte in einem Jahr eine Milliarde Schilling zur Verfügung gestellt bekommen. Das heißt, dass sie im Vorfeld die Möglichkeit haben zu planen, zu koordinieren, sich sinnvolle und wertvolle Projekte auszu-denken, wo der Bedarf und wo natürlich auch eine Nachhaltigkeit gegeben ist. Das wäre einmal die Idee. Über das muss man diskutieren und ich bin überzeugt davon, bei näherer Beleuchtung dieser Tatsache ist es hier nicht so schwierig, zu einem Ergebnis zu kommen.

Das Zweite ist, dass wir hier auch die regionalen Managements, alle, wie wir sie rundherum besitzen, mit einbeziehen müssen, um hier im Gesamten auch mit den EU-Förderungen verstärkt aufzutreten. Wir glauben, dass wir hier einen wesentlichen Vorteil erreichen, und zwar insofern, dass sich hier die Investition der Privaten zu einem Schlüssel von eins zu fünf für eins zu sechs aufteilt, das heißt, dass in dieser Zeit oder in diesem Jahr, wo hier in eine Region investiert werden könnte, wesentlich mehr Mittel fließen, wesentlich mehr gemacht werden könnte und dass hier die Gemeinden und die Regionen aufgerufen sind, im Zuge ihrer Projektierungen längerfristige Perspektiven zu schaffen, Planungen zu schaffen und dass es hier ebenso leicht ist, auch das umzusetzen.

Wir Freiheitlichen werden auf alle Fälle unser Ziel weiter verfolgen. Es kommt eine neue Legislaturperiode und wir werden das auch wieder einbringen. Darauf werden wir mit Sicherheit Bedacht nehmen und wir stehen hinter unseren Forderungen und wir werden dieses Ziel auch weiter verfolgen. Ich bedanke mich! (Beifall bei der FPÖ. – 14.11 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

**Abg. Lechner-Sonnek** (14.11 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe mich zuerst zur Geschäftsordnung gemeldet und werde mich dann auf den aktuellen Tagesordnungspunkt beziehen. Zur Geschäftsordnung deswegen, weil der Herr Kollege Hamedl gerade vorhin den Grünen einen strafrechtlich relevanten Tatbestand unterstellt hat, und zwar generell. Er hat gesagt, wenn die Grünen der Polizei die Schilder aus der Hand reißen, dann haben sie natürlich Angst vor Hunden. Das ist eine Behauptung, die auf das Schärfste zurückzuweisen ist und ich erwarte und verlange vom Kollegen Hamedl, dass er sie auch öffentlich wieder zurücknimmt, denn er hat sie hier öffentlich gemacht. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Wenn er das nicht tun will heute noch hier in dieser Sitzung, ich erwarte das eigentlich nach meiner Wortmeldung, dann werde ich einen Ordnungsruf durch den Präsidenten beantragen. So viel zur Geschäftsordnung.

Jetzt zu den Bedarfszuweisungen: Meine Damen und Herren, Sie kennen wahrscheinlich aus Ihrer Kindheit oder Jugend dieses Spiel, das man „Stille Post“ nennt. Ich meine damit nicht das Schließen von Postämtern, das ist der aktuelle Bezug, sondern das, was entsteht, wenn der eine dem anderen was ins Ohr sagt und am Ende etwas herauskommt, was man am Anfang sicher nicht gesagt hat. In den meisten Fällen ist auch der Inhalt der Botschaft vollkommen verfälscht. Wir haben hier in der Steiermark eine spezielle Variante, da sagt nicht der eine dem anderen weiter, sondern wir haben ein sternförmiges System. Da sitzt in der Mitte eine Person, die zieht es vor, einzeln mit allen anderen Personen zu kommunizieren. Und die Personen, die anderen, wissen voneinander nicht, was mit ihnen besprochen wurde. Das ist das System, nach dem in der Steiermark die Bedarfszuweisungen zuerkannt und ausgehandelt werden. Alles ist auf einen Mittelpunkt hin ausgerichtet und es gibt in Wirklichkeit keine vollständigen Kontakte der anderen zueinander. Das heißt, die einzelnen Bürgermeister, die einzelnen Gemeinderäte wissen nicht, wie viel die anderen Gemeinderäte bekommen haben im Rahmen der Bedarfszuweisungen und schon gar nicht wofür. Der vermutete Effekt, wenn man das anders machen würde, wie wir seit Jahren hier im Landtag vorschlagen, nämlich dass alle Menschen erfahren hier im Land, welche Gemeinde für welche Projekte welches Geld im Rahmen der Bedarfszuweisungen erhalten hat, war folgender: Es ist gesagt worden und es sind ja auch Bürgermeister unter den Abgeordneten, ich habe das sehr erhellend gefunden, die haben sich gefürchtet, dass es zu Neid und zu Streit kommt zwischen den Bürgermeistern. Ja, zu Neid und zu Streit, ich finde das ungeheuerlich! Das ist öffentliches Geld, ja, und es funktioniert das System nur, indem man dicht hält, indem niemand Informationen bekommt, denn sonst brechen Neid und Streit aus. Was ist das für ein

Denkmodell? Was ist das für eine Vorstellung von Gemeinderäten, von Bürgermeister? Und was ist das für eine Vorstellung von Umgang mit öffentlichem Geld? Wer profitiert von einem solchen System? Das liegt ganz eindeutig auf der Hand. Die Person, die in der Mitte steht und die es vorzieht und verlangt, mit allen einseitig zu kommunizieren und die es vorzieht und verlangt – und Sie alle unterstützen das –, dass über diese Dinge nicht kommuniziert werden darf. Dass der Landtag das unterstützt, das verstehe ich am allerwenigsten an der ganzen Sache. Dass Regierende, und in dem Fall sind es die Landeshauptfrau und der Erste Landeshauptfraustellvertreter, das so haben wollen, ist ein vielleicht plausibler Wunsch von Regierenden, nämlich in einer fürstlichen Vorstellung von sich selbst Geld zu geben oder auch nicht nach Kriterien, die wir alle in Wirklichkeit nicht kennen. Denn das, was hier im Haus als Kriterien für Bedarfszuweisungen bezeichnet wird, das sind bestenfalls Kalkulationsgrundlagen und sonst nichts. Wer profitiert ist ganz klar, aber ist der Landtag dazu da, meine Damen und Herren, die Wünsche der Regierenden zu unterstützen, ihnen willfährig entgegenzukommen und dabei die eigene Funktion vollkommen außer Acht zu lassen, die da lautet, Kontrolle der Regierenden? Ist das Ihre Vorstellung von Ihrer Funktion hier herinnen? Also meine sicher nicht. Wir beschneiden uns oder Sie beschneiden uns in unserer Arbeit hier herinnen. Ich habe im Ausschuss gesagt, es muss möglich sein, dass es eine Liste gibt. Und diese Liste gibt es ja im Haus, nur wird sie nicht offengelegt, wir bekommen sie nicht. Eine Liste, auf der steht, welche Gemeinde wie viel Geld für welches Projekt bekommen hat in einem Jahr. Das ist nicht schwer, die ist existent, sie wird nur nicht weitergegeben. Wissen Sie, was mir gesagt wurde im Ausschuss? Na ja, wenn die Daten eh in den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden enthalten sind, dann rufen Sie doch in den Gemeinden an, da können Sie das dann eh erfragen. Das ist die Antwort, die ich bekommen habe. Ich möge doch über 500 Gemeinden anrufen, wenn ich es genauer wissen will. Und ich habe hier so wie die anderen 55 Abgeordneten dieses Hauses den Auftrag, die Regierung zu kontrollieren auch in dieser Sache. Und dieser Landtag, der selbst den Kontrollauftrag hat, macht solche Vorschläge. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Es wird in dieser Argumentation oder in der Argumentation, warum das nicht geht, immer über die Vertraulichkeit gesprochen und es ist aber auf der anderen Seite durch mehrere Gutachten eindeutig belegt, dass Vertraulichkeit kein Thema in diesem Zusammenhang ist. Es ist eindeutig festgehalten, und zwar vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, dass Gebietskörperschaften im Rahmen der Besorgung öffentlicher, also hoheitlicher Aufgaben kein Grundrecht auf Datenschutz zukommt. Es ist in diesem Gutachten ebenso festgehalten, dass es keine personenbezogenen Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes sind, also Bedarfszuweisungen sind keine personenbezogenen Daten, dass sie sich nicht auf einen bestimmten oder bestimmbar Betroffenen beziehen. Ich erinnere Sie daran. Der Förderkatalog, über den wir heute schon gesprochen haben, führt einzelne Privatpersonen mit ihrem Namen und der Höhe der Förderung an. Da ist niemand so zimperlich, ganz erstaunlich. Nur bei Gemeinden geht das offensichtlich nicht.

Und zum Dritten führt das Gutachten an, dass allgemein zugängliche Daten somit nicht vom Grundrecht auf Geheimhaltung erfasst sein können auf Grund der Offenlegungspflicht der einzelnen Gemeinden. Ich denke, es ist nicht nur auf der Basis dieses Gutachtens immerhin des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, sondern auch auf Grund anderer vorliegender Gutachten, die alle zum selben Ergebnis kommen, eindeutig, dass es nicht um eine Datenschutzverletzung geht, wenn die Bedarfszuweisungen offengelegt werden. Das heißt, meine Damen und Herren, ich nehme Ihnen das nicht ab, dass das Ihre Motivation ist, sondern Sie wollen Ihre eigenen Leute unterstützen, die in der Regierung sitzen.

Deswegen werde ich hier auch unverdrossen wieder einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den rechtsstaatlichen Grundsatz anzuerkennen, dass öffentlich zugängliche Daten nicht geheim gehalten werden dürfen, zweitens die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung vom 27. September 1999, betreffend Bedarfszuweisung an Gemeinden und Datenschutz endlich anzuerkennen sowie drittens dem Landtag einmal pro Jahr über die Vergabe von Bedarfszuweisungen, aufgeschlüsselt nach Gemeinden und Projekten, Bericht zu erstatten. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 14.20 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu dem Teil der Wortmeldung von Frau Klubobmann Lechner-Sonnek, betreffs der Geschäftsordnung, hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hamedl** (14.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In meiner Wortmeldung habe ich mich auf den Abgeordneten Öllinger bezogen, und nicht auf alle anderen Grünen. Ich danke! (Abg. Hagenauer: „Gibt es da ein Urteil?“)

Es gibt kein Urteil. Das Urteil wird noch gesprochen.

(Abg. Mag. Zitz: „Dann kann man das nicht behaupten!“ – Abg. Hagenauer: „Wie kann man so etwas behaupten? Das weiß ja jeder Volksschüler!“)

Sie haben das vermutlich auch den Medien entnommen. (Abg. Hagenauer: „Ja und? Lesen Sie die Gedichte der ‚Kronenzeitung‘ oder sind Sie Landtagsabgeordneter?“)

Ich bin so wie Sie Landtagsabgeordneter, ich lese auch alle Zeitungen und beziehe mich noch einmal auf den Abgeordneten Öllinger. Danke! (Abg. Hagenauer: „Sie beziehen sich auf die ‚Kronenzeitung‘!“ – 14.20 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren!

Ich komme nunmehr zur Abstimmung des Tagesordnungspunktes 16.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Bei den Tagesordnungspunkten 17 bis 26 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zehn Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 612/1, der Abgeordneten Straßberger, Böhmer, Kollegger und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Einbau von Schutzrampen bei gefährlichen Wasserdurchlässen im Nahbereich von Bundes- und Landesstraßen.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (14.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Herren Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die soeben erwähnte Vorlage. Bei der Erkennung und Analyse der Gefahrenpunkte an Straßen sind die Stirnmauern bei den Wasserdurchlässen hinsichtlich der Gefahrenmomente an eine wesentliche Stelle zu reihen. Der Verkehrssicherheit wird eine hohe Priorität zugemessen. Die Umsetzung erfolgt durch die Straßenmeistereien und die einfache und wirtschaftliche Lösung wurde bisher mehr als 2800-mal angewendet. Im Laufe der nächsten Jahre werden weitere neuralgische Punkte entschärft werden. Auch beim Neubau wird diesem Thema hohe Aufmerksamkeit geschenkt. In Zukunft wird bei Neuanlagen eine Entschärfung der gefährlichen Wasserdurchlässe in der Ausschreibung berücksichtigt. Es wird besonders auf die Einbaukosten, die Wartungskosten und die Servicefreundlichkeit der Konstruktion großer Wert gelegt, das heißt, die Freihaltung der Wasserdurchlässe muss ohne große Schwierigkeiten möglich sein. Wenn also das System „ACS“ gleichwertig und vor allem kostengünstiger ist, wird dieses System eingesetzt werden. Ich bitte um Annahme. (14.23 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 820/1, der Abgeordneten Gruber, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner, Kaufmann, Prattes und Dr. Rieder, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in den Bezirken Leoben, Knittelfeld, Judenburg und Murau.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Heinz Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (14.24 Uhr): Mit diesem Stück 820/1 haben die Abgeordneten Margarethe Gruber, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner, Kaufmann, Prattes und Dr. Rieder auf Straßenprojekte hingewiesen, die schon im Dezember 2001 Gegenstand eines dann abgelehnten Antrages waren. Am 12. März wurde dieser Antrag modifiziert neu eingebracht und wurde am 7. Mai 2002 in Beratung genommen. In diesem Antrag geht es, und ich erspare Ihnen, die einzelnen Punkte aufzuzählen, um insgesamt 39 Straßenprojekte in den Bezirken Leoben, Knittelfeld, Judenburg und Murau. Dieser Antrag wurde in der bereits zitierten Ausschusssitzung am 7. Mai 2002 mehrheitlich abgelehnt. Es liegt daher folgender Antrag vor: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag 820/1 möge zur Kenntnis genommen werden. Ich erwähne ordnungshalber, dass es sich hiermit sozusagen um einen negativen Bericht zu dem gestellten Antrag handelt. Im Sinne der Ausschussverhandlung habe ich um die Zustimmung zu diesem Antrag zu ersuchen. (14.25 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 821/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Mag. Erlitz, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in den Bezirken Graz und Graz-Umgebung.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kollegger** (14.26 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 821/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Mag. Erlitz, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in den Bezirken Graz und Graz-Umgebung. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner

Sitzung am 7. Mai 2002 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung am 7. Mai 2002 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 821/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Mag. Erlitz, Gross, Halper, Mag. Lackner und Dr. Reinprecht, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in den Bezirken Graz und Graz-Umgebung, wird zur Kenntnis genommen. (14.27 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 822/1, der Abgeordneten Gruber, Schrittwieser und Kollegger, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Weststeiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Detlef Gruber** (14.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

In dem erwähnten Antrag 822/1 der Abgeordneten Detlef Gruber, Schrittwieser und Kollegger, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Weststeiermark, geht es um insgesamt 29 Projekte. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 7. Mai 2002 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung am 7. Mai 2002 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 822/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Schrittwieser und Kollegger, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Weststeiermark, wird zur Kenntnis genommen. (14.28 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 823/1, der Abgeordneten Böhmer, Schrittwieser und Schleich, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Oststeiermark.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schleich** (14.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zum Antrag der Abgeordneten Böhmer, Schrittwieser und Schleich, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Oststeiermark, darf ich folgenden Antrag einbringen, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Bundeskanzler und beim Verkehrsminister massiv dafür einzusetzen, dass folgende Straßenverkehrsinfrastrukturprojekte für die Region Oststeiermark nicht vernachlässigt, sondern im Rahmen des Generalverkehrsplanes oder durch Eigeninitiative der Landesregierung mit hoher Priorität behandelt und möglichst rasch verwirklicht werden: Es geht dabei um insgesamt 54 Projekte in der Südoststeiermark, die zur Umsetzung kommen sollen beziehungsweise zur fixen Einteilung kommen sollen, wann sie umgesetzt werden. Ich bitte um Annahme. (14.29 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**22. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 824/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte im Bezirk Liezen.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kollegger** (14.30 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Antrag 824/1 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte im Bezirk Liezen.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 7. Mai 2002 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt. Bei der Abstimmung am 7. Mai 2002 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 824/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte im Bezirk Liezen, wird zur Kenntnis genommen. (14.30 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 825/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Mürztal.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Stöhrmann** (14.31 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht zum Antrag, Einl.-Zahl 825/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Mürztal.

Es gibt sehr viele dieser Projekte, zwar nicht in dieser Anzahl wie von den Vorrednern, aber sehr wichtige und für die Bewohner in diesem Raum sehr existenzielle Projekte. Leider Gottes wurde dieser Antrag im Ausschuss bei der Abstimmung am 7. Mai 2002 mehrheitlich abgelehnt. Ich bringe daher den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 825/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Straßeninfrastrukturprojekte in der Region Mürztal, wird zur Kenntnis genommen. (14.31 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**24. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 849/1, betreffend Grundeinlösung für das BV. „Engstelle Dietmannsdorf“ der L 713, Kaiseraustraße.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (14.32 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 849/1 der Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Grundeinlösung des BV. „Engstelle Dietmannsdorf“ der L 713, Kaiseraustraße.

Es soll die Einl.-Zahl. 7 der KG. 67504 Dietmannsdorf der Grundstück-Nr. 12 mit 65 Quadratmeter, der Baufläche Nr. 35 mit 360 Quadratmeter sowie das Wohnhaus Dietmannsdorf Nr. 3 samt Wirtschaftsgebäude und Brennholzschuppen des Liegenschaftseigentümers Bernd Gruber, 8784 Trieben, Dietmannsdorf 3 abgelöst werden.

Es wird der Antrag gestellt:

Der Kostenbeitrag zur Grund- und Objektseinlösung Gruber Bernd, 8784 Trieben, Dietmannsdorf 3 für das BV. „Engstelle Dietmannsdorf“ der L 713 Kaiseraustraße im Betrag von 90.690 Euro wird genehmigt. (14.32 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**25. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 466/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfl und Schleich, betreffend Errichtung einer Lärmschutzwand an der A 9 bei der Gemeinde Sankt Veit am Vogau.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Detlef Gruber** (14.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 466/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfl und Schleich, betreffend Errichtung einer Lärmschutzwand an der A 9 bei der Gemeinde Sankt Veit am Vogau hat der Ausschuss für Infrastruktur in seinen Sitzungen am 9. Oktober 2001 und am 7. Mai 2002 die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 466/1, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes ausgeführt:

Über Antrag der Gemeinde Sankt Veit am Vogau wurde von der Fachabteilung 18B die Ausarbeitung einer lärmtechnischen Untersuchung für die Bereiche „Lindenstraße“ und „Wagendorf“ an das Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Kaufmann und Dipl.-Ing. Kribernegg vergeben. Auf Grund dieser lärmtechnischen Untersuchung kann nunmehr folgende Aussage getroffen werden:

Für den Bereich „Lindenstraße“ konnten keine Überschreitungen der derzeit geltenden Grenzwerte von 60 Dezibel am Tag und 50 Dezibel in der Nacht nachgewiesen werden. Es besteht daher von Seiten der Bundesstraßenverwaltung keine Möglichkeit, zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zu fördern.

Im Bereich „Wagendorf“ wurden sieben Wohnobjekte als schutzwürdig im Sinne der derzeit geltenden Dienstanweisung ausgewiesen. Zum Schutze dieser Wohnobjekte wurde eine zirka 490 Meter lange Lärmschutzmaßnahme in einer Höhe von zweieinhalb bis drei Meter projektiert. Die geschätzten Gesamtbaukosten betragen zirka 325.000 Euro. Das gegenständliche Lärmschutzprojekt wird nunmehr von der Fachabteilung 18B an die ASFINAG zur Genehmigung weitergeleitet.

Die Genehmigung vorausgesetzt, findet dieses Projekt in weiterer Folge Aufnahme in einem mittelfristigen Bauprogramm.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 466/1, der Abgeordneten Detlef Gruber, Kröpfl und Schleich, betreffend Errichtung einer Lärmschutzwand an der A 9 bei der Gemeinde Sankt Veit am Vogau, wird zur Kenntnis genommen. (14.36 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen damit zum letzten Punkt dieser zehn Tagesordnungspunkte, die gemeinsam zu beraten sind, zum Tagesordnungspunkt

**26. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 475/1, der Abgeordneten Majcen, Dr. Lopatka, Beutl, Riebenbauer und Ing. Ober, betreffend Ausbau der Verkehrsverbindung Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz.**

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Wöhry** (14.36 Uhr): Zum Antrag, Einl.-Zahl 475/1, liegt ein schriftlicher Bericht vor. In diesem Bericht wird aufgeführt:

Der Verkehrsverbindung von der A 2 Südautobahn in den burgenländischen beziehungsweise ungarischen Raum kommt auf Grund vorhandener Verkehrsuntersuchungen eine hohe Verkehrsbedeutung zu. Diese Bedeutung wird auch durch die Aufwertung der B 319, Fürstenfelder Straße, zur S 7, Fürstenfelder Schnellstraße im Zusammenhang mit der Verlängerung der Bundesstraßen unterstrichen.

Die Bundesstraßenverwaltung hat bisher für einen schrittweisen Ausbau dieses Straßenzuges aufbauend auf einer Korridoruntersuchung die Planungen durchgeführt und liegen für den Abschnitt „Umfahrung Großwilfersdorf“ sowie für die Anbindung an die A 2 zirka 3 Kilometer nördlich der bestehenden Anschlussstelle Ilz noch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten genehmigte Detailprojekte vor. Überdies ist im Abschnitt „Umfahrung Großwilfersdorf“ seitens der Naturschutzbehörde die Frage des Vorhandenseins eines faktischen Natura-2000-Gebietes noch nicht endgültig geklärt und hängt davon die Durchführung eines Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens für die geplante Trassenführung ab.

Der anschließende Abschnitt „Umfahrung Altenmarkt“ ist seit Jahren verkehrswirksam. Für den Bereich „Fürstenfeld–Rudersdorf“ wird zurzeit eine integrierte Projektplanung durchgeführt, wobei die Problemkreise ökologische Aufwertung dieses Raumes, wasserbauliche Schutzmaßnahmen, Zusammenlegung der Landwirtschaftsflächen und letztlich das Problem einer Trassenführung für die Umfahrung Rudersdorf einvernehmlich mit den Dienststellen des Naturschutzes, des Wasserbaues, der Land- und Forstwirtschaft und Straßenverwaltung einer Lösung zugeführt werden soll.

Die S 7, Fürstenfelder Schnellstraße fällt nach dem novellierten Bundesstraßengesetz in die zu bemautehenden Straßen und somit in den Kompetenzbereich der ASFINAG. Die weitere Vorgangsweise ist bezüglich Planung und Bau mit dieser Gesellschaft noch abzuklären und festzulegen. Ich bitte um Annahme. (14.38 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichtersteller. Wir kommen nun zu den Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser** (14.39 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe Verständnis, wenn die FPÖ sagt, leise und nicht zu laut und nicht zu viel zu diesem Tagesordnungspunkt an Worten zu verlieren, weil was bei diesen Anträgen im Ausschuss passiert ist, habe ich in meiner Tätigkeit von fast eineinhalb Jahrzehnten in diesem Haus noch nicht erlebt. Nicht nur, meine Damen und Herren, dass ich in Erinnerung rufe, wir haben nicht erklärt bei den Verkehrsprojekten, dass wir das, was hier alles in den Anträgen steht, in einem Jahr, in zwei oder in fünf oder in zehn Jahren umgesetzt haben wollen, sondern wir haben uns die Mühe gemacht, dass wir die Wünsche, die die Bürgermeister, Abgeordneten, aber vor allem die Bevölkerung an gewählte Mandatäre herangetragen haben, für alle Regionen der Steiermark zusammenzufassen und Anträge einzubringen und dem Verkehrsreferenten die Möglichkeit zu geben, dem Hohen Haus und dem Landtag zu berichten, welche Prioritäten hat er in der Verkehrspolitik, wie schauen seine Prioritätenlisten aus und wie wird er künftig auch mit kleinen Projekten, die der Bevölkerung in den Gemeinden oft große Sorgen machen, umgehen und wie wird er an die Sache herangehen und er wird uns auch dann mitteilen, welche Zeitpläne und Finanzierungspläne er hier vorgesehen hat.

Im Ausschuss, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ist es zurzeit so, dass der Vorsitzende Kollege Wiedner nicht einmal mehr berichten lässt. Es ist in den Ausschüssen üblich, dass man sagt, es gibt einen Berichterstatter, der kurz über das berichtet, um was es geht. Es ist weiters so, dass sich der Vorsitzende hinsetzt und sagt, dass das, was da drinnen steht, uns eigentlich alles nicht interessiert. (Abg. Lafer: „Das ist falsch!“)

Sinngemäß, zwischen den Zeilen hat er gesagt: „Berichten brauchen wir über nichts!“ (Abg. Lafer: „Ich fasse zusammen!“) Was ist dabei anders, wenn er sagt, ich fasse zusammen und lasse über zehn Tagesordnungspunkte nicht berichten, weil das gibt es ohnehin alles nicht und das interessiert uns nicht. Wir stimmen gleich ab, weil wir das nicht wollen und nicht ernst nehmen. Sinngemäß war es so. Es wurde nicht einmal berichtet, Freunde. Wisst ihr, was mich am meisten dabei ärgert oder aufregt? Ihr habt euch im Ausschuss geäußert, dass das eine Zusammenfassung einer Wunschliste ist und das ist eigentlich alles nicht realisierbar. Ihr habt alles, was gut und teuer ist, zusammengeschrieben und zusammengefasst. Mit einem unterscheiden wir uns aber: Wir nehmen uns auch der kleinen Dingen an, wo keine Kamera dabei ist, wo kein Fotoapparat dabei ist, wo uns Gemeindeglieder und Bürgermeister sagen, das wollen wir haben. Wir haben künftig ein Problem damit. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt geht ihr in den Landtag und sagt dem regierenden Landesrat, jawohl, wie denkt er, an diese Sachen heranzugehen? Lieber Kollege Schögggl, ich weiß schon, dass du dir heute die Zeit genommen hast, die neuen Abfangjäger anzusehen, was eigentlich nur für dich wichtig und für die Steirerinnen und Steirer nicht wichtig ist. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Der Kollege Tichtl von euch war dort!“)

Du hast bei der Landtagssitzung bei wichtigen Punkten gefehlt – das ist aber deine Sache. Der Herr Verteidigungsminister wird dich wahrscheinlich vergattert haben, Kollege Schögggl, und wird gesagt haben, dass du anwesend sein musst. Was mich stört ist, dass du dir nicht die Mühe nimmst, eine Stellungnahme zu diesen Anträgen abzugeben. Du hast sie verweigert. Ablehnen sagte der Vorsitzende, das nehmen wir nicht ernst. Was mich dabei wundert und ärgert ist, weil allein hätte das die FPÖ machen können, dass ihr euch von der ÖVP in Geiselhaft nehmen habt lassen. Ich habe einigen Abgeordneten in das Gesicht geschaut, als gegen diesen Antrag gestimmt wurde. Ich merkte, wie ihnen das Herz geblutet hat. Das hat eben der FPÖ-Verkehrsreferent verlangt und ihr habt gegen unsere Anträge stimmen müssen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ich bin seit 10 Uhr im Haus!“)

Ich sage euch Folgendes, vor allem dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl: Das ist Dialogsverweigerung mit der Bevölkerung. So kann ich mit Anträgen, die von Menschen herangezogen und von gewählten Abgeordneten eingebracht werden, nicht umgehen. Das ist – wie ich schon gesagt habe – eine Dialogverweigerung. Ich hoffe, denn wir werden diese Anträge wieder ins Haus bringen, dass das ein zweites Mal nicht passiert. Ihr werdet ja wohl nicht glauben, dass wir aufgeben und nicht wieder diese interessanten Anträge einbringen. Ich hoffe, dass es dann zu dieser Arbeits- oder Dialogverweigerung nicht kommt, meine Damen und Herren, denn das ist dieses Hauses nicht würdig. Ich möchte das hier eindeutig feststellen. Ich darf noch etwas dazu sagen: Wenn schon der Generalverkehrsplan vom zuständigen Regierungsmitglied für Verkehr als gut geheißen wird, der für die Steiermark eine Katastrophe ist und wenn du, Kollege Schögggl, nach Wien fährst und sagst, du wirst jetzt nicht nach Wien fahren und dort als der große Förderer für die Steiermark sein, dann sind das schon gravierende Vorgangsweisen, wo ich sagen muss, ein zuständiges Landesregierungsmitglied, welches nicht nach Wien fährt und sagt, für die Steiermark ist mir das Beste gerade gut genug, der sitzt am falschen Platz, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Warum sind wir denn so weit hinten? Alles, was von der Steiermark, ob das beim Generalverkehrsplan war, ob das beim Semmeringbasistunnel war, verlangt wird, wird abgelehnt. Man fährt wieder nach Hause, ob es die Frau Landeshauptmann ist, ob es Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl ist und es wird gesagt, es war nichts. Freunde, das kann ja nicht Sinn und Zweck unserer Politik sein. Wir haben schon so oft gesagt, wir helfen euch dabei. Wir müssen nur ernsthaft an die Sache herangehen. Wenn ich mir anschau, welche Projekte Herr Landeshauptmann Pröll heimfährt, die Donauachse ist bis 2006 finanziert und wird gebaut, dann bin ich schon etwas neidig. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist nur wegen dem Häupl!“) Wir fangen mit dem Semmeringtunnel, der für uns eine lebenswichtige Achse ist, frühestens 2011 an. Freunde, das ist ja eine Bankrotterklärung der Verkehrspolitik dieser Bundesregierung und auch dem Land gegenüber, wenn ich sage, ich bin damit einverstanden. Daher bitte ich, in der Verkehrspolitik kämpferischer zu werden. Versuchen wir, mehr für uns herauszuholen, weil wir einen gewissen Nachholbedarf haben. (Abg. Lafer: „Warum habt ihr das in den letzten zehn Jahren nicht gemacht?“)

Das war ja schon die letzten 15 Jahre so, dass entweder blau oder schwarz den Semmeringtunnel verhindern. Das Veto in der Bundesregierung kommt ja nicht von einem SPÖ-Minister. Das kam von einem Schüssel und ist jetzt von einem Strasser gekommen. (Abg. Lafer: „Einem!“) Der Einem hat sich immer für den Semmeringtunnel eingesetzt. Ich bitte Sie, das nachzulesen. Es gibt kein rotes Bundesregierungsmitglied, das jemals gegen den Semmeringtunnel und gegen den Ausbau der Südbahn aufgetreten ist. Hören Sie doch endlich auf, den Ball zwischen einem roten und einem schwarzen Minister hin und her zu schieben. Freunde, das ist ja auch der Grund, weil ihr einfach dieses Andienen in der Bundesregierung so gelernt habt. Das ist ja der Grund, warum wir nicht weiterkommen. Wie oft haben wir uns hingestellt und gesagt, lieber Freund Einem oder lieber Freund Klima, das ist das Interesse der Steiermark. Dabei können wir dir nicht folgen. Wir verlangen, dass das revidiert wird. Ich hätte in den zweieinhalb Jahren einmal gerne gehört, dass ihr irgendwann in Wien gesagt hättet, Freunde, da machen wir nicht mehr mit. Haider und Pröll haben es gemacht. Diese sind mit den Milliarden nach Hause gefahren und wir waren mit Absagen und freundlichen Worten zufrieden. Ich werde nicht müde werden, euch Mut zuzusprechen, um dieser Bundesregierung einmal zu sagen, dass es in diesem Land nicht nur in der Verkehrspolitik noch viele Projekte gibt, die der Unterstützung des Bundes bedürfen. Steht endlich auf, wir helfen euch wirklich dabei. Ich würde bitten, dass ihr euch das zu Herzen nehmt. Wenn die nächsten Anträge über Verkehrsprojekte in der Steiermark kommen, lieber Herr Landeshauptmann, ich nehme an, dass du den gleichen Fehler nicht mehr begehen wirst, dann erwarten wir uns zumindest, dass du dem Hohen Landtag und somit der Öffentlichkeit mitteilst, wo die Prioritäten in der Steiermark in der Verkehrspolitik sind. Für dieses Hohe Haus sind sie nicht sichtbar, weil du sie verweigert hast. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.49 Uhr.)

**Präsident Purr:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen (14.49 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich es nicht anders wüsste, würde ich es glauben, Siegi. Aber ich weiß es anders. Ich kenne inzwischen leider das System. Das spielt sich nicht nur auf dem Sektor des Straßenbaus ab, sondern es spielt sich auf allen anderen Sektoren ab. Ich nenne zum Beispiel den Wohnbau. Zuerst wird ein Antrag gestellt, der inhaltlich durchaus zu begrüßen ist, aber er wird in der Antragsbegründung so formuliert, dass es jedem, der nicht dieser Partei angehört, von vornherein unmöglich ist, diesem Antrag zuzustimmen, weil er dann damit automatisch der Antragsbegründung zustimmt, damit dann nachher in einer Presseaussendung, in einer Pressekonferenz oder in den Medien gesagt werden kann, die bösen anderen sind gegen das Gute, was wir wollen. (Abg. Stöhrmann: „Das ist eine Unterstellung!“)

Du musst es sagen, weil es bleibt dir nichts anderes übrig. Ich könnte dir das nachweisen. Ich habe das das letzte Mal im Wohnbauförderungsbeirat beziehungsweise in dieser Enquete erlebt. Da waren die Pressemeldungen, dass wir ablehnen, schon fertig, bevor wir abgelehnt haben.

Da waren die Texte schon draußen, damit ja wir gezwungen worden sind, nein zu sagen. Und ich sage es ganz offen, wir sind für alle Straßen in der Steiermark. Wir sind dafür, dass überall alles gebaut wird. Wir sehen nur im Antrag 177 Verkehrsinfrastrukturprojekte. Alles, was gut und teuer ist, auf den Tisch zu legen in der Höhe von 20 Milliarden Schilling, das ist das halbe Landesbudget, auch wenn es vielleicht auf zwei, drei, vier, fünf Jahre aufgeteilt ist. Weißt, was seriös ist? Zu sagen, das ist sehr wichtig, das ist wichtig, das ist weniger wichtig. Aber zu sagen, da gibt es alle Straßen. Weißt du, was noch schlimm ist, weil du sagst, du redest mit den kleinen Leuten und du vertrittst die Interessen, weißt du, was schlimm ist? Dass in dieser Aufzählung Straßen dabei sind, die schon fertig sind. Du hast zu spät mit den Menschen gesprochen oder zu früh. Wahrscheinlich hast du vieles schon von der vorigen Periode mit hergebracht, was auf dieser Liste steht. Da sind Straßen dabei, deren Ausbau verlangt wird, die schon fertig sind. Und das ist nicht in Ordnung, weil man kann schließlich und endlich vom Landtag verlangen, dass er sich mit aktuellen Dingen beschäftigt und nicht mit Dingen, die vaorberi und so nicht in Ordnung sind. Die Antragsbegründung alleine (Abg. Schrittwieser: „Kollege Majcen, einen Satz. Theoretisch kann man das auch von der Regierung verlangen, dass sie einem sagt, dass es fertig ist!“) hat uns letztendlich eine Zustimmung unmöglich gemacht. Das kann nicht sein, vorher zu sagen, es ist alles, was die Bundesregierung und die FPÖ-ÖVP-Koalition tut, furchtbar und grausam, eine Schweinerei, verdammenswert und nachher zu sagen, aber jetzt wollen wir gemeinsam. Das kann es nicht sein. (Abg. Gross: „Die Zuweisung der Landesregierung habt ihr abgeblockt. Rigoros gesagt nein, ohne darüber zu diskutieren!“)

Ich sage jetzt etwas dazu. Barbara, ich sage jetzt etwas dazu. (Abg. Stöhrmann: „Das ist die Drüberfahrepolitik!“)

Ich muss ja wirklich lachen, weil du immer noch das so ernst sagen kannst. Der Gennaro kann das sehr gut! Ich habe schon ein paar Mal gesagt, der Gennaro hat da einen Knopf, einen so genannten Erregungsknopf, da drückt er drauf und von einer Sekunde zur anderen kann er sich so aufregen, dass du denkst, es trifft ihn der Schlag, und zwei Sekunden später ist es wieder vorbei. Der langen Rede kurzer Sinn, die Sache ist zu durchsichtig und sie ist unglaubwürdig und deswegen kann man diesen Dingen nicht zustimmen, obwohl wir eine Reihe von Punkten haben, denen wir inhaltlich im Einzelnen, nach Prioritäten gereiht, gerne zustimmen würden. Und obwohl ich als Kritik jetzt dazusage, dass mir auch manches nicht gefällt, was in der Schludrigkeit der Stellungnahmen daherkommt. Das hat sich bitte weder der Landtag noch die Bevölkerung verdient, dass in offiziellen Stellungnahmen der Landesregierung manchmal Dinge drinnen stehen, wo ich mir auch denke, bitte, so braucht ihr mich oder einen anderen Kollegen oder eine Kollegin auch nicht für blöd anschauen. (Abg. Gross: „Aber die SPÖ-Abgeordneten kann man so behandeln!“)

Aber die SPÖ fasst alle 177, die irgendwie in den Sinn kommen, zusammen. Einen hätte ich noch gehabt, einen Waldweg hätte ich noch gehabt, vom Campingplatz zum Absturz, den hättest noch dazunehmen können.

Der langen Rede kurzer Sinn, meine sehr geehrten Damen und Herren, so nicht und so wird es auch niemand glauben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.54 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort. Nächste Wortmeldung dann Wiedner.

Herr Abgeordneter, bitte.

**Abg. Schleich** (14.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Majcen hat hier gesagt, 177 Projekte sind gut, aber sie können nicht zustimmen, weil der Text so formuliert ist, dass man nicht mitgehen kann. Ich glaube, man müsste draufschreiben, dass das der Wunsch der ÖVP und FPÖ ist, auch wenn es die SPÖ einbringt. Das ist schon ein bisschen verwunderlich. Ich kann mich so ein bisschen an die Geschichte zurückerinnern, wie Joachim Ressel das Ressort übergehabt hat. Viele Vergleiche täte es geben, muss ich sagen. Wir haben nichts von euch abgeschrieben, aber ihr habt es nicht anders gemacht. Und ich kann mich noch weiter zurückerinnern, da war ich noch gar nicht im Landtag. Da hat es damals den Abgeordneten Harmtodt gegeben, der in Feldbach gesagt hat, nachdem er von Wien gewusst hat, dass fix die Auffahrt Feldbach-Umfahrung gebaut wird, wenn sie nicht gebaut wird, dann zahlt er sie selber. Ich glaube, über das Blabla und diese Aussagen soll man sich nicht äußern. Wenn man will, muss man auch den Mut haben und sagen, wir stehen zu dem Projekt und wir stehen auch dazu, dass die Reihenfolge bekannt gegeben wird. So habe ich halt ein bisschen das Gefühl, man will keine Reihung haben, man will draußen nicht dazu stehen, in welcher Reihenfolge wird was gebaut, was nicht aufscheint. (Abg. Majcen: „Franz!“) Franz, ich kenne dich ja sehr lange. Das glaube ich dir, wenn ich auch deine Presseaussendung verfolgt habe, ist natürlich der Antrag, der von dir eingebracht wurde, die Verkehrsverbindung Ilz-Großwilfersdorf-Heiligenkreuz, ich glaube, die Wichtigkeit ist uns allen bekannt, daran zweifelt niemand und natürlich auch Zustimmung von allen Seiten, wenn man dann aber die Stellungnahme liest und da hast du sicher Recht, dann hat man nicht das Gefühl und das geht natürlich an die Adresse der FPÖ und der Abgeordnete Wiedner wird ja dann auch hier Stellung nehmen, dann hat man nicht das Gefühl, dass man das mit Ernst angeht. Denn ich glaube, wenn man darin liest, dass einmal die Zuständigkeit woanders ist, die Lösung bei der ASFINAG ist oder auf der anderen Seite die Zuständigkeit auch nicht da ist, weil man noch nicht weiß, wie es mit der Natura 2000 aussieht. Ich glaube, Lösungen muss man



finden und muss sie in Angriff nehmen. Deshalb kann ich nur sagen zu den vielen Projekten, die wir eingebracht haben, da habe ich leider im Ausschuss keine Zustimmung bekommen und ganz besonders auch zu diesem Projekt, das hier im Bezirk Fürstenfeld ist sowie vorher auch schon die Autobahnaufschließung in Ilz, wo man der Stellungnahme nicht zustimmen kann, weil man hier sieht, hier ist kein Wille vorhanden, wollen wir hier natürlich einen Entschließungsantrag einbringen, weil wir wollen, dass diese Straße gebaut wird genauso wie der Abgeordnete Majcen. Und ich freue mich jetzt schon, dass hoffentlich ihm die Formulierung gefällt, dass er hier zustimmen kann und nicht gegen diesen Antrag in seiner eigenen Region stimmt und das glaube ich nicht, so weit kenne ich ihn, dass er hier schon als örtlicher Abgeordneter des Bezirkes mitstimmen wird.

Der Unselbstständige Entschließungsantrag der Abgeordneten Schleich und Böhmer lautet folgendermaßen:

Zu einem von ÖVP-Abgeordneten eingebrachten Antrag betreffend den Ausbau der Verkehrsverbindung Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz hat die Steiermärkische Landesregierung eine Stellungnahme vorgelegt, die heute dem Steiermärkischen Landtag als Bericht des Ausschusses für Infrastruktur vorliegt. Die Antragsbegründung sowie der Beschlusstext lauten:

„Die österreichische Raumordnungskonferenz hat kürzlich eine Kosten-Nutzen-Analyse für den Ausbau der wichtigsten Verkehrsachsen veröffentlicht. Unter den dringlichsten Verkehrsprojekten im Straßenbau wurde der Ausbau der Verkehrsverbindung Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz genannt, die in der Prioritätenliste der österreichischen Raumordnungskonferenz an dritter Stelle gereiht wurde.

Diese Verkehrsverbindung zwischen dem Raum Südburgenland und der Oststeiermark hat nicht nur im Hinblick auf die Zukunftsregion Süd-Ost sondern auch für die Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere für den Thermentourismus eine große Bedeutung. Für den Ausbau der B 319 Fürstenfelder Straße (ehemals B 65 beziehungsweise B 89) Anschluss Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz bestehen bereits detaillierte Planungen, die endlich zur Umsetzung gelangen müssen. Der Ausbau dieser höchstrangigen Straßenverbindung könnte in Form eines selektiven Ausbaus von der A 2 Südautobahn zur Grenze bis Heiligenkreuz hin realisiert werden. Dabei sollte die Umfahrung Großwilfersdorf, wie es auch in dem Antrag gewünscht wird, als erster Teilschritt in Angriff genommen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend der Studie der österreichischen Raumordnungskonferenz alle Maßnahmen zu ergreifen, damit der Ausbau der Straßenverbindung B 319 Fürstenfelder Straße zwischen Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz möglichst rasch realisiert wird, wobei umgehend als erster Teilschritt die Umfahrung Großwilfersdorf in Angriff genommen werden soll.“

Diese Stellungnahme ist als absolut unzureichend zu bezeichnen, da sie nur eine Bestandsaufnahme durchführt und die derzeitige Situation darstellt. Die abschließende Formulierung, dass die S 7, Fürstenfelder Schnellstraße, jetzt in den Kompetenzbereich der ASFINAG fällt und mit dieser die weitere Vorgangsweise noch abzuklären ist, ist nicht zufrieden stellend.

Sie unterstützt in nur mangelhafter Weise die berechtigten Interessen der Anrainerinnen und Anrainer, die seit langem dringend den Ausbau dieser für die Region so wichtigen Verkehrsverbindung und damit verbunden die Verbesserung der Sicherheit und der Lebensqualität fordern. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird nochmals aufgefordert, raschest wirklich alle Maßnahmen zu ergreifen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um in Verhandlungen mit der ASFINAG und mit der Bundesregierung zu erreichen, dass der Ausbau der S 7 Fürstenfelder Schnellstraße zwischen Ilz–Großwilfersdorf–Heiligenkreuz im Interesse der berechtigten Sorgen der AnrainerInnen raschest in Angriff genommen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.01 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (15.01 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat!

Es ist natürlich alles wichtig, notwendig und es muss alles sofort gemacht und gebaut werden. Wir haben heute nicht das erste Mal das Thema Straßen auf der Tagesordnung. Es verfolgt uns jetzt bereits seit eineinhalb Jahren, seit sich dieser Landtag zur Gesetzgebungsperiode Nr. XIV konstituiert hat. Dazu gab es auch die 21. Sitzung des Steiermärkischen Landtages mit der Dringlichen Anfrage hinsichtlich des Generalverkehrsplanes, wo es ebenso eine umfangreiche Diskussion über Straßenbauprojekte und über alle Bereiche, die die Infrastruktur beinhalten, gegeben hat. Wenn jetzt von euch so scheinheilig, liebe Freunde von der SPÖ, gesagt wird, uns ist schon klar, dass das nicht heute geht, nicht morgen geht und nicht übermorgen geht und auch nicht nächstes Jahr geht, wollen wir von euch ja nur wissen, was geht und was geht wann mit welchen finanziellen Mitteln. Dann, lieber Kollege Siegi Schrittwieser als Speerspitze der SPÖ in diesem Bereich, nimm dir das Protokoll vom 29. Jänner 2002 zur Hand. Solltest du selbst keine Zeit haben, dann denke ich, hast du sicherlich ein paar Mitarbeiter, die das durchlesen und dir darüber berichten. Dort steht nahezu alles drinnen, was wann passiert, auch mit dem finanziellen Rahmen dazu. Ihr hättet euch nur ein bisschen mehr Mühe nehmen brauchen, das Ganze anzusehen und durchzulesen. Ihr hättet euch viel Mühe erspart mit diesen Anträgen, die übrigens mehr als durchsichtig sind. Weil das als ehrliche Anträge zu verkaufen und zu sagen, das ist unser Anliegen und das wollen wir unbedingt haben und ihr bösen Blauen und Schwarzen fahrt drüber, das ist eine sehr durchsichtige Diskussion und ist dir, Siegi, unwürdig. Ich weiß im Endeffekt auch, dass du das nicht ehrlich sagst. Die zweite Geschichte dazu: In all diesen Anträgen sind sehr viele Projekte, die bereits in Umsetzung sind. Das habt ihr bei

diesen Anträgen wahrscheinlich auch übersehen. Die dritte Sache, die ganz entscheidend dabei ist: Wenn ich nur einen dieser Anträge herausnehme, egal welchen ich herausnehme, allein die Umsetzung eines dieser Anträge würde das gesamte Straßenbaubudget für wahrscheinlich zwei Perioden beanspruchen. Wenn du, Siegi, sagst oder Leute deiner Fraktion sagen, dass das, was ihr macht, seriös ist, dann kann ich dem nicht mehr folgen. Dann kann ich dem nicht mehr folgen. (Abg. Gross: „Ich lese gerade eure Anträge für die nächste Sitzung. Hast du daran gedacht was das kostet?“)

Barbara, bist du jetzt fertig? Herr Landeshauptmannstellvertreter sieht ohnedies, wie du kämpfst für das Ganze. Auch du, Kollege Prattes, warst einer derjenigen, die gesagt haben, arbeiten wir die Prioritäten ab. Gehen wir nicht immer her, machen irgendwelche Anträge und stören damit die Prioritätenliste. Ich habe dich dabei unterstützt und habe gesagt, das ist gescheit. Die Prioritätenliste gibt es und es gibt sie nicht nur im Land, sondern es gibt sie auch draußen bei den Baubezirksleitungen. Zu denen habt ihr natürlich genauso Zugang wie wir Zugang haben. Ihr könnt euch das dort genauso herausuchen wie der Stand ist. Das ganz kurz dazu.

Jetzt muss ich etwas sagen, was Kollege Schrittwieser gleich am Anfang mir vorwirft: Ich weiß nicht, warum Kollege Gennaro heute nicht anwesend ist. Das war ein „Drüberfahren“ im Finanz-Ausschuss. Du hast Recht gehabt, weil du wahrscheinlich ihn gemeint hast. Ich kann mich noch ganz gut erinnern an die Zeit, als Landesrat Ing. Ressel für die ganzen Straßengeschichten zuständig war. Was in dieser Zeit an Stellungnahmen gekommen ist, was da für eine „Abschasslungsaktion“ stattgefunden hat, wenn man sich getraut hat, als kleiner Abgeordneter Herrn Landesrat und Landesfinanzreferenten zu fragen, was denn damit gemeint ist, hat man ein Glück gehabt, wenn man nur leicht ramponiert aus dem Rittersaal wieder herausgekommen ist. Im Endeffekt war man jedoch schwer ramponiert. Jetzt zu sagen, wir sind drübergefahren, lieber Siegi, das glaubt dir doch keiner. Es wurde gebeten, diese Punkte zusammenzuführen. Es hat dann die SPÖ auf eine Berichterstattung verzichtet und hat nur die Berichterstatte genannt. Ich habe von meinem Recht als Vorsitzender Gebrauch gemacht und habe den Antrag gestellt – (Abg. Gross: „Da ist nicht einmal halb wahr, was du sagst!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Genierst dich nicht?“)

Ich glaube, ihr könnt euch nicht mehr daran erinnern, was vorige Woche passiert ist. (Präsident: „Am Wort ist Herr Abgeordneter Wiedner. Ich darf Sie ersuchen, auch in Ihren Wortmeldungen sich entsprechend zu mäßigen und Bedacht darauf zu nehmen, dass wir im Hohen Haus einen soliden Ton erwarten!“ – Abg. Tasch: „Herr Präsident, ich habe wegen der ‚Lüge‘ einen Ordnungsruf bekommen!“ – Präsident: „Am Wort ist Herr Abgeordneter Wiedner. Ich bitte Sie, Ihre Wortmeldung fortzusetzen!“)

Ich darf wiederholen: Ich habe mich im Ausschuss nicht hingesetzt und gesagt, dass uns das nicht interessiert, auch das zwischen den Zeilen interessiert mich nicht. Ich habe lediglich den Antrag gestellt, das gemeinsam zu behandeln und habe darauf den Antrag gestellt, das abzulehnen. Das steht mir bitte auch zu. Auf das wurde ausdrücklich verzichtet, weil Siegi Schrittwieser noch gesagt hat, dann wollen wir Bericht erstatten, wenn das so ist. Es war nie der Antrag da, dann darüber Bericht zu erstatten. Von mir aus hätten wir über jeden Punkt lange genug Bericht erstatten können. Es ist auch legitim, einmal den Antrag zu stellen das abzulehnen, und zwar Anträge abzulehnen, die nicht ehrlich gemeint sind und die nicht sachlich sind. Wenn ihr nur hergeht in den Bezirken, alles auflistet, was irgendwann einmal zur Sprache kam und sagt, das wollen wir jetzt rasch umgesetzt haben, dann ist irgendwann einmal der Punkt erreicht, wo man sagt, es ist zu schade, ständig Leute dafür zu beschäftigen, um Stellungnahmen zu machen, wo man im Endeffekt genau weiß, was am Schluss bei der Stellungnahme herauskommt. Eines, lieber Siegi, glaube ich dir auch nicht. Heute wird laut geschrien: undemokratisch, furchtbar, es wird nichts gemacht. Ich möchte mir das Verhalten von euch anschauen, wenn die Stellungnahmen gekommen wären. In den Stellungnahmen steht drinnen: Auf Grund der finanziellen Mittel und der Dringlichkeit geht das erst 2005, 2006. Siegi, ich garantiere dir, dann wärst du und deine Kollegen genauso rausgelaufen zu den Bezirkszeitungen und hättet gewettert, Sauerei, Schweinerei, da wird nichts gemacht, da geht nichts weiter in diesem Lande. Das ist nur eine Zeitverzögerung, die hier passiert, und nichts anderes. Ich vertraue mir das hier zu behaupten und das zu sagen.

Kurz noch zu euren Anträgen. Ich bedanke mich bei den Damen und Herren, die das ausgearbeitet und herausgesucht haben. Antrag, Einl.-Zahl 823/1 – es geht hier um die Süd- und Weststeiermark. Der Ausbau der B 50 Burgenlandstraße ist in Bau. Der Kreisverkehr Pinggau ist fertig. Der Ausbau L 104 Breitenauer Straße ist vergeben. Der Ausbau der L 261 Weinburger Straße ist vergeben. Die Ortsdurchfahrt von Waldschach inklusive der Briefträgerbrücke ist ausgeschrieben und die Ortsdurchfahrt von Dietersdorf L 445 ist vergeben.

Antrag 825: Die Errichtung der Ortsdurchfahrt Halltal ist im Bau.

Antrag, Einl.-Zahl 822: Der Bau des Kreisverkehrs B 70 Packer Straße ist fertig.

Der Ausbau der B 76 Radlpaßstraße, Bereich Schweizer Höhe, ist fertig.

Antrag, Einl.-Zahl 821: Der Ausbau der L 301 Hitzendorfer Straße im Bereich der Gemeinde Attendorf ist im Bau.

Antrag 823/1: Der Bau der Umfahrung Großwilfersdorf der B 319 Fürstenfelder Straße ist ausfinanziert laut GVB.

Also bitte, das sind nur ein paar Beispiele von dem, was ihr beantragt habt, was bereits in Umsetzung ist und was bereits gemacht wird und wurde. Ich glaube, es gibt keinen Politiker, es gibt keinen Landesstraßenreferenten und schon gar nicht unseren Landeshauptmannstellvertreter Schögl, der nicht Straßen und Verkehrswege bauen will und bauen möchte. Nur, vieles ist nicht möglich, das wissen wir, siehe Ennstal und weiß Gott was alles. Es sind die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten und es ist natürlich auch nicht alles möglich, weil mit einem Landesstraßenbudget in dieser Höhe ist nicht alles machbar. Nur der Vergleich, ich habe mir das

angeschaut, der Zuschuss für die Vereinigten Bühnen ist um ein Drittel höher als das gesamte Landesstraßenbudget. Das muss man auch einmal sehen, wie die Dinge richtig liegen. Aber es gibt sicherlich keinen Politiker, der nicht bauen will, der nicht mehr für die Infrastruktur machen will und unser Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl ist einer derjenigen, der dafür kämpft und dafür eintritt und der das auch macht, was machbar und was notwendig ist. Nur bitte, hier 177 Projekte auf den Tisch zu knallen, zu sagen, das ist sachlich und ist fachlich, das glaubt hier in diesem Hause keiner und das glaubt euch draußen auch die Bevölkerung nicht. Mit dem werdet ihr draußen nicht punkten, mit dem könnt ihr draußen nicht landen. Ich würde euch bitten um mehr Sachlichkeit und ich bin immer dafür bereit und bis dato war es immer so, dass die Anträge zur Stellungnahme gegangen sind, das Ganze dann im Landtag behandelt wurde. Über manche Stellungnahmen – da habt ihr Recht – kann man immer wieder diskutieren, das ist richtig. Aber in Zukunft mehr Sachlichkeit und mehr Fachlichkeit und dann bringen wir wieder etwas mehr weiter in der Steiermark. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.13 Uhr.)

**Präsident:** Zu einer Berichtigung hat sich gemeldet der Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser** (15.13 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann!

Ich verstehe die Diskussion jetzt nicht. Ich habe überhaupt nicht kritisiert, ob der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl jetzt bis 2004, 2005 oder 2006 die Dinge macht, sondern ich habe mir erlaubt zu sagen, wie man mit dem Hohen Haus und mit den Wünschen der Bevölkerung umgeht und sonst nichts. (Abg. Bittmann: „Wenn die Straßen schon fertig sind, brauchst du nicht fragen. Besser vorbereiten!“)

Ich sage euch auch, vielleicht liegt es darin, wenn wir bei einem Projekt oder zwei Projekten nicht wissen, dass es fertig ist, liegt es vielleicht daran, dass der Verkehrsreferent nicht informiert und dass der Hohe Landtag nicht weiß, wann ein Projekt ausgeschrieben ist, weil das ja nicht seine Aufgabe ist. Das ist auch nicht, was mich wirklich aufregt. Ich weiß, dass jeder Verkehrsreferent, egal welcher Fraktion er angehört, ein armer Teufel ist, weil er natürlich das Geld, das er benötigt, nie in dem Ausmaß zur Verfügung haben wird, was von der Bevölkerung, von den Regionen abverlangt wird. Das wissen wir, das ist nichts Neues. (Abg. Bittmann: „Worum es geht, lieber Freund, das weißt du schon?“) Die Frage ist nur, lieber Freund, wie gehe ich mit dem um, wenn es auf den Tisch kommt.

Jetzt möchte ich noch etwas sagen, weil der Kollege Majcen gesagt hat, wir hätten sollen diese Liste, einen Antrag einbringen und Prioritäten setzen, ich würde nur um eines bitten und mehr wollen wir nicht: Die Bundesministerin Forstinger, die zwar nicht mehr im Amt ist, hat, begonnen von Einem und auch vorher schon von anderen, einen Generalverkehrsplan als Regierungsmitglied und Verkehrsminister vorgelegt. Und wo er gesagt hat am kleinen Nimmerleins-Tag, damals war es so, dass wir so gesagt haben, dieser Generalverkehrsplan geht in seinen Vorhaben und Finanzierungsplänen bis 2030. Meine Damen und Herren, das sind 30 Jahre ungefähr, wo die Bundesregierung gesagt hat, so stelle ich mir vor, wie wir künftig die Verkehrssituation in Österreich lösen. Und nichts anderes wollten wir vom steirischen Verkehrsreferenten, dass er sagt, wie löse ich das, was da ansteht. Und dass er nicht nachschauen muss, haben wir es aufgeschrieben, was ansteht in den nächsten zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren. Mehr haben wir nicht verlangt. Und es ist wirklich nicht zu viel verlangt, wenn die Bundesregierung das für Österreich tun kann, dass in der Steiermark die Regierung sagt, das sind meine Prioritäten. Vielleicht kann man in nächster Zeit für die Fraktionen, für die Abgeordneten eine solche Unterlage vorbereiten, dann ist alles viel einfacher. Wenn man sie ignoriert, werden wir immer wieder diese Situation haben, dass wir die Dinge einbringen müssen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.16 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (15.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätztes Publikum!

Zur Begründung als erstes: Wissen Sie, was ich glaube, liebe Kolleginnen von der ÖVP und der freiheitlichen Seite beziehungsweise von der Sozialdemokratie? Ich fürchte, Sie haben beide Recht. Sie haben sich einfach nur ihre Vergangenheit jetzt vorgehalten. Sie haben Recht, wenn Sie hier unisono feststellen, dass das, was jetzt passiert, das ist, dass die Sozialdemokratie die ÖVP und die Freiheitlichen einfach mit ihren eigenen Waffen schlägt. Sie haben Recht von der ÖVP und von der Freiheitlichen Partei, wenn Sie sagen, diese Methode ist nicht ganz astrein und nicht ganz seriös. Ich kann Ihnen nur zustimmen. Die Sozialdemokratie hat auch nichts anderes behauptet als sie eben die bewährte Praxis in diesem schönen Lande fortsetzt. Das einmal zur Vorgangsweise.

Was sich jetzt inzwischen geändert hat, ist erstens das, dass wir geänderte Rahmenbedingungen haben auf Grund von äußeren Einflüssen, wie etwa Maastricht-Kriterium, aber auch auf Grund von eigenen Entscheidungen, die damit wohl zusammenhängen, Stichwort Verlängerung der Bundesstraßen und es haben sich natürlich auch die Machtverhältnisse hier im Lande verschoben, um das so vornehm auszudrücken. Das hat sich geändert. Und jetzt sind einfach die Rollen anders verteilt. Aber klug wäre es sich zu überlegen, langfristig und hier sich hinzustellen und zu sagen, das haben wir falsch gemacht und das sich auch einzugestehen und zu sagen, gut, in der Vergangenheit waren wir halt die vergammelten Straßensänger und in der Vergangenheit haben wir nichts anderes gemacht als wie nur Straßen gefordert, weil da war dann eh die Bundesregierung der krumme Hund. Die haben wir ruhig im Zweifelsfall dann im Regen stehen lassen können, aber wir waren fesch heraußen und haben

gefordert, was nur irgendwie gegangen ist. Das wäre die eine Seite. Die andere Seite, die Sozialdemokratie wäre aus unserer Sicht auch nicht schlecht beraten in der Tat, wenn sie gesagt hätte, okay, wie hoch ist das Budget für den Straßenbau? Das ist die eine Seite. Wir verlangen die und die Höhe und wir sagen, das Geld kommt von da und da, erstens. Und zweitens mit diesem Budget wollen wir dann das und das gebaut haben. Das wäre die logische Vorgangsweise. Das ist jedenfalls der Grund, dass wir unter dem Strich diese, wenn auch aus entgegengesetzten Motiven, jetzt diese Ausschussanträge alle annehmen werden, weil sie alle negativ sind. In der Tat ist es so, dass es sich hier um das größte Straßenbauprogramm in der Geschichte der Steiermark handelt. Das ist schon Grund genug, dass wir dem nicht zustimmen können. Auch wenn es sich im Einzelnen, keine Frage, um Projekte handelt, die da hier angeführt sind, denen wir natürlich seit eh und je positiv gegenüberstehen. Das ist auch keine Frage. Sind zum Beispiel Radwege dabei, ja. Keine Frage, dass man hier mehr tun müsste, weil das einfach aus unserer Sicht sinnvoll ist. Letztlich auch sinnvoll für die langfristige Budgetentwicklung im Lande. Nicht nur wegen irgendwelcher grünen Spezialwünsche. Es sind da drinnen die Umfahrungen, die auch aus unserer Sicht differenziert zu sehen wären. Weil was in diesem schönen Land alles als Umfahrung sich betitelt, das wissen wir ja, zum Beispiel die auch hier zur Diskussion stehende berühmte Umfahrung Großwilfersdorf. Die Umfahrung Großwilfersdorf ist in Wirklichkeit eine vierspurige Schnellstraße von Ilz an die ungarische Grenze.

Dort heißt es dann: „Jo napot kivanok“ – Guten Tag, wie die Ungarn sagen – Fortsetzung folgt. (Abg. Wiedner: „Buchstabieren für das Protokoll!“)

Das mache ich dann gerne für das Protokoll: „Jo napot!“ Die Ungarn setzen diese vierspurige Schnellstraße nicht fort. Von wegen Einsparung – Herr Finanzlandesrat weilt leider nicht mehr in unserer Mitte. Ihn hätte das auch interessiert, weil es das Sparen ganz allgemein betrifft. Diese vierspurige Straße wird nicht fortgesetzt. Die Ungarn haben auch nicht unbeschränkte Geldmittel und haben sich anders entschieden und bauen die Plattenseeautobahn von Budapest nach Maribor, die wir kennen und die auch schon in Bau ist. Sie würden aber die Eisenbahn heranbauen bis auf 30 Kilometer an die Steiermark. Das wollen sie machen und dafür gibt es auch EU-Geld. Was machen die Steirer? Sie machen in altbewährter Tradition ihren Straßenbau weiter und setzen auf das falsche Pferd. (Abg. Wiedner: „Das ist nicht wahr!“) Freilich ist das wahr. Das steht doch heute auf der Tagesordnung drauf. Man sollte die Eisenbahn von Graz in Richtung Budapest ausbauen. Dieses Vorhaben ist in dem zitierten Generalverkehrsplan unter ferner liefen beziehungsweise kommt überhaupt nicht vor.

Die bestehende Ostbahn müsste man wenigstens forcieren – ich rede jetzt gar nicht von der Elektrifizierung Graz–Gleisdorf–Heiligenkreuz beziehungsweise Sankt Gotthard, denn Heiligenkreuz ist der Straßenübergang, Graz–Gleisdorf–Sankt Gotthard–Körmend–Szomathely–Budapest. In Körmend ist bereits der Anschluss zu der in Bau befindlichen Hochleistungsbahn Korridor 5 gegeben. Das sind 30 Kilometer von unserer Staatsgrenze hinein nach Ungarn – ein Nichts, ein gar Nichts. Wenden Sie sich vertrauensvoll an Ihre Sitznachbarin, die Frau Abgeordnete Beutl, die vom Bezirk Feldbach kommt. Der Bezirk Feldbach ist auch die Oststeiermark. Das ist nicht nur der Bezirk Fürstenfeld, Herr Kollege. (Abg. Ober: „Es gibt einen zweiten Vertreter des Bezirks!“)

Herr Kollege Ober reklamiert mit Recht, dass es einen zweiten Vertreter des Bezirkes gibt. Er wird mir Recht geben. Niemand redet von den paar wenigen Euro, die man nur in die Hand nehmen müsste, um hier wenigstens abschnittsweise ein zweites Gleis dazuzulegen. Die ÖBB hat sogar schon die Grundstücke gekauft – damit Sie sich ein Bild machen können über die Qualität der Politik in diesem Lande und vor allem über die Art und Weise, wie man mit dem Geld umgeht. Man gefährdet den Standort und man verschleudert das Geld gleichzeitig.

Noch ein Stichwort zum Thema Umfahrung: Ich habe mir den Antrag angeschaut. Ich habe andere berühmte Umfahrungen, nämlich jene im Ennstal, nicht gefunden – ich stelle das nur zustimmend fest. Die Ennstalschnellstraße ist in diesen Anträgen nicht drinnen. Eine dritte Umfahrung möchte ich hier an der Stelle erwähnen, nämlich die Umfahrung Hartberg, weil sie auch ganz symptomatisch ist für die Situation: In Hartberg passiert einerseits etwas, womit wir jetzt laufend konfrontiert sind. Man zerstückelt einfach diesen Abschnitt inzwischen schon in drei Abschnitte, um damit die Umweltverträglichkeitsprüfung zu umgehen und macht damit den Umweltschutz von vornherein schon einmal lächerlich und schiebt ihn auf die Seite. Man wird sehen, ob man trotzdem mit diesem Projekt durchkommt, weil es ein bestehendes NATURA-2000-Gebiet dort gibt samt Verschlechterungsgebot – das ist das Erste. Ein Zweites und an der Umfahrung Hartberg ganz typisch. Wir bauen dort die Umfahrung der Umfahrung einmal mehr in diesem Lande. Hartberg hatte schon eine Umfahrung, ist eine von dutzenden im Land, die zugepflastert worden sind mit diversen Einkaufsmärkten. Gleichzeitig hat man die Stadtzentren ordentlich lahmgelegt und ausgehöhlt. Jetzt jammert man über das Verkehrsaufkommen und glaubt, das mit einer Umfahrung lösen zu können, anstatt man sich einmal fragt, was ist denn hier an Raumordnungspolitik alles schief gelaufen.

Noch ein Wort zum Umweltschutz und damit komme ich wieder zurück zur so genannten Umfahrung Großwilfersdorf. Hier haben wir, auch wenn es um das Sparen geht, in Altenmarkt gerade eine gebaut, nämlich im Süden von Altenmarkt. Man fährt aber nicht an Großwilfersdorf im Süden vorbei, obwohl das sehr viel billiger wäre, nein, man macht oben eine komplett neue vierspurige Trasse und umfährt Großwilfersdorf und Altenmarkt höchstwahrscheinlich auf diese Art und Weise. Wieso, weil die Schickeria von Großwilfersdorf ihre Grundstücke nach Süden hat, was ihnen gerne vergönnt sei. Ich habe aber dann kein Verständnis mehr, wenn der Steuerzahler eine vierspurige Schnellstraße auf diese Art und Weise finanzieren soll und im Vorbeigehen dann Herr Landeshauptfraustellvertreter noch hergeht und den Umweltanwalt gleich wieder schassen will mit unrichtigen und falschen Behauptungen, indem er sagt, dass er verantwortlich sei für das, was eigentlich sein Gutachter in einer Verhandlung gesagt hat, den Umweltanwalt Oswald in die Wüste schicken will und ihn via Medien in die vorzeitige Pension befördern will.

Eine letzte Anmerkung zum Thema Fernstraßen. Es sind hier auch einige Fernstraßen beziehungsweise echte überörtliche Straßen drinnen erwähnt. Zu dem Punkt würde ich mir aus der grünen Sicht wünschen, dass man es einmal schafft, nicht zuerst die Straße zu bauen, dann mit großen runden blauen Augen festzustellen, dass alles auf der Straße fährt und für die Bahn kein Geschäft mehr bleibt und zu bedauern, dass man leider die Bahn nicht ausbauen kann, weil das nicht rentabel sei. Ich würde mir einmal wünschen, dass man das umdreht und dass man zuerst einmal die Bahn baut und zuerst nicht einmal nur einen Teil dessen, was man für die Straße verwendet, in die Schiene investiert und dann sagt, brauchen wir jetzt die Straße eigentlich noch? Die Umkehrung der Beweislast, das würde ich mir wünschen. Es gibt einige solcher Projekte, die hier anzuführen wären, etwa die B 70, die Packer Bundesstraße, letztlich aber auch die Schnellstraße von Graz nach Bruck beziehungsweise der Vollausbau der Schnellstraße in der Mur-Mürz-Furche. Was wird denn passieren? (Abg. Schrittwieser: „Was heißt Mürztal?“) Es geht nicht nur um das Mürztal, es geht, wie Sie, Herr Kollege, ganz genau wissen, auch um die Fortsetzung der Schnellstraße im Murtal von Judenburg Richtung Kärnten. Wenn Ihnen leichter ist, dann sage ich eben das Mur- und Mürztal. (Abg. Straßberger: „Sag was Positives!“)

Wenn man hier einmal die Umkehr machen und zuerst auf die Schiene setzen würde, wäre das schön und würde auch den Erwartungen, die wir haben, wenn wir in die Zukunft schauen, ausnahmsweise den zukünftigen Trends gerecht werden, weil letztlich ist es kein Zufall, dass man, auch innerhalb selbst der Industriellenvereinigung – ich komme wieder auf den Punkt zurück – wild verzweifelt heute fordert, die Bahnverbindungen von der Steiermark Richtung Deutschland auszubauen, dass wir mit unseren Güterzügen wenigstens hinauskommen und diese Verbindung aufmachen können, weil man auf der Straße zwar in der Steiermark noch nicht endgültig im Stau steht, aber hinter Passau und hinter Freilassing ist es aus. Das wissen die Steirer, nicht alle, jedenfalls die nicht, die mit der Verkehrspolitik beschäftigt sind, leider. (Beifall bei den Grünen. – 15.30 Uhr.)

**Präsident:** Bevor ich nun zur Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 17 bis 26 komme, freue ich mich, die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse Volksschule aus Halbenrain unter Oberschulrat Karl Gröppel zu begrüßen. Der Jugend einen herzlichen Gruß. (Allgemeiner Beifall.)

Des Weiteren begrüße ich Damen der SPÖ-Bezirksorganisation Graz-Umgebung unter der Leitung von Frau Bezirksfrauenvorsitzender Theresia Kasper. (Allgemeiner Beifall.)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich nun zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 612/1, das ist der Tagesordnungspunkt 17, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 820/1, das ist der Tagesordnungspunkt 18, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 821/1, das ist der Tagesordnungspunkt 19, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 822/1, das ist der Tagesordnungspunkt 20, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 823/1, Tagesordnungspunkt 21, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 824/1, das ist der Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 825/1, das ist der Tagesordnungspunkt 23, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 849/1, das ist der Tagesordnungspunkt 24, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 466/1, das ist der Tagesordnungspunkt 25, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 475/1, das ist der Tagesordnungspunkt 26, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ zum Tagesordnungspunkt 26, betreffend die Verkehrsverbindung Ilz-Großwilfersdorf-Heiligenkreuz, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe und ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

**27. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 831/1, der Abgeordneten Bacher, Dr. Forenbacher, Mag. Drexler und Wicher, betreffend Gesundheitsbericht.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher** (15.34 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 7. Mai 2002 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Gesundheitsbericht 2000 dem Landtag vorzulegen. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (15.34 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 27 liegt mir nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

**28. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 472/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf, betreffend Begleitperson für Kinder im Krankenhaus.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (15.35 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 9. Oktober 2001 und 7. Mai 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Die Abgeordneten Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf haben am 3. Juli 2001 einen Antrag, betreffend Begleitpersonen für Kinder im Krankenhaus, eingebracht. Dieser wurde an die Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt. Und hiezu liegt eine sehr umfangreiche Stellungnahme vor. In dieser Stellungnahme wird aufgelistet, unter welchen Umständen Begleitpersonen gemeinsam mit den anstaltsbedürftigen Kindern aufgenommen werden können. Bei einer medizinisch indizierten und damit kostenlosen Begleitung von Kindern, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, würden der KAGES künftig pro Jahr zirka 312.000 Euro entgehen. Von Seiten des zuständigen Ressorts besteht das Bestreben, für die Begleitmöglichkeiten von Kindern im Krankenhaus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine wie im Antrag geforderte kostenlose Begleitung von Kindern, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann auf Grund der finanziellen Rahmenbedingungen für die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH. nicht verantwortet werden.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 472/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf, betreffend Begleitpersonen für Kinder im Krankenhaus, wird zur Kenntnis genommen. (15.37 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis für die Wichtigkeit der Gespräche, die links und rechts daneben geführt werden. Trotzdem ist die Geräuschkulisse enorm hoch geworden, so dass es kaum möglich ist, der Berichterstattung aufmerksam zu folgen. Ich ersuche Sie um Ihre Disziplin. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Dr. Bleckmann** (15.37 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke denen, die für Ruhe gesorgt haben.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Es gibt einige von uns hier in diesem Haus, die betroffen sind und es kann fast jedem von uns passieren. Nämlich all denen, die selber Kinder haben. Es kann ihnen passieren, dass ihr Kind ins Krankenhaus muss und es keine Möglichkeit gibt, dass das Kind begleitet werden kann. Wenn Sie sich vorstellen, dass das Kind in der fremden Umgebung ist, manchmal sind es auch schon Säuglinge ohne ihnen vertraute Personen, die dort im Krankenhaus sind. Ich will ja nicht abstreiten, dass die Versorgung im Krankenhaus eine gute ist, nur die persönliche, familiäre Versorgung kann nun mal im Krankenhaus nicht geleistet werden. Stellen Sie sich eben vor, als Kind dort alleine zu sein, vor allem in der Nacht und am Abend, dann würden Sie doch alles tun, um Ihrem Kind diese Situation zu verbessern, wenn es schon krank ist, die Situation auch erträglich zu machen. Und es gibt auch Kollegen in diesem Haus, ich habe jetzt hier einige Gespräche geführt, die auch erzählt haben, dass sie selbst einmal betroffen waren, nämlich kein Mutter-Kind-Zimmer zu erhalten. Die Frau eines Kollegen wurde aus dem Raum geschickt und wurde gesagt: Ihr Mann ist doch Politiker, soll er doch was tun. Heute und hier hätten Sie die Möglichkeit, etwas Diesbezügliches zu tun und zu helfen, die Situation vor allem für die Kinder, vor allem für die Kleinstkinder in den Krankenhäusern zu verbessern. (Abg. Tasch: „Wer soll das bezahlen?“) Wer soll das bezahlen? Das ist die Frage, wer soll das bezahlen? Es steht im Regierungs-AV, dass das 4 Millionen kosten würde. Und ich glaube, dass diese 4 Millionen wirklich gut angelegt wären, denn ich stelle mir vor, dass dadurch sehr

viele Folgekosten verhindert werden und den Kindern der Krankenhausbesuch erträglich gemacht wird. Und darum geht es. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand etwas dagegen hätte, dass das gemacht wird. Und es sagen ja alle, wir würden es gerne machen. Es geht um wirklich kleine Kinder, wo dann den Müttern gesagt wird, die noch stillen: Stillen sie doch ab, weil dann ist das besser für uns alle, dann können Sie nach Hause gehen. Und welche Mutter, die noch stillt, kommt so einer Aufforderung gerne nach? Aber weil man auch vertraut, sagt man, ich still halt ab und entzieht damit auch dem Kind wirklich wichtige Dinge, denn inzwischen ist bewiesen, dass die Muttermilch einfach die beste Ernährung vor allem für Kleinkinder ist. Und wenn es dann zu so einer Situation kommt, dass man ins Krankenhaus muss, wird einem unter Umständen dort, weil es nicht erwünscht ist in einigen Krankenhäusern bei uns, dass die Begleitpersonen dabei sind, gesagt, dann stillen Sie ab und hören Sie auf zu stillen. Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist. Ich glaube auch nicht, dass wir hier in der Steiermark Spitzenreiter sind, sondern es ist genau das Gegenteil der Fall. Wenn es dann Aussendungen von Landesrat Dörflinger gibt, wo steht, „Eltern haben ein Herz für Kinder“ und es liegt an dem günstigen Tarif von 29 Euro, das sind 400 Schilling, den wir in der Steiermark haben, dann ist das ein Hohn.

Dieser Tarif, den wir haben, ist der höchste Tarif für Mutter-Kind-Zimmer, also für Begleitpersonen, in ganz Österreich. Wir sind hier Spitzenreiter bei dem, was wir an Kosten von den Eltern verlangen, wenn sie sich schon bereit erklären, ihre Kinder zu begleiten. Und das tun ja auch nicht alle Eltern. Es machen ja nur 40 Prozent der Eltern davon Gebrauch. Ich finde, wir sollten wirklich den Eltern, die sich hier die Mühe geben, die Zeit auch aufbringen und sagen, sie begleiten ihre Kinder, das auch wirklich möglich machen. Und zwar so möglich machen, dass sie es sich auch leisten können und nicht damit, dass wir Spitzenreiter sind beim Abkassieren. Es ist in Wien zum Beispiel so, dass bis zum dritten Lebensjahr die Begleitzimmer völlig kostenlos zur Verfügung gestellt werden und dann ab dem vierten Lebensjahr 24 Euro verlangt werden. In Oberösterreich gibt es nur eine Verpflegungspauschale mit 5,09 Euro, begrenzt jährlich mit 28 Tagen. Auch hier ist man wirklich fortschrittlich. Bei uns in der Steiermark sagt man, pseudomäßig haben wir einen günstigen Tarif, der aber überhaupt kein günstiger Tarif ist, sondern genau das Gegenteil. Hier wird auf Kosten unserer Kleinsten kassiert, auf Kosten der Jüngsten. Es ist höchst an der Zeit, wirklich Verbesserungen vor allem für die Eltern herbeizuführen und den Kindern den Krankenhausaufenthalt erträglich zu machen. Es können sich ja auch nicht alle Eltern frei nehmen, es arbeiten ja auch einige Eltern. Dann müssen die Kinder sowieso allein sein. Aber die, die es möglich machen und denen es auch wert ist, diese Zeit zu opfern, denen sollten wir doch dann nicht auch noch hohe finanzielle Kosten als Hindernisse entgegenstellen und sagen, ihr müsst jetzt auch noch für ein Klappbett Geld bezahlen. Ich glaube, dass hier das Sparen gerade in diesem Bereich völlig falsch angesagt ist. Selbst eine Ersparnis für die Eltern ist eine 100-prozentige Verbesserung für die Kinder. Jeder, der einmal sein Kind im Krankenhaus gehabt hat, weiß, wovon ich spreche und wie schwierig das für die Kinder ist. Wie schon gesagt, ich habe kein Problem mit einer sozialen Staffelung, wenn diese verwaltungstechnisch sinnvoll und gerechtfertigt ist. Deshalb stellen wir den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz so zu ändern, dass erstens Kinder unter drei Jahren anspruchsberechtigt für eine Spitalsbegleitung von Mutter oder Vater sind, vorausgesetzt, die Raumsituation im Krankenhaus lässt dies zu. Es werden dafür keine Kosten verrechnet; zweitens für die Begleitung von Kindern zwischen dem vollendeten dritten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr die Gebühr für höchstens 14 Tage in jedem Kalenderjahr eingehoben werden darf; drittens die Gebühren für Begleitpersonen nach dem Alter der Patienten sowie sozial zu staffeln sind, sofern der Verwaltungsaufwand gerechtfertigt erscheint.

Ich bitte Sie, helfen Sie mit, dass KINDerLEBEN, von dem die ÖVP so viel spricht, in der Steiermark möglich ist, indem sie günstige Tarife bekommen. Helfen Sie mit, dass die Steiermark gerade in diesem Bereich mit dem besten Tarif in Österreich Spitzenreiter wird. (Beifall bei der FPÖ.) Ich stelle den Antrag auf getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte. (15.44 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Meine Damen und Herren! Es wurde der Antrag auf detaillierte Abstimmung gestellt. Wir kommen damit zur Abstimmung bezüglich des Punktes eins, der lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz so zu ändern, dass erstens Kinder unter drei Jahren anspruchsberechtigt für eine Spitalsbegleitung von Mutter oder Vater sind, vorausgesetzt, die Raumsituation im Krankenhaus lässt dies zu. Es werden dafür keine Kosten verrechnet. Wenn Sie diesem Punkt Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens für die Begleitung von Kindern zwischen dem vollendeten dritten bis zum vollendeten 14. Lebensjahr die Gebühr für höchstens 14 Tage in jedem Kalenderjahr eingehoben werden darf. Wenn Sie diesem Punkt zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe. Danke.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Drittens die Gebühren für Begleitpersonen nach dem Alter der Patienten sowie sozial zu staffeln sind, sofern der Verwaltungsaufwand gerechtfertigt erscheint. Wenn Sie diesem Punkt zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, das ist der Tagesordnungspunkt 28, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**29. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 430/3, betreffend den Beschluss Nr. 239 vom 25. September 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer, Graf und Mag. Dr. Bleckmann, betreffend Gesundheitsförderung in Kindergruppen, Kindergärten und Schülerhorten.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (15.48 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Mit Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Ärztevertretern und Eltern in den Kindergärten, Kindergruppen und Schülerhorten der Steiermark gesundheitsfördernde Maßnahmen umzusetzen. Diese Maßnahmen sollten Folgendes beinhalten: Gesundheitsförderung, Ernährung im Zusammenhang mit Bewegung und Aufzeigen von Wegen, Ernährungsverhalten positiv zu verändern, Zahnprophylaxe für Kindergärten und Kindergruppen. Es liegt Ihnen eine sehr umfangreiche Stellungnahme vor. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 8. April 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 239 des Steiermärkischen Landtages vom 25. September 2001 über den Antrag der Abgeordneten Lafer, Graf und Dr. Bleckmann, betreffend Gesundheitsförderung in Kindergruppen, Kindergärten und Schülerhorten, wird zur Kenntnis genommen. (15.48 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung dazu liegt mir nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**30. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 813/1, der Abgeordneten Ferstl und Lafer, betreffend Seniorenbericht.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (15.49 Uhr): Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 7. Mai 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Durch das Steiermärkische Sozialhilfegesetz ist die Steiermärkische Landesregierung gemäß Paragraph 3 a verpflichtet, alle zwei Jahre einen Sozialbericht dem Landtag zur Beratung vorzulegen. Diese Verpflichtung sollte durch einen weiteren, ebenfalls alle zwei Jahre vorzulegenden Bericht über die Lebensumstände der älteren Generation (Seniorenbericht) ergänzt werden. Ausdrücklich heißt es darin, dass dazu auch die Erstellung und breite Verteilung regelmäßiger Berichte über die nationale seniorenpolitische Situation dazugehört. Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle zwei Jahre einen Seniorenbericht im Rahmen des Sozialberichtes dem Landtag zur Beratung vorzulegen. (15.49 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hammerl** (15.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Antrag: Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ließ 1994 erstmals einen Seniorenbericht in Ergänzung zur sozialen Lage erstellen. 1994 ist es auch gelungen, das Lagerdenken zu überwinden und einen Dachverband für die jeweiligen Seniorenorganisationen zu gründen, und zwar den „Bundesseniorenbeirat“. Dieser stellt die Möglichkeiten der altersrelevanten Politikbereiche zu koordinieren und der Altersproblematik auf Bundesebene mehr Anerkennung zu verschaffen. Mit dem Bundesseniorengesetz aus dem Jahr 1998 wurde die Rechtsstellung des Beirates verbessert.

Erstmals wurden darin die Begriffe „Senior“ und „Seniorenorganisationen“ bundesgesetzlich eindeutig definiert. Auch bei uns im Land ist ein steiermärkischer Seniorenbeirat eingerichtet. Die Forderung des ÖVP-Landtagsklubs, gesetzliche Einrichtungen von Seniorenbeiräten in allen 17 Bezirken einzurichten, darf nicht Zukunftsthema sein, sondern muss Wirklichkeit werden. Hier müssen in Zukunft auch die Bezirkshauptmannschaften mehr Interesse zeigen. Die Steiermark gehört auch zu den wenigen Bundesländern, die noch kein Seniorengesetz erstellt haben. Ziel des Seniorengesetzes ist es, dass der Bevölkerungsgruppe der älteren Generation bei der Bewältigung der besonderen Herausforderungen eine aktive Mitgestaltung eingeräumt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist im Interesse des sozialen Friedens dringend notwendig zu erkennen, dass das Altern der Bevölkerung ein unvermeidbarer und nicht umkehrbarer Prozess mit eigenen Ursachen und Wirkungen ist. Es müssen daher sowohl die Probleme als auch Potenziale einer ergrauten Gesellschaft, einer Gesellschaft mit langer Lebenserwartung besser erkannt und längerfristige Lösungen mit berücksichtigt werden. Der ÖVP-Landtagsklub stimmt dem Antrag zu, dass der Seniorenbericht alle zwei Jahre gesondert, ich betone „gesondert“ im Rahmen des Sozialberichtes vorzulegen ist und nicht in einem Konvolut. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.52 Uhr.)



**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Bericht der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ, betreffend Kinderbetreuung in der Steiermark, an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Lafer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Herr Abgeordneter Lafer, Sie sind am Wort.

**Abg. Lafer** (15.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Beide Landesräte! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die freiheitliche Fraktion hat sich heute entschlossen, eine Dringliche Anfrage zu richten mit dem Thema „Kinderbetreuung in der Steiermark“. Jetzt wird wahrscheinlich von Herrn Landesrat anschließend die Frage kommen, wo liegt dabei die Dringlichkeit? Die Dringlichkeit ist leicht zu erklären, denn seit Jahren wird von der SPÖ verzögert, über das Thema überhaupt zu diskutieren beziehungsweise dieses Thema wird bereits über weit mehr als eine Legislaturperiode hinüber blockiert. Wieso und warum? Ich gebe Ihnen die Gründe bekannt. Am 19. Mai 1998 wurde erstmals in diesem Haus der Kinderbetreuungsscheck mit Mehrheit beschlossen. Damals keine Antwort, keine Vorlage, nichts! Es kam zu einer weiteren Machbarkeitsstudie über einen Kinderscheck bis zu sechs Jahren, nichts passiert. Wir haben im Jahr 2001 einen Antrag wieder mit Mehrheit in diesem Haus beschlossen, Machbarkeitsstudie, Kinderscheck zwischen drei und sechs Jahren, wieder keine Antwort. Meine Damen und Herren! Was mich mehr als nachdenklich stimmt, obwohl hier ein mehrheitlicher Beschluss des Landtages vorliegt, interessiert es den Landesrat Flecker überhaupt nicht, sondern er ignoriert Beschlüsse des Landtages. Ich sage Ihnen, das ist ein grober Verstoß der Spielregeln dieses Hauses. Meine Damen und Herren! Sie müssen sich das überlegen, wie Regierungsmitglieder mit Abgeordneten dieses Hauses umgehen. Das ist eine Missachtung des Landtages.

Frau Ex-Landesrätin Rieder hat damit begonnen und Kurt Flecker setzt das nahtlos fort. Ich sage Ihnen, wir wollen heute wissen, wieso und warum, denn das lassen wir uns nicht bieten. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren und Herr Landesrat, haben wir auch zum Mittel der Dringlichen Anfrage gegriffen, das ja auch in der Geschäftsordnung enthalten ist, um von Ihnen zumindest einmal die Antwort zu erhalten, was Sie gedenken und wie Sie gedenken mit gewissen Dingen umzugehen, weil es sind uns Dinge bekannt, wo Sie, Herr Landesrat Flecker, auch als Klubobmann ganz andere Töne gesagt haben als das, was Sie heute tun, nämlich nichts. Und wenn wir uns heute hier und jetzt nicht rühren und wenn wir hier und heute nichts sagen, dann vergeht wieder ein Jahr und wieder ein Jahr und nichts passiert. Für uns Freiheitliche ist das Thema „Kinderbetreuung“ sehr, sehr viel wert. Es ist Thema Nummer eins. Und wir werden vorher keine Ruhe geben, bevor wir nicht eine völlige Neuordnung der Kinderbetreuung im Budget niedergeschrieben wissen.

Was verstehen wir unter Neuordnung? Wir haben einen Antrag eingebracht, wie gesagt, der die Mehrheit fand, wo wir von der Objektförderung zur Subjektförderung wollen. Das heißt, nicht die Kinderbetreuung ist uns wichtig, die Kinderbetreuungsplätze sind uns wichtig, sondern für uns steht im Vordergrund das Kind. Wir wollen aber auch damit verbunden haben, damit es zu einer Gleichstellung der öffentlichen Kindergärten mit den privaten Kindergärten kommt. Wieso das? Ganz einfach erklärbar: Öffentliche Kindergärten werden wesentlich höher gefördert als private. Wir glauben, wenn wir beide Kindergärten gleichstellen, dass wir hier eine Qualitätssteigerung erreichen und auch einen Wettbewerb hier vorfinden, der natürlich dazu beiträgt, dass die Qualität der Kindergärten insgesamt steigt. In unserer schriftlichen Anfrage, in der Begründung, sind auch folgende Punkte enthalten, ich möchte sie jetzt nennen:

Erstens: Es wird eine wesentliche Erhöhung der Wahlfreiheit der Eltern damit gewährleistet.

Zweitens: Anreiz zur Schaffung von Betreuungsplätzen.

Drittens die pädagogische Funktion und viertens auch die soziale Funktion.

Wir werden in weiteren Beiträgen darüber noch einiges hören. Aber was für uns Freiheitliche im Vordergrund steht ist, meine Damen und Herren, das Wichtigste: Betreuungseinrichtungen haben sich nach den Bedürfnissen der Eltern zu richten und nicht umgekehrt, wo sich die Eltern an den Bedürfnissen der Kinderbetreuungseinrichtungen zu orientieren haben. Das kann nicht sein.

Meine Damen und Herren, für uns Freiheitliche ist schon klar, wieso unser zukunftsorientiertes Modell nicht in das Konzept der SPÖ passt. Das ist ganz leicht beantwortbar. Diese Bundesregierung, die jetzt am Schaffen ist, hat erreicht, dass ab dem 1. Jänner 2002 das Bundeskindergeld für alle Kinder von der Geburt bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein Erfolg, meine Damen und Herren, den sich auch die SPÖ einmal gewünscht hätte. Daneben gibt es noch ein dichtes Netz von familienpolitischen Leistungen: Erhöhung der Familienbeihilfe ab 2003, Erhöhung des Mehrkindzuschlages und des Zuschlages zur Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder, Pflegegeld ab der Geburt für Kinder mit Behinderungen, Familienhospizkarenz et cetera. Sie sehen, meine Damen und Herren, hier wurde in der familienpolitischen Gestaltung des Bundes erstmals etwas erreicht, wo wir mindestens zehn Jahre unter der Führung der SPÖ nichts erreicht haben.

Aber es kommt noch ein zweiter wesentlicher Punkt. (Abg. Stöhrmann: „Kollege Lafer!“) Kollege Stöhrmann, höre zu. Du hast vorhin gesagt in deiner Begründung „die Drüberfahrer“, und genau das trifft auf dich jetzt zu, stören und drüberfahren.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben noch etwas erreicht, weshalb wir auch glauben, dass es hier zu keinem weiteren Schritt unter diesem Landesrat kommt. Wir haben auch erreicht, dass mit dem 1. Jänner 2002 das Landeskindergeld eingeführt worden ist. Ein weiterer wesentlicher Schritt und hier wieder auch unter der Verantwortung einer freiheitlichen und einer ÖVP-Regierung. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, für uns ist das Thema zu wichtig und ich glaube und bin überzeugt davon, dass es noch einen zweiten Grund gibt, weshalb die SPÖ unsere Anliegen, unsere beschlossenen Anträge blockiert und sie deshalb auch keine Studien in Auftrag geben will. Es ist ja schon bedauerlich, dass man hier nicht einmal die Diskussion darüber zulässt, sondern wir müssen einfach nach der Geschäftsordnung auch eine Dringliche Anfrage verwenden, damit der Herr Landesrat auch einmal gezwungen wird, hier vor dem Haus gegenüber den Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen. Herr Landesrat, Ihnen wird bekannt sein, dass in der Stadt Hamburg, wo es 1,7 Millionen Einwohner gibt, eine Studie auch in Umsetzung gelangt, das heißt, einem bildungspolitischen Auftrag nachkommen wird, wo man die Umstellung der Objektförderung auf Subjektförderung betreibt.

Das heißt, hier werden Betreuungsgutscheine in Form der Kindercards ausgegeben und damit werden die Kinder beziehungsweise die Eltern betraut, damit sie sich mit ihrer freien Wahlmöglichkeit das leisten können. Wissen Sie, was noch passiert ist? Gerade in Hamburg ist es die SPD, die bei der Umstellung der Objektförderung auf die Subjektförderung federführend war. Heute, meine Damen und Herren, gibt es einen breiten politischen Konsens, das heißt, dass dieses Modell mit 1. Jänner 2003 zur Umsetzung gelangt und das ist ein Erfolg. Meine Damen und Herren, weil dieser Auftrag mit Mehrheitsbeschluss des Landtages nicht zur Umsetzung kommt, glauben wir, lieber Herr Landesrat, an folgende Begründung: Ich glaube, dass du Angst hast, diese Studie umzusetzen, weil dieses Modell finanzierbar wäre. Wir glauben, dass du Angst hast, dass es machbar und umsetzbar ist. Herr Landesrat, wir glauben, dass du Angst hast, weil es zukunftsorientiert ist. Franz, bitte hör zu. Ich glaube, dass du Angst hast, dass es erfolgreich sein könnte. Ich bin überzeugt davon, dass du Angst hast, dass vor allem euer politischer Einfluss auf Kinderbetreuungseinrichtungen verloren geht. Das ist Faktum, meine Damen und Herren. Sonst hätten wir schon irgendwann und irgendwo eine Antwort bekommen, um auch in dieser Frage zumindest auf breiter Basis diskutieren zu können. Aus diesem Grund, sehr geehrter Herr Landesrat, richten wir auch folgende Anfrage:

Erstens: Wenn Sie Landtagsbeschlüsse als bloße Empfehlung ansehen, fragen wir Sie: Nach welchen Kriterien fühlen Sie sich an Landtagsbeschlüsse gebunden oder – wie in der Begründung dargelegt – eben nicht gebunden?

Zweitens: Worin äußert sich der „hohe Stellenwert“ von Landtagsbeschlüssen für Sie?

Drittens: Sind Beschlüsse des Landtages aus vergangenen Legislaturperioden oder solche, die an die seinerzeitige Soziallandesrätin Dr. Rieder gerichtet wurden, für Sie gänzlich irrelevant?

Viertens: Würden Sie Ihren Widerstand gegen den Mehrheitswillen des Landtages als Ihr persönliches „Powerplay“ modernen Zuschnitts bezeichnen?

Fünftens: Wenn nein, warum verweigern Sie die Beauftragung der genannten Studie bis heute?

Sechstens: Sind Sie grundsätzlich gegen Subjektförderung?

Siebtens: Ist Ihnen die diesbezügliche Politik der SPD Hamburg bekannt?

Achtens: Wenn ja, wie stehen Sie zu einer Systemänderung in der Kinderbetreuung? Ist die Umstellung der konservativen und statischen Objektförderung auf eine innovative und dynamische Subjektförderung für Sie akzeptabel?

Neuntens: Was halten Sie grundsätzlich vom Vorschlag der deutschen Bundestagsfraktion der Grünen zur Einführung einlösbarer Betreuungsgutscheine à la Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung?

Zehntens: Wie stehen Sie zu der Aussage: „Die Steiermark braucht mehr Kinder“?

Elfens: Auch Frau Landeshauptmann Klasnic zeigt sich über den dramatischen Geburtenrückgang in der Steiermark alarmiert. Wie beurteilen Sie die von ihr ins Leben gerufene Aktion „Kindererleben – Kind sein in der Steiermark“?

Zwölftens: Haben Sie ein persönliches Problem, politische Initiativen der Freiheitlichen sachpolitisch objektiv zu beurteilen und ihnen zu folgen, wenn sie mehrheitlich beschlossen wurden?

Dreizehtens: Wann wird der Landtagsbeschluss Nr. 254 vom 25. September 2001 endlich umgesetzt?

Verehrter Herr Landesrat, ich ersuche um Beantwortung dieser Fragen. (Beifall bei der FPÖ. – 16.04 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Herr Landesrat, bitte.

**Landesrat Dr. Flecker** (16.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Herr Klubobmann, ich bin dir sehr dankbar, dass du mir mit einer so engagiert und emotional vorgebrachten Dringlichen Anfrage die Ehre gibst – die von dir geschilderten Ängste haben mich noch nicht ganz erreicht. Zur Sache selbst: Das steirische Kindergeld ressortiert bei Frau Landeshauptmann. Der Landtagsbeschluss

über die von der FPÖ verlangte Studie wurde mir im Vollzug zugeordnet, das heißt, dass wir anscheinend hinsichtlich dieser Fragen einen Kompetenzkonflikt haben. Ich bin aber trotzdem und mit Freude bereit, mich dafür kompetent zu zeigen und die Dringliche Anfrage zu beantworten. Grundsätzlich ist zu sagen, dass das von Ihnen gewünschte Modell der Kinderbetreuung eines Deckungsgrades von 100 Prozent bedarf, und zwar landesweit und unter Berücksichtigung ländlicher Regionen. Es ist ein Unterschied, ob es sich um eine Großstadt Hamburg handelt oder um ein Bundesland Steiermark mit 543 Gemeinden. Wir kommen im Deckungsgrad zurzeit auf zirka 80 Prozent, das heißt, wir nähern uns der Empfehlung des EU-Rates vom 15./16. März, wonach bis 2010 ein Deckungsgrad von 90 Prozent für Kinder von drei bis sechs Jahren entstehen soll. Nicht so gut schaut es bei den Null- bis Dreijährigen aus. Hier können wir leider nicht an die 33 Prozent des geforderten Deckungsgrades herankommen. Eine hoch aktuelle Studie zeigt, dass Österreichs Geburtenrate 2001 wieder gesunken ist. Das Modell, Eltern mit einem Geldgeschenk sich selbst zu überlassen, ist, wie vorher gesagt, gescheitert. Nicht einmal in Kärnten konnte das Kindergeld diesbezüglich Positives bewirken. Eltern brauchen Rahmenbedingungen, die eine Verbindung von Beruf und Familie ermöglichen. Vordringlich sind dazu Maßnahmen zum leichteren Wiedereinstieg in den Beruf sowie die rechtliche Verankerung der Teilzeitarbeit für Eltern nötig. Trotz der in seriösen Kreisen allgemein anerkannten Tatsache, dass das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur über den Weg ausreichender Betreuungsplätze zu regeln ist, hat Ihre so gelobte Bundesregierung die Kindergartenmilliarde auslaufen lassen. Dass Sie in Ihrer Dringlichen Anfrage von einer bestehenden Kindergartenmilliarde sprechen, wirft ein Licht auf Ihre Sachkompetenz. Auch Herr Bundeskanzler meinte auf die Frage der „Kleinen Zeitung“ am 17. März 2002, ob nicht doch Kindergärten und Krippen gebaut werden müssten – ich zitiere: „Es darf doch nicht so sein, dass 100 Prozent der Kinder verstaatlicht werden!“ – Zitatende. Auch diese Aussage lässt auf mancherlei Kompetenz und inhaltlichen Zugang auf das Problem schließen, vor allem aber, dass Herr Bundeskanzler am nächsten Tag offenbar nicht wusste, was er am Vortrag im EU-Rat mit beschlossen hatte. Der so genannte Kindergartenbaufonds im steirischen Budget beträgt seit Jahren um die 20 Millionen Schilling. Deshalb haben wir inzwischen einen Zahlungsrückstand von über 12,5 Millionen Euro, das sind ungefähr 170 Millionen Schilling für 150 Projekte. Ich hoffe, dass mein Bemühen, diesen Kindergartenbaufonds in der Dotierung zu verdoppeln, im Jahr 2003 erfolgreich beendet wird. Ihr Wunsch nach Subjektförderung ist übrigens durch die Kinderbeihilfe und durch die Kindergartenbeihilfe erfüllt. Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen im Land Steiermark bedeutet Ihre Absicht allerdings einen Systembruch. Seriöserweise sollten Sie sich dafür einsetzen, dass der Bund wieder in eine Kindergartenmilliarde einsteigt. (Beifall bei der SPÖ.)

In Medien des In- und Auslandes können Sie lesen und hören, dass die Geburtenfreudigkeit in jenen Ländern deutlich höher ist, die über einen hohen Grad an Kinderbetreuungseinrichtungen verfügen.

Ihr Vorschlag ist deshalb nicht vollziehbar, weil erstens die Vollziehung Ihres Antrages, den Sie eingebracht haben, der zum Beschluss wurde, nicht den Vergaberichtlinien entspricht, zweitens in meinem Ressort für eine derartige Studie vom Landtag kein Geld zur Verfügung gestellt wurde und drittens die Vollziehung eines Kindergeldes in Ihrem Sinn das Land zirka 2 bis 3 Milliarden Schilling im Jahr kosten würde, je nachdem welches Modell Sie auswählen.

Ich würde Ihnen doch empfehlen, den Finanzreferenten zu fragen, wenn Sie schon selbst nicht erfassen können, ob wir uns das tatsächlich leisten können. Letztlich hieße diese Studie zu finanzieren, mangels Realisierbarkeit des Projektes das Geld für die Studie zum Fenster hinauszuerwerfen. Tatsächlich haben wir ganz andere und vor allem größere Probleme. Sogar in Ihrer Anfragebegründung gestehen Sie ein, dass neoliberale Wirtschaften durch seinen Druck auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen „strukturell geburtenfeindlich“ ist, denn es führt zu erhöhtem Arbeitsdruck, familienfeindlichen Arbeitszeiten, Karriereknick durch Kinderbetreuung, und zwar nicht nur bei Spitzenpositionen.

Und ich habe hier im Haus und bei vielen anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass mit der Bundesregierung auch die Wirtschaft gefordert ist. Wir brauchen Familien und damit auch erziehungsfreundliche Arbeitszeiten und nicht so, wie vom Wirtschaftsminister geplant, Geschäftszeiten, die nur ein Tabu kennen, nämlich den Sonntag und sonst von null bis 24 Uhr keines mehr. Hier hat die Landespolitik leider sehr wenig Möglichkeiten einzugreifen. Unsere derzeitige Wettbewerbsgesellschaft setzt aber nicht nur den Arbeitsmarkt und den Arbeitsalltag unter Druck, sondern den Lebensraum der Menschen und da vor allem den der Kinder. Denken Sie an das Wohnumfeld und den Verkehr. Das wäre zum Beispiel ein Thema, an dem sich Ihr nicht anwesender Verkehrsreferent profilieren könnte. Ich verstehe natürlich, weshalb Sie mir diese Frage gestellt haben. Sie dient offenbar der Entmystifizierung von FPÖ-Plakaten. Das durchaus sympathische Motiv der Kinderpopos vor zirka einem Jahr hat mit dem Lächeln eines Onkels auf blauem Hintergrund mit drei Kinderlein gewechselt. Und darunter steht „um drei Jahre mehr“ oder Ähnliches. (Abg. Lechner-Sonnek: „Weitere drei Jahre!“) Weitere drei Jahre! Einige glaubten, es ginge um die Werbung des Onkels um drei weitere Jahre Regierungszeit für ihn, folgt jetzt die Klarstellung. Der Herr auf dem Plakat will offenbar eine Studie für das, was er hier verspricht. Ihre Anfrage ist natürlich auch im generellen Kontext aus einer anderen Sicht zu beurteilen, nämlich aus folgender:

Sie haben dankenswerterweise eines der modernsten und zukunftsweisendsten Kinderbetreuungsgesetze vor einigen Jahren mit beschlossen. Gleichzeitig haben Sie aber durch Ihren Mehrheitsbeschluss zum Budget dafür gesorgt, dass die Ausgaben zum Vollzug des Gesetzes im Budget nicht bedeckt wurden. Das erforderte ein Nachtragsbudget auf Grund von Verhandlungen zwischen mir und dem Finanzreferenten. Und gerechnet ohne den Deckungskredit haben Sie, die Sie sich so für die Kinderbetreuung einsetzen, im Jahr 2001 um 116 Millionen und im Jahr 2002 um 131 Millionen zu wenig budgetiert. In diesem Widerspruch ist Ihre Anfrage entweder zynisch oder aufdeckend. Zynisch, weil der Widerspruch zwischen Reden und Handeln so ist, wie er halt immer

bei Ihnen ist. Und aufdeckend, weil Sie etwas fordern, wofür Sie dann das Geld nicht bereitstellen können. Der Vollständigkeit halber verweise ich noch darauf, dass ich am 22. April 2002 in die Regierung eine Landtagsvorlage eingebracht habe, in der meine Haltung zum zitierten Landtagsbeschluss dargestellt wird. Diese Vorlage wurde über Wunsch der ÖVP zurückgestellt. Nach Einlangen der mir versprochenen Antworten des Herrn Landesrates Schützenhöfer werde ich die Vorlage wieder in die Regierung einbringen.

Ich komme jetzt daher zur Beantwortung der einzelnen Fragen und nachdem Sie Ihnen wahrscheinlich nicht mehr in Erinnerung sind auf Grund ihrer Qualität, aber durchaus in Erinnerung gerufen werden müssen, werde ich auch die Fragen noch einmal wiederholen:

Frage eins: Wenn Sie Landtagsbeschlüsse als bloße Empfehlung ansehen, fragen wir Sie, nach welchen Kriterien fühlen Sie sich an Landtagsbeschlüsse gebunden oder wie in der Begründung dargelegt, eben nicht gebunden?

Antwort: Entschließungen des Landtages haben für die Regierung keine rechtlich bindende Wirkung. Ich zitiere hier aus einem Schreiben des Herrn Landtagsdirektors in diesem Zusammenhang und zitiere: „Bei Entschließungen handelt es sich um parlamentarische Willensäußerungen, welche Empfehlungen für die Regierung bezüglich ihrer Regierungstätigkeit sind und so zu einem bestimmten Verhalten der Regierung beitragen können!“

Frage zwei: Worin äußert sich der „hohe Stellenwert“ von Landtagsbeschlüssen für Sie?

Antwort: Der Stellenwert richtet sich nach der inhaltlichen Qualität solcher Beschlüsse.

Frage drei: Sind Beschlüsse des Landtages aus vergangenen Legislaturperioden oder solche, die an die seinerzeitige Soziallandesrätin, Frau Dr. Rieder, gerichtet wurden, für Sie gänzlich irrelevant?

Antwort: Nein.

Frage vier: Würden Sie Ihren Widerstand gegen den Mehrheitswillen des Landtages als Ihr persönliches „Powerplay“ modernen Zuschnitts bezeichnen?

Antwort: Es ist mir nicht klar, was Sie mit dieser Frage meinen, ich kann sie daher auch nicht beantworten. (Abg. Dr. Lopatka: „Dabei ist er so gescheit!“) Siehst du, und irgendwie ist es genau das, was uns zwei unterscheidet, lieber Reinhold! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Kurt!“) Reinhold, blamier dich nicht noch einmal, sei lieber ruhig! (Abg. Wiedner: „Das ist überheblich!“) Herr Kollege Wiedner, wie kann man Ihnen gegenüber anders sein als überheblich? Es ist wahnsinnig schwer. (Abg. Dr. Lopatka: „Deine hochmütige Beantwortung der Fragen der FPÖ wird nur dir schaden. Hochmut kommt vor dem Fall!“ – Beifall bei der FPÖ.) Es ist ein Wahnsinn! Reinhold, aber du musst aufpassen, du bist bereits dort, dass du schon wieder aufstehen musst, weil du bist schon gefallen. Denk an den Landesrechnungshofdirektor, eine hervorragende Leistung als Klubobmann. (Präsident: „Am Wort ist der Landesrat Flecker!“) Bitte hört zu, Ihr wollt ja eine Beantwortung haben. Stellt gescheite Fragen, dann kriegt ihr gescheite Antworten.

Frage fünf: Wenn nein, warum verweigern Sie die Beauftragung der genannten Studie bis heute?

Antwort: Dem Grunde nach stehen der Behandlung inhaltliche, rechtliche und Finanzargumente entgegen. Eine detaillierte Vorlage der Begründung wird Ihnen, wie schon vorher erwähnt, zugehen.

Frage sechs: Sind Sie grundsätzlich gegen Subjektförderung?

Antwort: Nein.

Frage sieben: Ist Ihnen die diesbezügliche Politik der SPD Hamburg bekannt?

Antwort: Ich habe keine Ahnung, wie die SPD Hamburg generell mit Subjektförderungen umgeht. Sollten Sie mit Ihrer Frage Bezug auf die Kinderbetreuungsförderung nehmen, so sage ich, dass mir die Politik im Groben bekannt ist.

Frage acht: Wenn ja, wie stehen Sie zu einer Systemänderung in der Kinderbetreuung? Ist die Umstellung der konservativen und statischen Objektförderung auf eine innovative und dynamische Subjektförderung für Sie akzeptabel?

Antwort: Wie schon vorher erwähnt, muss das erste Ziel in der flächendeckenden Ausgestaltung von Kinderbetreuungseinrichtungen liegen. Alles Weitere an Maßnahmen wäre dann zu setzen. Grundsätzlich bin ich jedoch nicht der Meinung, dass man mit der Kinderbetreuung sozusagen einen „Markt“ aufmachen sollte.

Frage neun: Was halten Sie grundsätzlich vom Vorschlag der deutschen Bundestagsfraktion der Grünen zur Einführung einlösbarer Betreuungsgutscheine à la Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung?

Antwort: Einlösbare Kinderbetreuungsgutscheine setzen flächendeckende Betreuungseinrichtungen voraus. Was ich von einem Markt in dieser Frage halte, habe ich gesagt. Die Motive der Bundestagsfraktion der Grünen kenne ich nicht.

Frage zehn: Wie stehen Sie zu der Aussage: „Die Steiermark braucht mehr Kinder?“

Antwort: Positiv. Ich werde dieses Problem aber allein nicht lösen können. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Sehr ernst!“)

Das passt dir gut. Du musst dann sagen, es sollen andere Fragen gestellt werden. Ich kann beim besten Willen auf die Frage, dass die Steiermark mehr Kinder braucht, nicht mehr sagen. Ich werde das Problem wirklich nicht lösen können. (Abg. Dr. Lopatka: „Der Landtag ist keine Faschingsveranstaltung!“ – Abg. Wiedner: „Schmierentheater!“) Ein Ihnen ebenbürtiges – wenn schon.

Frage elf: Auch Frau Landeshauptmann Klasnic zeigt sich über den dramatischen Geburtenrückgang in der Steiermark alarmiert. Wie beurteilen Sie die von ihr ins Leben gerufene Aktion „Kindererleben – Kind sein in der Steiermark“?

Antwort: Der ausgegebene Slogan lässt sich zurzeit in jede Richtung hin interpretieren. Sollten determinierte Inhalte folgen, kann ich mich dazu äußern. Zumindest hat eine Werbeagentur an dieser Aktion bereits 1,4 Millionen Schilling verdient, das Inseratenaufkommen kennt nur der Landespressedienst, der das alles noch zusätzlich bezahlt.

Frage zwölf: Haben Sie ein persönliches Problem, politische Initiativen der Freiheitlichen sachpolitisch objektiv zu beurteilen und ihnen zu folgen, wenn sie mehrheitlich beschlossen wurden?

Antwort: Sie sprechen hier in durchaus berechtigtem Selbstzweifel ein Problem an. Ich halte es bei seriöser Betrachtung der Politik für durchaus schwierig, Forderungen einer absolut populistisch ausgerichteten Partei in die Kategorien „ernst gemeint“ oder „reiner Populismus“ einzuteilen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das höre ich mir nicht an!“) Natürlich versuche ich das, weil wir ja miteinander leben müssen. Im gegenständlichen Fall bin ich mir jedoch unsicher, wo ich Ihre Initiative einordnen soll.

Frage dreizehn: Wann wird der Landtagsbeschluss Nr. 254 vom 25. September 2001 endlich umgesetzt?

Antwort: Zurzeit kann ich Ihnen schon auf Grund der budgetären Voraussetzungen keine großen Hoffnungen auf eine baldige Umsetzung machen. Dem Landtag wird im Wege der Regierung ein Bericht über die einzelnen Begründungen zugeleitet werden. Ich danke für die Anfrage. (Beifall bei der SPÖ. – 16.24 Uhr.)

**Präsident:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise darauf hin, dass kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Dr. Bleckmann** (16.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Landesrat, Sie hätten das nicht nötig. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie hätten es nicht nötig. Das Niveau ist nicht das, auf dem wir uns unterhalten. Ich zitiere Kollegen Schrittwieser: „So kann ich mit Anträgen von Bürgern aus diesem Hohen Haus nicht umgehen!“ Zitat heute, Diskussion Straßen: „So kann ich mit Anträgen von Bürgern aus diesem Hohen Haus – das habe ich mir extra mitgeschrieben – nicht umgehen!“ Antwort Flecker: Mangels Realisierbarkeit Geld zum Fenster hinausgeworfen. Wir brauchen das nicht. So wird mit Anträgen, die mehrheitlich in diesem Haus beschlossen wurden, von Ihrer Fraktion umgegangen. Das ist die Art und Weise, wie Sie hier mit diesem Haus umgehen. Worum geht es? Ganz einfach, ganz trocken: Der liebe Herr Landesrat Flecker – lieb ist er nicht – (Landesrat Dr. Flecker: „Wieso nicht?“) hat ganz schnell vergessen, auf welchem Sitz er vorher gesessen ist, bevor er etwas höher gestiegen ist. Er hat schnell vergessen, wo er herkommt und er hat sehr schnell gelernt, die Anträge des Landtages zu missachten. Er erinnert sich vielleicht nicht einmal daran, dass er selber einmal zu Landesrat Paierl gesagt hat: „Wenn wir hier zu einem Beschluss kommen, wäre es zu erhoffen, dass sich in diesem Fall wenigstens Herr Landesrat Paierl an das hält, wonach er sich zu halten hat.“ Und damit meint er, dass er dem Antrag nachkommt. Das haben Sie damals, wo Sie noch in diesen heiligen Reihen gesessen sind, gesagt. Da hat Sie das wohl geärgert, dass den Anträgen, die hier im Haus mehrheitlich beschlossen worden sind, egal, ob es jetzt die ideologische Meinung ist oder nicht, nicht nachgekommen wurde. Da haben Sie sich sehr vehement dagegen verwehrt, wenn diesen Anträgen nicht nachgekommen wurde. Heute sitzen Sie auf der Regierungsbank – auf diesem hohen Ross – und sagen: Das ist nicht realisierbar. Mangels Realisierbarkeit und Inhaltlichkeit mache ich das nicht. Das ist vielleicht Ihre Meinung. Die mehrheitlich gewählte demokratische Meinung hat eine ganz andere Meinung, und das müssen auch Sie akzeptieren, demokratisch akzeptieren. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Können Sie sich überhaupt noch erinnern, wie das so ist als Abgeordneter, Herr Landesrat. Nach inhaltlicher Qualität wird nämlich bei Ihnen der Stellenwert eines Landtagsbeschlusses geprüft. So war Ihre Antwort, der hohe Stellenwert, den Sie einmal gehabt haben von einem Landtagsbeschluss, wird nach inhaltlicher Qualität geprüft. Und diese inhaltliche Qualität ist die des Herrn Professors, Hofrates, Landesrates DDr. – oder wie auch immer oder nicht – Flecker ideologisierte Meinung, Ihre ideologisierte Meinung, nämlich die Qualität eines Landtagsbeschlusses nach Ihrer Ideologie zu beurteilen und dann zu sagen, das machen wir, weil das passt mir, das machen wir nicht, weil das passt mir nicht. Sie wird es halt nicht gehen und damit werden Sie auf Dauer nicht durchkommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie verwehren sich gegen die hohen Kosten, die angeblich entstehen. Wer hat denn diese Kosten berechnet? Die Ihnen unterstellte Abteilung hat diese Kosten berechnet und hat halt einfach hochgerechnet. Die Ihnen weisungsgebundene unterstellte Abteilung hat nur vergessen, auch die Systemumstellung mit einzuberechnen. Mir ist klar, dass man das vergisst, wenn man es nicht haben will. Sie haben vergessen, die Elternbeiträge mit hineinzuberechnen, Sie haben nur vergessen, die Gemeindebeiträge mit hineinzubeziehen, Sie haben einfach einiges unter den Tisch fallen lassen, weil es halt nicht dazugehört. Diese Berechnungen sind nun einmal, weil sie von einer Ihnen unterstellten Abteilung kommen, nicht seriös. Das verstehe ich dann bei Ihnen nicht, weil da ist nämlich ein wirklicher Widerspruch gegeben: Beim Behindertengesetz ist nichts zu teuer. Da kann nichts zu viel kosten, da ist alles wunderbar und da können wir dreimal so viel an Kosten haben wie bisher. Das ist völlig egal. Wenn es hier darum ginge, dass es vielleicht etwas mehr kosten würde, dann verwehren Sie sich auf einmal dagegen. Haben Sie Angst, eine Studie zu machen, in der herauskommen könnte, dass es ja machbar wäre,

dass es sinnvoll wäre so eine Systemumstellung von der derzeitigen Objektförderung auf eine Subjektförderung? Das würde nämlich heißen, dass die Kinder gefördert werden und damit die Eltern die freie Entscheidung hätten. Aber das ist ja nicht das, was Sie wollen, dass sich die Menschen frei entscheiden können. Sie wollen, dass sie das tun, was Sie sagen, was Sie ideologisch für richtig halten. Und da darf es kein Abweichen geben und keine andere Richtung geben. Wir wollen eine Machbarkeitsstudie, über die seriös diskutiert werden kann, dass wir nicht irgendwelche Zahlen hingeknallt bekommen, sondern die seriös von einem unabhängigen Unternehmen durchgeführt wird.

Was spricht denn gegen so eine Studie? Sie haben gesagt, es gibt keine Ansätze in Ihrem Budget. Da muss ich schon sagen, wo ein Wille – da ein Weg, das ist schon eine lächerliche Ausrede. Denn Sie wissen selber und Sie wissen ganz genau, dass, wenn Sie wollten, Sie die Möglichkeit hätten, Ansätze zu finden, wo man das unterbringen könnte.

„Die hohen Kosten des Kinderbetreuungsgeldes“ werden auch noch von Ihnen aufgelistet. Na, die Kosten könnte ja diese Studie zeigen, da würden Sie sich vielleicht viel Ärger ersparen, indem wir Sie nämlich immer wieder daran erinnern, dass diese Studie gemacht werden muss. Sie sagen, das Vergabegesetz spricht gegen diese Studie, dann haben Sie sich das Vergabegesetz nicht angeschaut, denn die Studie kostet nicht so viel, die fällt noch in den unteren Bereich, wo es ein Verhandlungsverfahren gibt. Und da sollen mehrere Angebote eingeholt werden. Und Sie wissen selber als Jurist, dass „sollen“ nicht „muss“ heißt, sondern „sollen“ heißt „sollen“ und nicht „müssen“. Als Jurist wissen Sie selber, dass das heißt, hier gibt es einen großen Handlungsspielraum, dass das Institut, wenn es nur eines gibt, das die erforderlichen Daten hat, das die erforderlichen Informationen hat und das in diesem Bereich auch das beste Institut ist, dass genau dieses dann auch beauftragt werden kann. Das wissen Sie selber.

Was spricht noch gegen die Studie? Da fällt mir nur noch ein, Sie selber sprechen gegen diese Studie. Denn die SPÖ will das nicht und deshalb soll es nicht sein. Und Sie – ich muss es noch einmal sagen – haben wirklich Angst davor, denn es ist echt lächerlich, sich gegen eine Studie, die maximal 500.000 Schilling kostet, zu verwehren. Das ist, ja – es kann nur Angst sein, ich wüsste nicht, was es sonst sein könnte.

Und Sie haben gesagt, das Hamburger Modell – wie haben Sie es gesagt, ich muss noch einmal schauen – Sie haben keine Ahnung. Da muss ich Ihnen Recht geben, Sie haben keine Ahnung über dieses Modell, denn dort wird das von allen Parteien mitgetragen. Nämlich genau das, dass es eine Systemumstellung gibt von der Objektförderung zur Subjektförderung hin. Die haben dort nämlich erkannt, dass es sinnvoller ist, vor allem, wenn die Geburten zurückgehen, hier neue Lösungen zu finden, dynamische Wege zu gehen, hier den Weg frei zu machen auch für den Wettbewerb, dass sich die Eltern frei entscheiden können und wirklich, es haben sich alle Parteien dafür ausgesprochen, weil sie gesehen haben, das ist die Lösung für die Zukunft.

Und zum Geburtenrückgang muss ich schon auch sagen, das kann ich nicht im Raum stehen lassen, die Eltern werden – wie Sie gesagt haben – mit Geldgeschenken allein gelassen, es wird hier nichts verbessert. Es ist das Gegenteil der Fall. Die österreichischen Familienleistungen sind laut WIFO inzwischen an zweiter Stelle. Und genau das Kindergeld wirkt dem Geburtenrückgang entgegen. Am 21. März 2001 haben wir erst 3670 Anträge auf Kindergeld gehabt, am 13. Mai 2002 sind es bereits 13.300 Anträge, das sind 300 Prozent mehr an Anträgen, mehr an Eltern, die sich entscheiden, dass sie zu Hause bei ihren Kindern bleiben wollen und unser Kinderbetreuungsgeld in Anspruch nehmen wollen. Genau für die Kinder von null bis drei, wo Sie gesagt haben, dass wir die 33 Prozent, die die EU fordert, nicht erreichen können. Und genau hier wirkt das Kinderbetreuungsgeld des Bundes, genau dort haben wir familienpolitische Maßnahmen gesetzt auch mit der Erhöhung der Familienbeihilfe, dem Mehrkinderzuschlag und vielem anderem in diesem Bereich. Genau hier haben wir den Geburtenrückgang gestoppt bundesweit. (Beifall bei der FPÖ.)

Es wäre an der Zeit, das auch in der Steiermark zu tun und nicht die Augen und die Ohren zu verschließen und zu sagen, was von woanders kommt und vor allem von der FPÖ kommt, ist uns nichts wert und das wollen wir nicht. Schauen Sie sich das an, ich gebe Ihnen gerne die Unterlagen, es sind nicht unsere Unterlagen, es sind die Unterlagen des zuständigen Beamten in Hamburg, der uns die Kita-Card, so wie das Kinderbetreuungsgeld dort heißt, die Unterlagen zukommen hat lassen, in dem er schreibt: „Der anstehende Paradigmenwechsel wird zu tief greifenden Änderungen führen!“ Ist das die Angst, Angst vor Paradigmenwechsel, Angst vor tief greifenden Änderungen? Weiter geht es: „Nach Einführung des neuen nachfrageorientierten gestaltungs- und kinderbezogenen Finanzierungssystems im Laufe des Jahres 2003 werden sich die Hamburger Leistungsanbieter bei der Strukturierung ihres Leistungsangebots weiter gehender als bisher sowohl in organisatorischer als auch pädagogischer Hinsicht an den Bedürfnissen der nachfragenden Familien auszurichten haben. Da eine Refinanzierung der Tageseinrichtung von den Trägern grundsätzlich nur noch über die von den Eltern eingereichten Kita-Gutscheine sichergestellt werden kann!“

Da steht es drinnen, dass es möglich ist, das zu machen. Hamburg macht es, stellt das System um. Sicher wird sich der eine oder andere umzustellen haben, weil man wird sich nach den Bedürfnissen der Eltern zu richten haben. Das ist natürlich was Neues für die Träger und da werden wir schon hören, was die Kollegin Gross dann dazu sagen wird. (Landesrat Dr. Flecker: „Schauen Sie, was das kostet!“)

Ich weiß, dass Ihnen das nicht passt, denn die Träger sind ja die, die Ihnen doch in gewissen Teilen zuzurechnen sind. Es wird nämlich Grundsatzvereinbarungen geben, wo es einen klaren und verlässlichen Rahmen gibt. Und das ist ja das, wie es sinnvoll sein sollte, dass es eine Rahmengesetzgebung gibt und der Rest sich dann regelt. Nämlich dass der Rest sich so regelt, dass die Eltern frei wählen und entscheiden können, wohin sie ihre Kinder geben. Nicht dass es wie bei uns ist, zum Beispiel in der Stadt Graz, wo die privaten Kindergärten nur halb

so viel kosten wie die öffentlichen Kindergärten. Beiträge von den Eltern werden gleich viel gezahlt, aber die Kosten, die Trägerkosten sind die doppelten. Ich habe die Zahlen, Sie schütteln den Kopf! Aber ich habe inzwischen die Zahlen, ich konnte es auch nicht glauben. Es sind die Kosten der städtischen Kindergärten doppelt so hoch. Das ist die Wettbewerbsverzerrung, weil hier die öffentliche Hand dazuzahlt, ein falsches System hat und die Privaten das kostengünstiger machen. Und die Vorteile des Kita-Gutscheinsystems, wie es heißt in Hamburg: Sie sagen, dass dort alle nur Vorteile erzielen, eine so genannte – wie es so schön heißt auf Neu-deutsch – Winwin-Konstellation, dass also alle nur davon profitieren, vor allem die Familien. Sie können nach eigenen Vorstellungen das optimale Leistungsangebot erhalten. Wir haben die Transparenz und die Vergleichbarkeit der angebotenen Leistungsarten, was ja auch einmal wichtig wäre und die Qualitätssicherung ist auch für die Familien erhalten. Die Leistungsanbieter könnten sich endlich einmal eigenständig, flexibel und dynamisch ein eigenes Konzept machen, das sie dann anbieten können und es bestehen erhebliche wirtschaftliche Anreize und Gestaltungsoptionen. Für die öffentliche Hand wäre auch der Vorteil, dass es auf Jahre ein abgesichertes System gibt und eine weitere Steuerungsfähigkeit. So die Vorteile in Hamburg.

Was ist jetzt die Angst, warum Sie seitens der SPÖ diese Vorteile nicht in Anspruch nehmen wollen? Denn alle steigen scheinbar in Hamburg mit Vorteil aus, aber bei uns herrscht hier große Angst in der linken Reihenhälfte. Ich kann es mir nur darin erklären, dass das eher Angst ist vor dem Verlust der politischen Einflussnahme. Denn das ist das Einzige, was bleibt, dass man hier dann nicht mehr hineinregieren kann, wer wo, wohin und wie sein Kind in welchen Kindergarten gibt. Die Träger können nicht mehr so stark beeinflusst werden und man muss wirklich ein geordnetes, transparentes, vergleichbares Kostensystem für alle privaten und öffentlichen Kindergärten einrichten. Das ist eine gewisse Angst für die, die nicht wollen, dass Dinge aufgedeckt werden, die derzeit vorhanden sind. Und wahrscheinlich gönnen Sie auch der FPÖ keinen Erfolg, Sie haben es ja selber gesagt. Sie haben es selber gesagt, reiner Populismus ist das, was wir wollen. Ich nehme es mit Fassung. Ich habe kein Problem, wenn Sie sagen, das ist reiner Populismus, denn wir haben schon einmal bewiesen, wir können das, was wir wollen, auch umsetzen. Wir haben das Kinderbetreuungsgeld und wir werden nicht locker lassen. Wir werden auch diese Studie erreichen – mit oder ohne Landesrat Flecker. Wir werden es erreichen, auch wenn Sie sich sträuben. Wir werden es durchsetzen und wir werden noch einmal den Entschließungsantrag einbringen und dann kann ich Ihnen nur das Zitat mitgeben: Und wenn wir hier dann zu einem Beschluss kommen, Ihr Zitat, Herr Landesrat, wäre es zu erhoffen, dass sich in diesem Fall wenigstens – und ich ändere jetzt den Namen – der Herr Landesrat Flecker an das hält, wonach er sich zu halten hat, nämlich an einen Mehrheitsbeschluss des Landtags. (Beifall bei der FPÖ. – 16.39 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Abgeordnete. Danach kommt dann die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

**Abg. Lechner-Sonnek** (16.39 Uhr): Herr Präsident! Werte Herren der Regierung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen!

Zuerst einmal gleich an den Kollegen Lafer. Ich teile deinen dringenden Wunsch, die Regierung möge umsetzen, was der Landtag beschließt und bekenne, dass das für mich enorm gewöhnungsbedürftig war, nach über zehn Jahren im Gemeinderat zu erkennen, dass es hier ein politisches Gremium gibt, dessen Beschlüsse nicht ernst genommen werden müssen von der Regierung.

Im Ernstfall kann sich offensichtlich ein Regierungsmitglied immer aussuchen, ob es das macht, was der Landtag beschlossen hat oder nicht, wenn es sich nicht um beschlossenes Gesetz handelt. Das halte ich für nicht sehr positiv und ich unterstütze insofern diesen Teil des Statements vom Kollegen Lafer, dass diese Studie einfach zu machen ist, weil der Landtag sie beschlossen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich auch kritisieren, denn ich sehe das nicht so, dass sich der Stellenwert der Beschlüsse nach der inhaltlichen Qualität dieser Beschlüsse richtet und man danach als Regierungsmitglied entscheiden kann, mache ich es oder mache ich es nicht. Das ist in meinen Augen eine Beurteilung von Beschlüssen, die Ihnen so in diesem Rahmen, Herr Landesrat, nicht zukommt. (Beifall bei den Grünen, ÖVP und FPÖ.)

Bevor sich allerdings die ÖVP zu sehr über meine Wortmeldung freut, möchte ich dringend darauf hinweisen, dass es auch andere Beschlüsse des Landtages gibt, die nicht umgesetzt wurden, und zwar in ÖVP-Ressorts. Ich wünsche mir dringend eine Studie zu den Alternativen der 380-kV-Leitung, wie sie hier mehrmals beschlossen und bis heute nicht umgesetzt wurde – jetzt habe ich vielleicht einen kleinen Ausgleich geschafft. (Beifall bei den Grünen.)

Nun zum Thema: Es geht hier um ein paar zentrale Fragen und sie sind nicht wirklich neu. Inhaltlich habe ich auch wenig Neues hier heute gehört. Es geht darum, wie wir mit der Reduktion der Geburtenzahlen umgehen. Es gibt die eine Seite, die sagt, wir schauen, dass mehr Kinder dadurch geboren werden oder dass die Eltern, um genauer zu sein die Mütter, motiviert werden, mehr Kinder zu bekommen, indem man ihnen ermöglicht länger zu Hause zu sein. Das ist kurz gefasst die eine Seite. Die andere Seite sagt, es ist besser, wenn wir mehr Kinder haben wollen, dafür zu sorgen, dass Kinder zu haben und einem Beruf nachzugehen vereinbar ist. Die Folgen dieser zwei Einschätzungen sind natürlich sehr verschieden. Das eine heißt, schauen wir, dass die Mütter zu Hause bleiben können. Eine kleine Anfügung: Es ist da immer von den Müttern die Rede. Ich weiß nicht, ob Ihnen das schon aufgefallen ist. Die andere Seite sagt, wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder gut betreut werden können, und zwar zeitgemäß, so wie man sich das heute vorstellt – pädagogisch. Hier, und für die Grünen kann ich das in Anspruch nehmen, werden die Väter mitgedacht. Ich denke, das ist einer der zentralen

Fehler in dieser Debatte, dass man immer nur davon ausgeht, dass Mütter das Problem zu lösen haben und dass Väter ihrem Beruf weiter nachgehen können, unbeeinträchtigt dadurch, ob sie Kinder haben oder nicht. Nächste Frage: Ist eine Verbesserung der Betreuungssituation für Kinder dadurch zu erreichen, dass man einzelne Personen fördert oder dass man Strukturen aufbaut? Das liegt auch auf der Hand und da ist der große Unterschied. Die Subjektförderung hat einen Zugang, der aus der Liberalisierung kommt, hat einen Zugang, der auf Markt hin arbeitet, auf Wettbewerb hin arbeitet. Klingt nett und kann da oder dort sicher auch funktionieren, vielleicht auch in Hamburg. Ich kann das im Moment nicht beurteilen. Wenn jemand hergeht wie Sie, Frau Kollegin Bleckmann, und Hamburg ausbreiten und auswalzen will als das tollste Modell, dann muss ich sagen, wir sind in der Steiermark. Wenn Ihnen das entgangen sein sollte, muss ich es in Erinnerung bringen, denn man kann Systeme nicht willkürlich vergleichen. Das haben wir an vielen Stellen schon festgestellt. Es ist hinderlich. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Lafer: „Deshalb wollen wir eine Studie!“)

Es ist legitim, deswegen eine Studie zu verlangen. Ich habe auch gesagt, ich unterstütze das. Es sind aber auch inhaltliche Aussagen gemacht worden und auf diese beziehe ich mich jetzt. Wir führen hier nicht nur eine Diskussion über die Studie, sondern auch über die vermuteten Inhalte einer Studie oder über unsere politisch verschiedenen Ansichten, was richtige Lösungen sind. Ich bringe in Erinnerung, dass Graz nicht unbedingt die Größe von Hamburg hat. Da fängt es schon einmal an. Da würde es ja vielleicht irgendwie noch gehen mit einer Subjektförderung. Es gibt bereits ein gewisses Ausmaß an schon aufgebauten Kinderbetreuungseinrichtungen. Eines geht aber sicher nicht: Außerhalb von Graz kann das nicht funktionieren. Das wird mir jede Person hier bestätigen (Beifall bei der SPÖ.), die Bürgermeister ist und wir haben ja einige Bürgermeister in den Abgeordnetenreihen. Das werden mir auch die Kolleginnen und Kollegen – einige grüne Gemeinderätinnen sitzen hinten, die ich herzlich begrüßen möchte – und auch alle anderen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bestätigen, die mit diesen Themen befasst sind. So kann das nicht gehen. Wenn man Kinderbetreuung sicherstellen will, muss man Strukturen anbieten. Das ist ganz klar. Wenn ich einer Mutter ein paar 1000 Schilling in die Hand drücke und keine Strukturen anbiete, es also keine Kindergärten gibt, dann fördere ich zum Beispiel auch Schwarzarbeit – ganz gepflegt. Machen wir uns nichts vor, denn so ist es. Das ist nicht das, was zeitgemäße Kinderbetreuung ist. Das ist nicht das, was Aufgabe des Staates ist, nämlich in diesem Bereich dafür zu sorgen, dass es ein ordentliches Angebot gibt, das zeitgemäß ist. Man kann nicht das eine und das andere tun. Ich hätte nichts dagegen. Sie sagen aber immer, es ist nicht genug Geld da. Wenn wir uns entscheiden müssen, dann entscheiden sich die Grünen jederzeit für den Aufbau einer Struktur, die Chancengleichheit schafft für alle Bevölkerungsschichten und alle Personen: Sollen sie in den Familien alleinerziehender Personen sein oder Familien, in denen beide Elternteile da sind, sollen es Eltern sein mit einem großen Vermögen, einem großen Einkommen oder auch Personen, die vielleicht sogar unter der Armutsgrenze leben müssen. Es ist eine grundlegende Struktur zu schaffen, die Chancengleichheit schafft und aus. Wenn es darüber hinaus noch eine Subjektförderung geben soll und kann, dann kann man darüber nachdenken. Aber so viel Geld ist ja nicht da, also sollten wir das eigentlich konsequenterweise lassen.

Sie haben in Ihrem Antragstext beziehungsweise im Text zur Dringlichen Anfrage die Bündnis-Grünen in Deutschland zitiert. Ich habe ausgedrückt, was die dazu sagen. Ich kann nur feststellen, Sie müssen sie gründlich missverstanden haben. Die Bündnis-Grünen machen Kinderpolitik, Politik für Kinder, zu einem ihrer großen Schwerpunkte oder haben bereits gemacht und haben ein Kinderpapier erarbeitet. Zwei Elemente will ich Ihnen sagen: Die Bündnis-Grünen setzen sich für eine Kindergrundsicherung ein. Das ist eine Grundsicherung, die sicherstellen soll, dass Kinder nicht als Person in ihrer Sicherheit bedroht sind, wenn sie oder ihre Familie unter die Armutsgrenze rutschen. Das denke ich ist ein ganz neuer Ansatz, entspricht auch dem österreichischen Modell der Grundsicherung, wo das im Übrigen ein Teil davon ist, und zwar eine Absicherung von Kindern, unabhängig von ihren Eltern. Das heißt, es ist auch eine Aufhebung dessen, dass Eltern über ihre Kinder und Kinder über ihre Eltern definiert werden, auch in Bezug auf ihre Absicherung. Zweites Element, und das habe ich schon gesagt, das gilt für uns und das gilt für die Bündnis-Grünen. Verbesserung der Infrastruktur in der Kinderbetreuung. Die Bündnis-Grünen sagen etwas, was wir auch schon oft gesagt haben. Kinder-politik, wenn sie ernst gemeint ist, ist auch Verkehrspolitik, ist auch Bildungspolitik, ist auch Politik der gesunden Ernährung, ist auch Politik der Erhaltung von Umwelt. Das ist den Grünen klar. Ich würde mir wünschen, dass wir miteinander in diese Richtung denken. Heute habe ich das Gefühl gehabt, die FPÖ setzt sich so ein, die FPÖ will mit ihrem Einsatz für Kinder einfach zeigen, wie ernst es ihr ist. Dieselbe Partei hat zusammen mit der ÖVP in diesem Bereich in der letzten Zeit ein paar ordentliche Schnitzer zusammengebracht. Wie anders würden Sie das verstehen, wenn es FPÖ und ÖVP gelungen ist, wenn es ihre Absicht war, das Verbot der Abgabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche hinauszukicken aus der Gewerbeordnung und auch die Verpflichtung, zwei alkoholfreie Getränke anzubieten, die nicht teurer sind als alkoholische Getränke? (Abg. Lafer: „Das ist falsch!“)

Das gehört auch zu diesem Bereich dazu – erstens. Zweitens: Waltraud Dietrich hat vorher in der Debatte zum A1-Ring gesagt, dass es eine aufrichtige FPÖ-Politik ist, dass man auch unpopuläre Maßnahmen durchtragen muss. Wenn es eine unpopuläre Maßnahme ist, für Infrastruktur zu sorgen, dann machen Sie doch mit. Machen Sie doch trotzdem mit, liebe FPÖ, und nehmen Sie Abstand von dieser Variante des Geschenkeverteils an die liebe Mami für die lieben Kinder, wie Kollege Lafer sagt: Es geht uns nicht um die Kinderbetreuung. Das Kind steht im Mittelpunkt. Das ist für mich eine romantisierende und wenig differenzierte Aussage, die die Ziele nicht offen legt, die dahinterstehen und die, wie ich vermute, einfach heißen – zurück zu den alten Familienstrukturen. Zu den Rundumschlägen der Frau Kollegin Bleckmann muss ich auch noch etwas sagen. Es ist für mich nicht legitim, in diesem Zusammenhang zu sagen, daran werden sich die Träger gewöhnen müssen, da müssen sie halt selber auch einmal etwas tun.



Ich glaube, Sie können keinen Träger einer privaten Kinderbetreuungseinrichtung kennen, denn dann würden Sie das nicht sagen. Und ich würde Ihnen dringend anraten, in Gespräche mit solchen Trägern einzutreten, die an der Existenzgrenze dahindümpeln, die oft ihre privaten Ressourcen einspeisen müssen, um das System überhaupt zu erhalten.

Auch bei den öffentlichen Trägern denke ich nicht, dass hier im Sekretariat der Leiterin des Kindergartens der absolute Luxus ausgebrochen ist oder wo auch immer. Wir alle wissen, dass dort in diesen Bereichen massivst gespart wird und ich kann es einfach nicht hinnehmen, dass Sie den Trägern unterstellen, dass sie nicht ordentlich wirtschaften, und zwar auf unser aller Kosten. Das weise ich ganz entschieden zurück. Das Gleiche in Bezug auf die Beamtenschaft. Sie haben da so salopp gesagt irgendwelche Zahlen und wie das halt so entsteht und unterstellt wird. Sie können nicht pauschal, wenn es Ihnen in den Kram passt, ganze Personengruppen verurteilen. Wenn es konkrete Kritik gibt, dann auf den Tisch damit, aber eine pauschale Verurteilung oder eine pauschale Unterstellung, die arbeiten nicht ordentlich, auch der werden wir keine Unterstützung geben, auch der werden wir entschieden entgegnetreten. Was ich hiermit auch tue.

Und natürlich auch das Behindertengesetz, sagt die Frau Kollegin Bleckmann. Das Behindertengesetz, das ist ja alles viel zu teuer, sagt sie auch im Ausschuss im Übrigen. Da kann man ja dreimal so viel Geld brauchen. In diesem Raum, vor zwei, drei Wochen hat es eine Enquete gegeben, da hat die FPÖ ganz anders geredet. Das waren wahrscheinlich die Schalmeyenklänge, die man auspackt, wenn Enqueten sind. Meine Damen und Herren von der FPÖ, wenn Sie es ernst meinen mit den Kindern und Jugendlichen, es gibt genug Handlungsmöglichkeiten. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.52 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile Ihnen das Wort. Nächste Wortmeldung dann Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Dr. Reinprecht** (16.52 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss jetzt an die Frau Lechner-Sonnek anschließen, nämlich das, was die öffentlichen und privaten Träger anbelangt. Es hat mich geradezu verletzt, was die Frau Dr. Bleckmann hier gesagt hat. In meinem politischen Leben war ich immer wieder überrascht, wie sehr vor allem natürlich die Frauen, weil die ja beschäftigt sind und egal, ob es sich hier um öffentliche oder private Träger handelt, ob Caritas, Volkshilfe, die Vertreter der Pfarrkindergärten oder der Vereinskinderkärten, wie engagiert und innovativ diese Menschen sind und wie sehr sie sich bemühen, Kinderbetreuung wirklich zeitgemäß zu gestalten.

Ich war einigermaßen verblüfft, als ich die Dringliche Anfrage der Freiheitlichen gelesen habe. Die Präambel bringt uns das Übliche, das Bejammern des Rückganges der Geburtenrate. Ich nehme an, die Dringliche Anfrage ist auch ein Produkt oder eine Reaktion auf die Zeitungsmeldungen der letzten Tage, wo man ein bisschen politisches Kapital schlagen will. Aber noch mehr verblüfft war ich über folgendes Zitat aus dieser Anfrage: „Den Müttern ist trotz mehrjähriger Auszeit für die Geburt eine langfristige soziale Sicherheitsarchitektur anzubieten!“ Ich habe nicht gewusst, dass die Mütter in der Steiermark solch ein biologisches Wunder sind und eine mehrjährige Auszeit für die Geburt brauchen. In Wirklichkeit brauchen sie Zeit für ihre Kinder, wenn sie auf der Welt sind. Eine Geburt dauert, wenn es gut geht, ein paar Minuten und wenn es schwieriger geht, vielleicht mehrere Stunden. Aber die Auszeit, von der hier gesprochen wird und die nicht selbstverständlich sein muss, ist die Zeit, die man für die Kindererziehung braucht, vor allem, wenn die Kinder klein sind.

Der zweite Punkt ist, und das ist natürlich das Problem, die mehrjährige Auszeit. Das ist nicht so wie beim Basketball- oder beim Volleyballspiel, wo es dann nach dieser Auszeit weitergeht, 40 Prozent aller Frauen werden nach dieser Auszeit arbeitslos und der große Teil, der wieder in das Berufsleben zurückfindet, findet nur mehr geringfügig oder Teilzeitbeschäftigung, egal ob sie das selbst wollen oder nicht.

Ich habe zufällig im „Standard“ vom Februar eine interessante Meldung vom Tiroler Landeshauptmann aus dem heiligen Land Tirol, Wendelin Weingartner, gefunden. Da hat er offensichtlich einen sehr lichten Moment, den ich den Freiheitlichen hier auch gönnen würde. Er sagt, das Kindergeld der blauschwarzen Regierung, das ist jetzt Interpretation vom „Standard“, bietet offenbar keine Garantie für eine Trendwende. Der 65-jährige vierfache Familienvater hält es vielmehr für nötig – Zitat jetzt, Weingartner – „dass die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung verbessert werde und an einer“ – wieder Zitat – „Fernverteilung der Verantwortung für Erziehung gearbeitet werde“. „Das Rollenbild der Männer“ – so Weingartner – „von dem ich zugegebenermaßen profitiert habe, muss sich ändern.“ So Wendelin Weingartner aus dem heiligen Land Tirol, eine vernünftige Ansage. Und ich denke, die meisten Männer, die hier sich in diesem Raum befinden, haben auch von diesem Rollenbild profitiert.

Ein anderer Punkt ist, dass die Freiheitlichen in ihrer Anfrage sagen, dass mit der Umstellung von der Objektförderung zur Subjektförderung die Wahlfreiheit ansteigen würde. Das ist nur bedingt richtig und auch das ist schon gesagt worden. Das ist dann richtig, wenn es flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Erst dann kann ich mir aussuchen, wo ich mein Kind hingebe. Da muss es aber schon genügend Betreuungseinrichtungen geben. Und das ist höchstens in der Stadt Graz der Fall und vielleicht noch in einigen größeren Bezirksstädten, wo es mehrere Angebote gibt. Aber sicher nicht in Gegenden, wo Frauen froh sein müssen, wenn sie überhaupt einen Platz bekommen für ihr Kind. Dazu noch ganz kurz, was die Frau Dr. Bleckmann gesagt hat, dass wir bestimmen würden, wo die Eltern ihre Kinder hinzugeben haben. Also dieses Bedürfnis haben wir überhaupt noch nie verspürt, möchte ich sagen. Wir sind nur froh, wenn wir überhaupt Plätze finden für Kinder, vor allem am Land, wo wir einen großen Nachholbedarf haben.

In der Anfrage wird auch von der Kindergartenmilliarde gesprochen, als ob sie noch existierte. Auch die Kindergartenmilliarde ist in Wirklichkeit ein Euphemismus. Es waren nie mehr als 600 Millionen, und davon sind – wenn ich mich richtig erinnere – 80 Millionen in die Steiermark gegangen. Aber die Kindergartenmilliarde gibt es nicht mehr. Und deshalb haben wir unter anderem auch das Problem mit den Neubauten von Kindergärten. (Abg. Gross: „Abgeschafft von einem Frauenminister!“)

Ja!

Ich halte das überhaupt nicht für richtig und auch nicht für zielführend, so starre Gegensätze zu machen. Hier ist die Objektförderung und hier ist die Subjektförderung. In Wirklichkeit haben wir in der Steiermark, wie vermutlich auch überall in Österreich, ein Mischsystem und da möchte ich kurz referieren, was die Stadt Graz ab diesem Herbst verwirklichen will. Die Stadt Graz will eine Tarifgleichstellung zwischen öffentlichen und privaten Kindergärten erreichen. Es beteiligen sich an dieser Tarifgleichstellung 37 von 77 privaten Kindergärten, acht von neun privaten Krippen, beide privaten Horte sowie die beiden Kinderhäuser. Das bedeutet eine finanzielle und qualitative Gleichstellung der öffentlichen und privaten Einrichtungen und die Qualität unserer Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen ist wohl auch durch unser großartiges Kinderbetreuungsgesetz gesichert. Das heißt, es wird einen einheitlichen Elternhöchstbeitrag geben und eine soziale Staffelung der Elternbeiträge. Die Subjektförderung liegt also in der sozialen Staffelung und dass die Differenz zwischen dem Tarif des privaten Trägers und dem Tarif des öffentlichen Trägers durch die Stadt Graz ersetzt wird. In Graz übrigens ist das möglich, weil hier haben wir bei den Kindergärten, bei den Einrichtungen für die Drei- bis Sechsjährigen einen Deckungsgrad von knapp über 90 Prozent. Also hier haben wir die EU-Vorgabe schon erreicht. Bei den Krippen haben wir leider erst einen Deckungsgrad von 10 Prozent erreicht. Wir müssten ja 33 Prozent haben. Und bei den Horten haben wir einen Deckungsgrad von 30 Prozent, was auch sehr gut und sehr positiv ist.

Ich möchte nun zum Ausgangspunkt zurückkommen, nämlich zum Sinken der Geburtenrate. Wie Sie vielleicht wissen, weil das kann man jetzt allerorten lesen, hat jenes Land die niedrigste Geburtenrate, wo der Papst zu Hause ist, nämlich Italien. In Italien liegt die Geburtenrate bei 1,19. (Abg. Dr. Lopatka: „Der ist im Vatikan zu Hause, Frau Kollegin!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Ein paar Semester Theologie sind etwas wert!“)

Das ist wahr, es ist ein eigener Staat. Danke!

In Österreich liegt sie bei 1,34 Prozent. Die niedrigste Geburtenrate gibt es übrigens in der Toskana, jener Region in Italien, die die höchste Lebensqualität und den höchsten Lebensstandard hat, nämlich 0,99 Prozent. Ausnahmen sind die skandinavischen Länder und Frankreich. Diese Länder zeichnen sich durch eine hohe Frauenerwerbsquote, eine höhere als bei uns und ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen, vor allem ganztägige Formen für Kinder von null bis 15 Jahren, aus, so wie wir das ja auch in unserem Kinderbetreuungsgesetz festgelegt haben. Hiezu äußert sich der österreichische Kindersociologe Helmut Wintersberger, wo es eigentlich bei uns in Österreich einen Nachholbedarf gibt. Ich möchte auch dazu aus dem „Standard“ vom März zitieren. Auf die Frage, wo sehen Sie den größten Nachholbedarf, sagt der Kindersociologe: „Bei den Betreuungseinrichtungen. Da sind wir sehr konservativ, wenn auch unterschiedlich nach Bundesländern. Anderswo wird oft nicht verstanden, wieso man bei uns diskutiert, ab welchem Alter Betreuung außer Haus zuträglich ist.“ Sie wissen, diese Diskussionen hatten wir monatelang. Die skandinavischen Beispiele zeigen, dass das nicht vom Alter abhängt, sondern von der Qualität des Angebotes, also es hängt nicht vom Alter des Kindes, sondern von der Qualität der jeweiligen Betreuungseinrichtung, des jeweiligen Betreuungsangebotes ab. Wintersberger sagt auch auf die Frage, ob es ausreichend statistisches Material in den EU-Ländern zur Lage der Kinder gibt: „Bei den Kühen ist sie besser. Das statistische Material, das wir in den EU-Ländern bezüglich Kinder haben, ist, was Kühe betrifft, weitaus besser.“ Monika Kaufmann schaut mich an, denn wir wissen besser, wie es den Kühen geht.

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Tierarzt und Frauenminister Haupt hatte vor einigen Monaten die Chuzpe, für die sinkende Geburtenrate den Egoismus und die Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen. Er hat es zwar nicht explizit gesagt, aber ich würde meinen, er meinte den Egoismus der Frauen – Haupt selbst ist übrigens kinderlos. Natürlich ist es wirklich nicht so einfach. Der Rückgang der Geburtenrate, gerade in den reichen Industrieländern, hat sehr viele Gründe. Offenbar liegt es nicht am Geld, weil es gerade die gebildeten Schichten sind, die am wenigsten Kinder haben. Man kann sich alle diese durch Gießkannenprinzip et cetera verstreuten Gelder in der Hoffnung, hier etwas bewirken zu können, sparen. Es geht anscheinend wirklich, wie die skandinavischen Länder zeigen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In vielen Familien, wo beide Elternteile berufstätig sind und auch berufstätig sein wollen, ist Kindererziehung nicht eine Frage des Geldes, sondern eine Frage der Organisation. Wenn ich das gut organisieren will, brauche ich die entsprechenden Strukturen. Entsprechende Betreuungseinrichtungen in ausreichender Anzahl mit den entsprechenden Öffnungszeiten. Was mir besonders wichtig erscheint ist auch die Akzeptanz bei der Bevölkerung, dass es keine Schande ist, wenn ein Kind mit ein, zwei oder drei Jahren sich in einer Betreuungseinrichtung von höchster Qualität findet. Und das werden und wollen wir auch in Zukunft garantieren. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 17.04 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf.

**Abg. Beutl** (17.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich zu dieser Thematik eine allgemeine Feststellung treffen – wir haben darüber in diesem Haus schon mehrfach diskutiert: Tatsache ist, dass sich unsere Gesellschaft in einem tief greifenden Änderungsprozess befindet, dass die Leitbilder der Menschen sich ändern und dass das ganz besonders deutlich im Wandel der Familienstrukturen und dort festzustellen ist, wo es um die existenziellen Werte der Menschen heute geht. Der Wandel der Familienstrukturen wurde angesprochen, er ist bekannt und beunruhigt uns. Weniger Eheschließungen, mehr uneheliche Geburten, späte Mutterschaft, mehr ältere Familienangehörige, die zunehmende Berufstätigkeit der Frau, damit verbunden ein verändertes eingefordertes Rollenbild, sinkende Geburtenraten – mehrfach heute angesprochen. Trotz dieser Trends gibt es ganz deutlich und sehr stark die Sehnsucht, vor allem der jungen Menschen, nach Familie, nach Kindern, nach einem geschützten Raum der Geborgenheit. Wenn man junge Menschen im Alter zwischen 16 und 24 fragt, sagen sie, sie wünschen sich Kinder. Trotzdem geht dieser Wunsch spät oder so nicht in Erfüllung, wie er auf Grund des Wunsches zu erwarten wäre. Wir sagen, Kinder sind Glück und Geschenk für Eltern. Aber das Erziehen von Kindern ist letztlich nicht nur ein privates Interesse von Eltern. Es hat natürlich auch unmittelbar gesellschaftliche Auswirkungen. Sie bedeuten den Fortbestand unserer Bevölkerung und bilden das Fundament und die Grundlage des Generationenvertrages, auf dem wir aufbauen.

Ich möchte, nachdem morgen am 15. Mai der Internationale Tag der Familie ist, noch einmal – es ist heute schon mehrfach angesprochen worden – darauf hinweisen, was Österreich und die Steiermark für die Familien leisten. In Österreich haben wir den finanziellen Lastenausgleich durch Transferzahlungen einerseits und durch steuerliche Begünstigungen und Berücksichtigungen andererseits gewährleistet. Wir haben allein für Transferzahlungen im Jahr 2000 zirka 72 Milliarden Schilling, das sind 5,2 Milliarden Euro, ausgegeben und an die Familien übermittelt. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes liegt Österreich im europäischen Vergleich im Spitzenfeld. Es gibt nur vier vergleichbare Länder, die in diesem Bereich liegen, das sind Luxemburg, Belgien, Island und Österreich. Österreich gibt mit 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes mehr für Familien aus als der europäische Durchschnitt. Laut WIFO-Berechnungen können heimische Familien mit Kindern mit einem rund 17 Prozent höheren Nettoeinkommen rechnen, wenn man die Transferzahlungen und die Steuerbegünstigungen berücksichtigt. Zusätzlich, und das ist, so meine ich, sehr wichtig, gibt es nur in Deutschland und in Schweden ähnlich lange bezahlte Karenzzeiten für Frauen, für Eltern wie in Österreich. Im Durchschnitt beträgt die bezahlte Karenzzeit in Europa weniger als sechs Monate. In Frankreich, von dem wir heute schon viel gehört haben, ist die Karenzzeit überhaupt unbezahlt.

Zusätzlich gibt es familienpolitische Leistungen von Ländern und Gemeinden in Form von direkten finanziellen Förderungen ebenso wie in der Form, dass Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen, eingerichtet und betrieben werden. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Steiermark im Bundesländervergleich ebenfalls mit ihren Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit im Spitzenfeld liegt. Kein anderes Bundesland hat auch nur annähernd eine vergleichbare Familienförderung wie etwa das steirische Kinderbetreuungsgeld für die Kinder, die zwischen dem 1. Juli 2000 und dem 31. Dezember 2001 nicht in das Bundeskindergeld hineingefallen wären. Aktuell gibt es Zahlen: Am 31. März 2002 war Antragsschluss und es sind insgesamt 1942 Gesamtanträge eingegangen. Sie werden in den nächsten Jahren mit einem Betrag von zirka 12 Millionen Euro zur Auszahlung kommen, also auch eine sehr schöne zusätzliche Unterstützung für Familien, vor allem für Familien mit niedrigem Einkommen.

Zusätzlich gibt es für die sozial schwachen Familien den Kinderzuschuss. Für zwölf Monate werden an Familien, die mit 8440 Schilling oder 613 Euro auskommen müssen, zusätzlich ein Jahr lang 2000 Schilling oder 145 Euro ausbezahlt. Aber nicht nur finanziell wird in der Steiermark unterstützt, sondern mit der Initiative „Kinderleben“ wird für die nächsten Jahre und Jahrzehnte als eine langfristige Initiative in allen Lebensbereichen untersucht werden und geschaut werden, wo kann man Familien und Kinder noch besser fördern und ein positives Familienklima forcieren, so dass wir hoffen, dass tatsächlich der Kinder- und Geburtenrückgang gestoppt werden kann. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir in der Steiermark mit dem wirklich modernen Kinderbetreuungsgesetz, um das uns andere Bundesländer beneiden, damit auch für Frauen, für Familien etwas geschaffen haben, was die Vereinbarkeit und die Betreuung der Kinder in einem hohen qualitätsvollen Ausmaß erleichtert und sichert.

Wir haben also allen Grund auf das, was in Österreich und in der Steiermark für Familien geleistet wird, stolz zu sein und wir dürfen uns auch darüber freuen. Ich denke, dass wir trotzdem – und ich sage das sehr bewusst – weiter schauen müssen, was können wir noch tun, um Paaren das Familienleben zu erleichtern. Ich möchte den ideellen Wert herausstreichen, der zum einen durch das Kinderbetreuungsgeld geschaffen wurde. Wir haben vorgestern Muttertag gehabt und da wird ganz gerne davon gesprochen, wie wichtig und notwendig und gesellschaftlich unverzichtbar diese Leistungen der Mütter sind.

Wir müssen aber auch Taten setzen, wie diese Leistungen anerkannt werden. Aber darüber hinaus – und ich glaube, man soll es auch deutlich sagen – kann es Geld allein nicht sein, das den Geburtenrückgang stoppen wird, sondern wir müssen hineinhören und hinhorchen, was junge Menschen, was junge Paare, was junge Familien auch brauchen, noch brauchen, um sich für ein Kind zu entscheiden. Und da, glaube ich, wird es wichtig sein, vielfältige Maßnahmen ins Auge zu fassen, denn es muss ja einen Grund haben, wenn neun von zehn Österreichern sich Familie und Kinder wünschen und die Geburten dennoch rückläufig sind, wo liegen dann die Probleme? Sie liegen im Lebensalltag. Ich möchte zitieren, was eine Familienforscherin erst kürzlich, eben erst vor wenigen Tagen veröffentlicht hat, die Frau Dr. Pfeifer vom Familienforschungsinstitut. Sie sagt: „Wir müssen in der Familienpolitik auf die Vielfalt der Lebensformen und der Lebenskonzepte Rücksicht nehmen und möglichst flexible vielfältige Maßnahmen anbieten, Rahmenbedingungen, die Familien brauchen!“ Ich glaube, das

Wichtigste wird sein, ihnen die Wahlfreiheit zu ermöglichen, wählen zu dürfen und zu können, was sie und wie sie ihr Leben gestalten wollen. Es muss möglich sein, ohne dass man deswegen gleich in einen ideologischen Streit ausbricht, Müttern und Vätern zu erlauben, dass sie bei ihren Kindern bleiben, so lange sie es möchten und für notwendig erachten und auf der anderen Seite aber jene Mütter zu fördern und zu unterstützen, die eben, weil sie stärker berufsorientiert sind, schon früher in den Beruf zurück wollen. Beides muss möglich sein, die Wahlfreiheit ist wichtig und ich glaube, das ist es, worauf es ankommt. Ich möchte die Familienforscherin in einem Punkt noch zitieren. Sie sagt: „Es ist im europäischen Vergleich keine Patentlösung abzusehen. Denn nicht nur in Österreich, auch in Europa weiß man nicht genau, wie man vorzugehen hat oder vorgehen soll. Die Länder sind sehr unterschiedlich!“ Sie zitiert Frankreich. Aber sie zitiert auch Irland. Das sind Länder, Frankreich wie auch Irland, mit den höchsten Geburtenraten. Und beide sind sie unterschiedlich vom Sozialsystem als auch von den Werten und der Einstellung her. In Irland lebt man die traditionelle Rollenaufteilung und hat hohe Geburtenraten, in Frankreich ist eben die hohe Erwerbstätigkeit der Frauen gegeben. Ich meine, man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass es nicht um Ideologie geht, sondern darum, was Frauen für sich selber wünschen, was junge Paare für sich selber wünschen und wir müssen versuchen, ihnen entgegenzukommen.

Es ist nun alles schon aufgezählt worden, was notwendig sein wird, um Familie lebbar zu machen, die entsprechenden Angebote aus der Arbeitswelt mit flexibleren Arbeitszeitgestaltungen, mit mehr Teilzeitplätzen, allen Möglichkeiten, die es nur gibt, um diese Vereinbarkeit, diesen täglichen Spagat für Frauen, für Familien zu erleichtern, all das wird forciert werden müssen. Wenn damit auch eine komplette neue Umstellung der Kinderbetreuungsförderung von der Objekt- auf die Subjektförderung vielleicht eine Möglichkeit wäre, um das zu erleichtern, dann sollten wir uns das anschauen.

Deswegen wird die ÖVP diesen Entschließungsantrag unterstützen, wie wir es schon einmal gemacht haben. Wir werden uns diese Studie genau anschauen. Sie soll Grundlage für eine grundsätzliche Diskussion sein. Von heute auf morgen wird man eine solche Systemänderung ohnehin nicht erreichen können, aber ich denke, es soll möglich sein, auch darüber zu diskutieren und sich das im Detail anzuschauen und dann abzuwägen, ist es machbar, ist es das, was wir auch wollen und wünschen. Noch einmal, Patentlösungen gibt es nicht und wir müssen einfach verstärkt hinzuhören auf das, was die Menschen, die Betroffenen wollen. Ich zitiere nun einen Satz aus dieser Studie der Familienforscherin Pfeifer: „Es hängt auch sehr, sehr stark von den jeweiligen Traditionen in den Ländern ab. Etwa 60 Prozent der österreichischen Mütter sagen, sie wollen oder würden gerne bis zum dritten Lebensjahr bei ihrem Kind bleiben!“ Und wenn man bei uns dann – meint sie – flächendeckend Kinderbetreuungseinrichtungen für Eineinhalbjährige anbieten würde, würde sie es nicht wundern, wenn die Frauen das gar nicht in dem Ausmaß annehmen. Eine Meinung der Familienforscherin, die sich sehr intensiv mit dieser Problematik befasst hat.

Ich denke noch einmal, das, was wichtig ist, ist Wahlfreiheit ermöglichen, die Vereinbarkeit verbessern und hinzuhören, was die jungen Paare, was die Mütter vor allem, die ja die Hauptlast tragen, wollen und das sollte die Maxime unserer Handlungen sein. (Beifall bei der ÖVP. – 17.18 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf. Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete.

**Abg. Graf (17.18 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Landesräte! Meine Damen und Herren!

Ja, grundsätzlich möchte ich Ihnen noch einmal erklären, warum wir uns in diesem Bereich so engagieren und einsetzen, weil wir nämlich der Entwicklung, mit der wir beim Bundeskindergeld schon entgegengewirkt haben, nämlich dass die Geburten zurückgehen und wie auch die Frau Abgeordnete Bleckmann schon erzählt hat, ich weiß nicht, ob das überall angekommen ist, was die WIFO-Studie belegt hat, nämlich dass die Steigerung der Anträge für das Kindergeld 300 Prozent betragen hat. Und dass dies eindeutig belegt, dass der Staat mit dem Angebot an familienpolitischen Leistungen sehr wohl dem Bedürfnis der Menschen im Land nach Familien und Kindern Rechnung trage. Wir wollen positive Anreize für Familien und für Mütter. Wir wollen eine finanzielle Absicherung und Verbesserung, wie das beim Bundeskindergeld ist. Das bringt nämlich auch 9,5 Milliarden mehr Kaufkraft. Wir wollen keine Ausgrenzung, wie das beim Karenzgeld der Fall war. Bei unserem Bundeskindergeld bekommt jede Mutter das Geld. Es bekommen Bäuerinnen, es bekommen Hausfrauen und es bekommen Studentinnen. Wir wollen auch, dass es so wie beim Kindergeld und auch beim Landeskindergeld eine am Kind orientierte zukünftige Familienpolitik gibt. Dieser Kinderscheck von drei bis sechs ist für uns eine Fortführung dieser konsequenten Familienpolitik für die Zukunft in die richtige Richtung. Dieser Kinderscheck soll die derzeitige Situation ändern. Heute müssen sich die Eltern an eine Struktur anpassen. Wir wollen jedoch, dass sich die Struktur an die Eltern anpasst. Eine regionale Umverteilung dieser Struktur ist nicht möglich. Das soll sich durch die Ausstattung der Eltern mit der Nachfrage ändern: Finanziert werden soll kindbezogen, das System sollte flexibler werden, nämlich räumlich und zeitlich. Praktisch sieht das für mich so aus: Wenn ich die Möglichkeit habe, Kindergärten zu vergleichen, welche Art der Betreuung sie anbieten, betreuen sie eher konservativ, betreuen sie modern, richten sie sich mehr nach musischer Erziehung und so weiter und so fort, kann ich die Betreuung für mein Kind aussuchen, die ich für die Beste halte. Ich glaube doch, dass es in den meisten Fällen richtig ist, wenn eine Mutter beziehungsweise der erziehende Elternteil beurteilt, was für die Entwicklung des Kindes das Beste ist. Und das halte ich für wirklich wichtig. Ich kann in diesem System auch flexibel sein. Ich kann die Kinderbetreuung in der Nähe meines Arbeitsplatzes aussuchen. Ich kann, wenn es für mich günstiger ist, das Kind mit zur Arbeit nehmen, in die Kinderbetreuung geben und wieder abholen, weil es meiner Arbeits-

zeit entspricht oder ich kann es in der Nähe meines Wohnortes betreuen lassen. Ich glaube auch, dass wir mit unseren Wünschen und Vorstellungen nicht so falsch liegen. Es wird doch die Individualität in allen Bereichen groß geschrieben.

Ich muss dazu auch wieder vom Behindertengesetz sprechen. Wir sprechen beim Behindertengesetz wirklich davon, dass wir jedem Behinderten individuell die bestmögliche Leistung angedeihen lassen wollen mit dem individuellen Hilfsbedarfsverfahren. Ich denke doch auch, dass es hier eine Möglichkeit ist, dem Kind individuell das angedeihen zu lassen, was für das Kind das Beste ist. Ich, wie ich schon vorher gesagt habe, bin eben der Meinung, dass eine Mutter beziehungsweise der betreuende Elternteil sehr wohl weiß, was für sein individuell besonderes Kind das Beste ist. Es gibt, wie Sie auch schon gehört haben, es hat auch in Graz hiezu eine Veranstaltung gegeben, eine Stadt Hamburg, die diese Umstellung durchführt, die die Untersuchungen, die Studien und die Erhebungen gemacht hat und die zur Ansicht beziehungsweise zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine Umstellung notwendig ist, dass sie vorteilhaft ist und dass sie für alle Beteiligten Vorteile hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss hier Kritik anbringen: Ich habe in vielen vorherigen Sitzungen so oft von der SPÖ gehört, dass sie öfters von Aufbewahrungsstätten für Kinder gesprochen hat. Dagegen habe ich mich schon früher verwehrt und ich muss es hier noch einmal ansprechen. (Abg. Gross: „Ich weiß nicht, in welchem Landtag Sie gesessen sind. In diesem Landtag nicht!“) Bei der letzten Sitzung hat Herr Abgeordneter Kröpfl von Aufbewahrungsstätten gesprochen. (Abg. Kröpfl: „So wollt ihr es haben!“) Sie haben heute den Bericht und können es nachlesen. Das Interesse der SPÖ an den Themen Kindern ist leider sowieso sehr gering. Als es nämlich vorher um die Kinderbegleitung im Krankenhaus gegangen ist, waren sage und schreibe drei Abgeordnete der SPÖ anwesend. Sie sehen, wie sehr die SPÖ das Thema Kinderbetreuung wirklich interessiert. Ich für mich sehe auch, wie der zuständige Landesrat von oben herab auf unsere Fragen geantwortet hat und in welcher Art und Weise die Kommunikation geführt wird. Frau Abgeordnete Gross, Sie haben auch vorhin gesagt, man kann von der Regierung dieses und jenes verlangen. Dann frage ich Sie, was dürfen wir hier verlangen? Dürfen wir nicht einmal verlangen, dass Beschlüsse, die mehrheitlich beschlossen wurden, umgesetzt werden? Das dürfen wir offenbar nicht verlangen, nein. (Beifall bei der FPÖ.)

Auch Herr Schrittwieser hat vorher gesagt: Wie geht denn ihr mit den Wünschen der Bevölkerung um? Meine Kollegin Magda Bleckmann hat das schon angesprochen, denn das ist ihr so wie auch mir so derartig in das Ohr gesprungen. Wie geht ihr mit den Wünschen der Bevölkerung um und wie handhabt ihr das? Es werden keine Beschlüsse in unserem Sinne eingehalten und Wünsche, die an uns von der Bevölkerung herangetragen werden, werden von euch gänzlich ignoriert. So frage ich, wie geht ihr mit diesen Wünschen um? Die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek hat gesprochen vom Bündnis der Grünen. Ich habe die Internetseite, wo drinnen steht, dass eine wichtige Grundlage zur Qualitätssicherung für uns die Verbesserung der Mitsprache der Eltern ist, was für mich bedeutet, dass die Eltern wählen können. Wir befürworten dabei einlösbare Betreuungsgutscheine in jeder zugelassenen Einrichtung, wie sie das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vorgeschlagen hat, denn sie glauben, dass es hier einen gesunden Wettbewerb unter Institutionen für eine stärkere Kundenorientierung gibt. Das habe ich nicht gehört. (Abg. Lechner-Sonnek: „Da muss es eine Auswahl geben und die gibt es am Land nicht!“) Wir haben sehr wohl gesagt, dass es die Möglichkeit gibt, das Kind in einer Betreuungseinrichtung oder auch bei einer Tagesmutter betreuen zu lassen. Diese Auswahl gibt es – so denke ich – sogar in kleinen Gemeinden. Sie haben auch gesagt, zurück zu den alten Familienstrukturen. Sie haben das irgendwie sehr negativ gesagt, als ob die alten Familienstrukturen so schlecht gewesen wären. Da sage ich dazu, dass die alten Familienstrukturen nicht schlecht waren. Damals hat das System noch funktioniert. Die Jungen konnten arbeiten gehen, die älteren Familienmitglieder waren zu Hause und haben die Kinder beaufsichtigt. Auch im umgekehrten Fall war das so. Wenn dann nämlich die Älteren zu betreuen waren, war diese Voraussetzung auch vorhanden. Es ist nicht alles gut, was neu ist und es ist auch nicht alles schlecht, was alt ist. Das wollte ich hier auch noch sagen. (Beifall bei der FPÖ. – Präsident: „Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet!“)

Ich glaube, dass gerade mit diesem Modell, Herr Flecker, die Rahmenbedingungen für Eltern geschaffen werden. Wann kann ich mich besser organisieren? Wenn ich ein flexibles, räumliches, zeitliches Modell habe oder mit einem gebundenen örtlichen Modell, mit einem flexibel finanziellen handzuhabenden Modell oder mit einem finanziell vorgegebenen Modell hinsichtlich der Entscheidung oder mit einem nicht flexiblen Modell? Wir brauchen nicht nur erziehungsfreundliche Arbeitszeiten, sondern wir brauchen auch elternfreundliche Öffnungszeiten. Wir brauchen ein flexibles individuelles System. Wir wollen darüber diskutieren und deshalb brauchen wir diese Machbarkeitsstudie. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 17.28 Uhr.)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfl zu Wort gemeldet.

**Abg. Kröpfl (17.28 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, verehrte Damen und Herren!

Weil Sie mich zitiert haben, Frau Graf, möchte ich Folgendes richtigstellen: Schlagen Sie bitte das stenografische Protokoll auf Seite 1485 auf. Dort steht in einem Zitat, was ich gesagt habe. Wir sehen die Schule als eine Bildungseinrichtung, und nicht als eine Aufbewahrungsstätte. Sie haben das ein bisschen umgedreht. Vielleicht haben Sie es das letzte Mal nicht ganz gehört oder nicht richtig gelesen. Deshalb die Berichtigung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.29 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Gross. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

**Abg. Gross (17.29 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollegin Ilse Reinprecht hat unsere Position eigentlich schon toll eingebracht, dass ich mich gar nicht zum Thema melden wollte. Aber die Wortmeldung der Kollegin Beutl und vor allem die Wortmeldung der Kollegin Graf lassen das nicht zu. Auch wenn man gewisse Dinge noch so oft und immer lauter sagt und auch plakatiert, werden sie damit nicht richtiger.

Diese Dringliche Anfrage der FPÖ gehört zu diesen Dingen.

Meine Damen und Herren, Ihr Bundesfrauenminister Herbert Haupt hat Ende Feber deutlich gezeigt, was er wirklich denkt zum Thema Frauen, Kinder und Kinderbetreuung. Damals hat der Herr Frauenminister nämlich den Geburtenknick kritisiert, der seiner Meinung nach aus einer fehlenden Verzichtsbereitschaft resultiert. Schuld sei, nach Meinung des Herrn Frauenministers, der Wohlstandsstaat beziehungsweise dessen schädliche Derivative wie Spaß- und Egoismusgesellschaft. Er hat in diesem Interview vorgerechnet, dass rund 90.000 Geburten jährlich, im Vorjahr waren es nur 74.630 Kinder, die geboren worden sind – von Nöten wären, um – und jetzt hören Sie bitte genau zu – um die Steuerkomponente beibehalten zu können. Aber, so klagte der Herr Frauenminister am 23. Feber, der Generationenvertrag wird nicht eingehalten, weil eine Entsolidarisierung, jeder sieht nur mehr sich und seine Selbstverwirklichung, eingetreten sei. Meine Damen und Herren, auch wenn der Herr Frauenminister seinen Vorwurf nicht explizit an die Frauen gerichtet hat, meinte er natürlich nur sie, wenn er sinngemäß von Selbstsucht spricht. Denn jetzt wird uns Frauen vermittelt, wenn die Frauen nicht wollen, dann geht gar nichts. Da nützt auch die Tradition des Strebens nach Gebärkontrolle nichts, wenn sie jetzt auch in Richtung mehr Kinder geht. Weil jetzt klingt es ja beinahe nach einem weiblichen Machtpotenzial, das durch einen weltweiten Gebärstreik ein Damoklesschwert über den Häuptern der Regierung schwingen kann. Selbstverwirklichung scheint für den Herrn Frauenminister Haupt und seine schwarzblauen Regierungskollegen zu einem Schimpfwort zu degradieren, nämlich dann, wenn jene Frauen gemeint sind, für die männliche Hälfte der Gesellschaft. Für die männliche Hälfte wurde und wird sie nie in Frage gestellt. Natürlich dürfen sich nicht einmal mehr die Konservativsten erlauben das zu sagen, was sie insgeheim noch immer denken, nämlich die drei Ks: Kinder, Küche, Kirche. Das war eine gute Geschichte, damals, hört man jetzt sogar wieder laut. Möglicherweise trat anstelle eines dieser Ks ein anderes, nämlich die Kraft im Sinne der Aufopferung für die Familie, eine Ausbeutung auf vielen Ebenen und die Anpassung an männliche Normen. Dem lieben Herrn Frauenminister sei nämlich eines ins Stammbuch geschrieben: Frauen lassen sich nicht ködern. Und der Vorwurf der Entsolidarisierung und des Egoismus ist ja wohl wirklich das Letzte.

Wobei seine Meinung diesmal sogar zwei Monate lang gleich geblieben ist. Gestern kam er nämlich zur gegenteiligen Erkenntnis. Ich zitiere: „Wir können bereits die ersten Früchte ernten“, auf die Geburtenbilanz in Kärnten hingewiesen hat, wo es beispielsweise zu einer Geburtenzunahme von rund 7,9 Prozent gekommen ist und der Herr Minister meinte, dies ist eindeutig auf das Kindergeld zurückzuführen, welches in Kärnten ja bereits seit 1. Jänner 2001 eingeführt wurde.

Meine Damen und Herren, die höchsten Geburtenraten gibt es in Staaten mit der höchsten Frauenerwerbsquote, etwa in Frankreich oder in den skandinavischen Ländern. Ich habe versucht, die Kollegin Beutl zu veranlassen zu sagen, warum. Sie hat es nicht getan und darum werde ich es Ihnen jetzt erzählen. Die Barbara Coudenhove-Calerghe, sie steht ja nicht im Verdacht, Sozialdemokratin zu sein, hat nämlich für eine Studienreise nach Frankreich plädiert und sie wolle wissen, was die Experten dort dazu sagen. Meine Damen und Herren, in Frankreich sind alle öffentliche Schulen Ganztagschulen mit dem Angebot anschließender Hausaufgabehilfe. Und es gibt für alle, die sie brauchen, Kindergarten- und Kinderkrippenplätze, folgerichtig sind Frauen, die anspruchsvolle Berufe haben und trotzdem drei, vier Kinder großziehen, keine Seltenheit. Drei-Kinder-Familien sind ganz im Gegensatz zu Österreich häufiger als Ein-Kind-Familien, liebe Magda, ohne Kindergeld! Meine Damen und Herren, vielleicht täte unseren zuständigen Ministern eine Studienreise nach Frankreich gut. Dass Wohlstand und selbstsüchtige Frauen Egoismus, Kinderlosigkeit erzeugen, meine Damen und Herren, wird diesen Frauenminister und allen Gleichdenkenden, keinesfalls aber die Experten wie Bevölkerungs- und Familienwissenschaftler bestätigen. Nachwuchs zu bekommen ist in den Industrieländern keine Geld-, sondern eine Organisationsfrage, hat die Ilse Reinprecht schon gesagt und ich wiederhole das. Denn es sind gerade die hoch gebildeten Frauen, die kinderlos bleiben. Dies im positiven Sinne zu beeinflussen kann man nur durch Erleichterungen für die Eltern, die ihre Kinderbetreuung privat organisieren oder auch durch Ganztagschulen. Denn wenn die Kinder ab 12 Uhr zu Hause sitzen und ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht haben, ist dies ein starkes Hemmnis moralisch und auch praktisch für die Erwerbstätigkeit der Elternteile und manchmal eben schon für das Kinderkriegen. Und noch eines, meine Damen und Herren: Bei uns fehlt es zudem auch an einem wirklich kinderfreundlichen Klima. Verbal gibt es ja zuhauf Bekenntnisse dafür, aber de facto werden Menschen mit mehreren Kindern im öffentlichen Leben noch immer diskriminiert. Die Situationen tauchen jetzt sicher in vielen Bildern vor Ihnen persönlich auf und darum brauche ich sie nicht detailliert zu schildern.

Liebe Kollegin Beutl, es geht nicht um Transferleistungen, sondern es geht darum, wirklich für die Kinder einzustehen und nicht nur pekuniär. Viele Kinderbetreuungseinrichtungen, die schon bestehen oder neu geschaffen werden müssen, vor allem auch brauchen sie flexiblere Öffnungszeiten, um Männern und Frauen die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Wir haben heute schon beim Arbeitsförderungsgesetz über die Rahmenbedingungen diskutiert. Und eines sollten wir auch noch bedenken: Auch Frauen, die nicht berufstätig sind, benötigen

Entlastung, benötigen Unterstützung. Ich lasse das Ziel, das da heißt Partnerschaft, nicht aus den Augen. Aber die Realität, meine Damen und Herren, ist heute noch immer anders. Das Kindergeld für alle ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Darum, meine Damen und Herren, auch wenn man gewisse Dinge noch so oft und immer lauter sagt und plakatiert, werden sie nicht richtiger. Diese Dringliche Anfrage der FPÖ gehört zu diesen Dingen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich. Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Dietrich** (17.40 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Liebe Barbara Gross, ich möchte nur kurz ins Gedächtnis rufen, dass es ja die SPÖ war, die das Karenzgeld von zwei Jahren auf eineinhalb reduziert hat als familienfördernde, familienfreundliche Maßnahme (Abg. Gross: „Und ihr habt es gleich abgeschafft!“) und dass die jetzige Situation, auch wenn du den Herrn Minister Haupt von vornweg kritisierst, eine Verbesserung für die Familien ist. Wenn man Unwahrheiten ständig predigt, werden sie nicht wahrer. Ich würde dich ersuchen, das zur Kenntnis zu nehmen, dass die jetzige Situation eine Verbesserung für die Familien ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Es kam auch die Kritik, dass es Herr Minister Haupt gewagt hat, über den Generationenvertrag zu sprechen. So ist mir von gestern her noch im Ohr, wie Herr Blecha, der – so glaube ich – euch zugehörig und Obmann des Pensionistenverbandes ist, zum Thema Solidarität gesprochen hat, dass wir mehr Kinder brauchen und übrigens sollten wir alle länger arbeiten, damit die Pensionen finanzierbar werden. (Abg. Prattes: „Arbeiten können, das ist der Unterschied!“) Auch da müsstest du beide Augen aufmachen und nicht nur einseitig kritisieren. Zum Problem, welches wir alle erkannt haben, dass wir weniger Kinder haben, und das ist Faktum, ist aber ein Lösungsansatz von Herrn Landesrat Flecker nicht gekommen. Er hat zwar gesagt, dass er allein das Problem nicht lösen kann, aber es ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, dass wir Lösungsansätze finden. Auch Herr Landesrat ist gefordert, dass er Ideen entwickelt, wie man familienfreundlichere Politik in diesem Land betreiben kann. Die Frage, welche Wertigkeit der Landtag hat, ist – so glaube ich – eine Frage, mit der wir uns alle in den letzten Jahren des Öfteren auseinandergesetzt haben und auch auseinandersetzen, und zwar immer dann, wenn Beschlüsse ignoriert werden und der zuständige Regierer so tut, als würde ihn das Ganze gar nichts angehen. Klubobmann Flecker in der damaligen Diskussion war erfrischend anders. Ich erinnere mich noch gut an das Kinderbetreuungsgesetz, als er immer wieder darauf hingewiesen hat, dass wir das Beste für die Familien wollen, dass wir die bestmögliche Betreuung für die Kinder wollen. Egal, wie Landesrat Ressel dazusteht, wir sind ja der Landtag. Wir werden beschließen und der Regierer muss vollziehen. Ich staune schon sehr, wie sich hier ein Gesinnungswandel vollzogen hat. Der Landtag fasst Beschlüsse und es ist in Ordnung, dass das zuständige Regierungsmitglied inhaltlich dem nicht zustimmt. Es ist in Ordnung, dass das Regierungsmitglied nicht gleich Feuer und Flamme für diesen Beschluss ist. Es ist aber alles andere als in Ordnung, diesen Beschluss einfach zu ignorieren. Das ist eine Ignoranz und eine Präpotenz, wie sie es im Landtag, in der Regierung nicht geben sollte. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich verwende bewusst die Aussage, dass diese Studie zu teuer wäre. Es gibt einen Schriftverkehr mit Herrn Martin Spielauer von ÖIF, der sagt, die Vorstudie würde umgerechnet 200.000 Schilling kosten. 200.000 Schilling sind dem Landtag zu teuer. 200.000 Schilling sind uns zu teuer, dass wir uns Gedanken darüber machen, was können wir verbessern, wo können wir Ansätze finden. Und um nicht mehr geht es, als einfach eine Diskussionsgrundlage zu schaffen. In einer Demokratie, meine geschätzten Damen und Herren, muss eine Diskussion möglich sein. Es muss auch möglich sein, eine ordentliche Diskussionsgrundlage zu schaffen, wo wir alle gemeinsam vom gleichen Wissensstand weg entscheiden können, macht das Sinn oder macht das nicht Sinn. Und nicht mehr wollen wir. Ich habe in der letzten Legislaturperiode einen ähnlichen Antrag eingebracht, der gelautet hat: Es müsste einmal evaluiert werden, wo wir Doppelgleisigkeiten im Bereich der Förderung zum Wohle der Familien haben, wo es das gibt. Es ist dann eine Regierungsvorlage zurückgekommen, ein sehr sinnvoller Antrag, weil es gibt viele Doppelgleisigkeiten. Aber diese Studie würde 500.000 Schilling kosten. Ich sage jetzt, hätten wir diese Studie gehabt, hätten wir eine verbesserte Struktur, dann hätten wir uns diese 500.000 Schilling schon längst erspart. Das war aber wiederum im Bereich der SPÖ. Sie wollen sich einfach nicht verändern, Sie leben von Ihrer Ignoranz und Präpotenz. (Beifall bei der FPÖ.)

Zur zentralen Frage, die wir wagen anzudiskutieren, ob Subjekt- oder Objektförderung, möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir mit der Subjektförderung sehr positive Erfahrungen haben. Denken wir an das Pflegegeld. Auch hier ist es möglich, dass der zu Betreuende selbst entscheiden kann, was für ihn das Beste ist. Hätten wir im Bereich der Pflege nämlich die Objektförderung, dann müsste der zu Pflegende in eine Anstalt, die wir ihm vorschreiben, wo wir sagen, dort sind deine Möglichkeiten, dass du betreut wirst. (Abg. Gross: „Kein Mensch schreibt eine Tagesmutter oder einen Kindergarten vor!“)

Beim Pflegegeld haben wir aber eine Subjektförderung. (Abg. Kröpfl: „Freie Heimwahl!“) Ich glaube, man kann auch darüber nachdenken und diskutieren, ob das im Kinderbetreuungsbereich sinnvoll ist oder nicht. Insgesamt glaube ich, dass im Bereich der Familie ein Maßnahmenpaket notwendig ist, denn die Familie ist das Zentrum und nicht die Träger, nicht die Organisationen. Es geht auch nicht darum, ob Herr Landesrat Dr. Flecker Recht hat. Es geht auch nicht darum, ob Frau Dr. Bleckmann Recht hat, es geht um die Familien. Deshalb bringe ich auch den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer betreffend Studie für Kinderbetreuung ein. Die Begründung – so meine ich – kann ich Ihnen ersparen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie über ein Umsetzungskonzept für das Kinderbetreuungsgeld vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr von der Objekt- auf die Subjektförderung in Auftrag zu geben und dem Landtag sämtliche Angebote für diese Studie inklusive der Kostenschätzungen bis spätestens 30. September 2002 vorzulegen sowie über den weiteren Verlauf vierteljährlich zu informieren.

Zweitens: Dem Landtag umgehend Informationen beziehungsweise das Angebot für die Studie des ÖIF zu übermitteln. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 17.48 Uhr.)

**Präsident:** Die vorläufig letzte Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Mag. Drexler.

**Abg. Mag. Drexler** (17.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuerst allen Debattenrednerinnen meinen großen Respekt aussprechen, weil sie sich sehr sachlich und inhaltlich dem Thema genähert haben. Es gebührt Ihnen wirklich Respekt, weil das, was dieser Debatte vorangegangen ist, die Anfragebeantwortung durch Landesrat Dr. Flecker, aus meiner Sicht ein demokratiepolitischer Skandal war. Diese Anfragebeantwortung war ein demokratiepolitischer Skandal und eine Beleidigung für den Landtag. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Daher größter Respekt für all jene, die sich dennoch mit großer Disziplin an einer inhaltlichen Debatte beteiligt haben. Herr Landesrat, das Maß an Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit, das Sie in die hiesigen Debatten einführen, ist voll. Es reicht wirklich schön langsam. Sie sind hier nicht im Theatercafé als Nachwuchskabarettist, sondern Sie sind hier im Steiermärkischen Landtag als Mitglied der Landesregierung. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Wenn Sie allen Ernstes behaupten, die Kriterien, nach denen Sie Beschlüsse des Landtages beurteilen, sind jene, die sie selbst als Qualitätskriterien abstellen, dann ist das ein demokratiepolitischer Skandal. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Es ist nicht das erste Mal, dass Sie den Landtag und damit unser Landesparlament gering schätzen. Ich erinnere mich an die Behindertenquete, wo Sie in Ihrem offiziellen Statementthesepapier erklären, dass, obwohl Sie die Vorlage des Behindertengesetzes seit einem Jahr dem Landtag übermittelt haben und jetzt streite ich nicht mehr über das Datum, das auch falsch war, sondern wo Sie vorwerfen, dass jetzt seit einem Jahr im Unterausschuss an dem Gesetz herumgedreht wird. Herr Landesrat, ich stelle Ihnen eine Frage: Wie stellen Sie sich Gesetzgebung in diesem Land vor? Per Oktroi durch den Landesrat oder auf Basis parlamentarischer Verhandlungen und Debatten in Unterausschüssen, Ausschüssen oder hier im Plenum? Es ist nicht das erste Mal, dass Sie in dieser nicht akzeptablen Art und Weise die parlamentarischen Tätigkeiten hier gering schätzen. Das kann man getrost als antiparlamentarische Tendenzen bezeichnen. Und die nächste Stufe, wenn wir Gesetze per Oktroi beschließen, geht dann in Richtung dessen, was Ihre Fraktion seit dem 4. Februar 2000 der neuen Bundesregierung gelegentlich vorwirft, nämlich autoritäre Züge zu haben. Überlegen Sie sich das nächste Mal, wenn Sie politische Konkurrenten in die Nähe des Faschismus rücken, genau, mit welchen Maßstäben Sie auch Ihre eigenen Aussagen und Ihre eigenen Erklärungen hier messen. Ich appelliere an Sie, nicht in dieser Art und Weise sich hier weiter über alles lustig zu machen, einzelne Fraktionen abzukanzeln, gering zu schätzen, verächtlich zu machen. Ich appelliere an Sie deswegen daran, weil es schade wäre, wenn Sie sich auf eine Reise in Richtung Grenze des Verfassungsbogens begeben. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 17.52 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort. Herr Klubobmann, bitte!

**Abg. Schrittwieser** (17.52 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Kollege Drexler, was du da von dir gegeben hast, ist etwas, was auch des Hohen Hauses nicht würdig ist. Wenn viele mit den Antworten des Kollegen Flecker, mit dem Intellekt nicht ganz mit dabei sind, dann verstehe ich das. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Lopatka: „Was meinst du mit Intellekt?“) Die Antworten des Herrn Landesrates waren so wie die Fragen waren. Ihr dürft wirklich nicht glauben, dass diese Fragen eine ernsthafte Diskussion ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist doch unmöglich.

Und wenn Sie inhaltlich die Beantwortung des Kollegen Landesrat Flecker verfolgt haben, dann haben Sie gesehen, dass in Wirklichkeit Ihre Dringliche Anfrage heute völlig ins Leere gegangen ist, weil sie voller Widersprüche war. Und ich muss ehrlich sagen, ich würde euch künftig bitten, dass ihr euch besser mit dieser Situation auseinander setzt, dass ihr euch intensiver damit auseinander setzt und dass ihr euch auch wirklich mit der Materie beschäftigt. Weil das war in Wirklichkeit für euch nichts anderes als eine polemische Anfrage. (Abg. List: „Wo warst du die letzten zwei Stunden?“)

Eine polemische Anfrage erfordert klare Antworten und kurze Antworten. Mit der Materie habt ihr euch nicht auseinander setzen wollen und wie die Dinge wirklich stehen in dieser Frage, hat euch der Herr Landesrat – Gott sei Dank, seid froh, dass ihr so eine ausführliche Antwort bekommen habt – mitgeteilt. Und wegen der Wertschätzung des Hohen Hauses, lieber Kollege Drexler, der Herr Landeshauptmann sitzt heute seit 10 Uhr mit wenigen Ausnahmen ständig auf der Regierungsbank. (Abg. Bittmann: „Jetzt ist der eine in Pension, jetzt kommt der nächste!“) Das ist eine Wertschätzung, meine sehr verehrten Damen und Herren, des Hohen Hauses, wie ich es mir wünschen würde auch von Regierungsmitgliedern der ÖVP und der FPÖ (Beifall bei der SPÖ.), denn ich habe heute nämlich den Kollegen Hirschmann nur gesehen, als er den A1-Ring abgefeiert hat. Das hätte er uns schriftlich auch geben können, ansonsten hat ihn der Hohe Landtag nicht interessiert.



Der Kollege Paieryl war eine kurze Minute da, wie es um ihn gegangen ist, aber Schützenhöfer, Klasnic und Schögggl habe ich heute insgesamt vielleicht ein halbe Stunde in dem Hohen Haus gesehen. Das ist eine Missachtung des Hohen Hauses, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und dann sage ich euch gleich, dann nehmt euch einmal selber bei der Nase, was die Wertschöpfung des Hohen Hauses betrifft und gebt den Regierungsmitgliedern Nachhilfeunterricht, wie oft, wie lange sie hier sein müssen, wenn sie den Landtag so wertschätzen, wie ihr das von uns verlangt. Wir tun es nämlich, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 17.55 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Kurt Flecker. Herr Landesrat, Sie sind am Wort.

**Landesrat Dr. Flecker** (17.55 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Meine Damen und Herren! Am Wort ist der Herr Landesrat! Danke! Herr Landesrat, bitte!“)

Das war ein durchaus netter Dialog!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zur inhaltlichen Sache nur eine Bemerkung, warum man Hamburg halt nicht ganz mit der Steiermark vergleichen kann. Gesetzt den Fall, Sie geben Gutscheine für die Kinderbetreuung aus und es wohnt jemand in irgendeinem kleinen Ort im Bezirk Feldbach und dort wird es halt nicht genügend Kinder geben, um dort eine Kinderbetreuungseinrichtung aufrechtzuerhalten, sondern die nächste Kinderbetreuungseinrichtung wird vielleicht 25 Kilometer entfernt sein, dann können Sie sich den ganzen Gutschein ... na eh schon was! Also das zeigt auf, was das heißt. Und selbst wenn dann dort der Fall eintritt, dass jemand für drei Kinder, für vier Kinder eine Betreuungseinrichtung aufrechterhält, dann werden die umgerechneten Kosten, weil die müssen sich dann ja, wenn die Objektförderung wegfällt, selber wirtschaftlich erhalten, dann werden Sie dort umgerechnet auf Preise für die Kinderbetreuungseinrichtung kommen, die in keiner Relation zu dem Gutschein stehen könnten. Ich will das nur an dem Beispiel erklären, dass das in einem ländlichen Gebiet völlig undenkbar ist, selbst wenn man dazu aus ideologischen Gründen stünde und dass Hamburg eben nicht mit der Steiermark vergleichbar ist, müsste greifen.

Ich will aber sonst weiter darauf nicht eingehen, sondern mich durchaus mit dem Herrn Drexler befassen. Ich habe Ihnen nie abgesprochen, dass Sie auch Entrüstung mimen können. Sie können das auch ganz gut. Wieso Sie gerade Probleme mit Überheblichkeit haben, dürfte ein Spiegelproblem des Morgens sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage Ihnen ein paar demokratiepolitische Skandale: Wissen Sie, was ein demokratiepolitischer Skandal ist? Wenn man hier in diesem Haus im Rollentausch der Fraktionen jeweils andere Mitglieder anderer Wahllisten in die Regierung nominiert, nur um irgendjemandem den Landeshauptmannstellvertreter abzusichern, der es eigentlich auf Grund der Wahlpartei gar nicht hätte. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein demokratiepolitischer Skandal ist der vom Kollegen Lopatka vorgetragene Populismus in Sachen Sozialhilfe im Verhältnis mit Ausländern. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal.

Ein demokratiepolitischer Skandal ist eine Anlassgesetzgebung beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger, um Vertreter der Arbeitnehmerschaft dort aus den Gremien hinauszubefördern. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein demokratiepolitischer Skandal ist, wenn ein Innenminister in dieser Regierung nicht in der Lage ist, eine Neonazidemonstration am Heldenplatz zu verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein demokratiepolitischer Skandal ist, dass Sie sich herausnehmen, eine Anfragebeantwortung in dieser Form zu kritisieren. Sie beruht auf der Demokratie und sie beruht auf dem Gesetz. Es ist ein Skandal Ihres Stils. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.59 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich komme nun zur Abstimmung der Dringlichen Anfrage der FPÖ.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Studie für Kinderbetreuung, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag gilt als mehrheitlich angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.00 Uhr.)